D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 37
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

11. September 1981
Preis 1 DM

Von Lohngleichheit kann nicht die Rede sein
Trotz internationaler und nationaler Vereinbarungen – Frauenlöhne liegen immer noch unter Männerlöhnen. Studie des Familienministeriums . . .: S. 13



Krach bei der Tagesschau – Nur ein Fall Gruber?
27 Redakteure sprechen von „Innerer Zensur". In der Tagesschau darf z.B. Reagans Neutronenbombe nicht „umstritten" genannt werden . . . . . Seite 2

Alternative Wahlbündnisse in Niedersachsen
In zahlreichen Städten haben sich zu den Kommunalwahlen alternative Listen gebildet. Wir bringen Ausschnitte aus den Programmen . . . . Seite 3

Tansania: Probleme des „afrikanischen Sozialismus"
„Wir haben nicht die Unabhängigkeit erkämpft, um einige wenige unter uns mit dem Schweiß der anderen zu mästen," sagt Nyerere . . . . Seite 9

Haushalt 82 bringt tiefen Einschnitt

Von Friedemann Bleicher

Willy Brandt warnt, sie herbeizureden, Herbert Wehner sagt „mit uns nicht", Genscher konstatiert sie als erreicht. Es geht um jene politische „Wende", die der Ex-Kanzlerkandidat Strauß im Bundestagswahlkampf zu seinem Programm erhoben hatte. Obwohl Strauß damit gescheitert ist, liegt eine solche Veränderung heute gefährlich nahe. Denn die Beschlüsse der Bundesregierung und der Parteispitzen von SPD und FDP schlagen eine neue Richtung ein. Daß bestehende Grundpfeiler nicht angetastet wurden, stimmt nicht.

Es ist lächerlich, wenn behauptet wird, die Maßnahmen, die jetzt beschlossen wurden, seien zwingend. Natürlich ließen sich ausreichend Einschränkungen finden bei der Alimentation des Kapitalbesitzes und der Vermögen durch öffentliche Gelder, ohne daß jenen auch nur nennenswerte Beschwernisse verursachen würde. Vorschläge dazu gibt es reichlich, auch wenn sie sich nicht gerade freundlicher Verbreitung in den bürgerlichen Medien erfreuen. Doch auch für die SPD hatte die Aufnahme solcher Vorschläge allenfalls Alibifunktion.

So hat die Bundesregierung den Schwerpunkt der Roßkur der Arbeitslosenkasse verordnet, was an sich schon bezeichnend ist. Dabei wurde der Versicherungszweck erheblich ramponiert. Zwar bleibt die (eigentlich unzureichende) Höhe des Arbeitslosengeldes bestehen, doch in zahlreichen Fällen echter Arbeitslosigkeit wird die Zahlung überhaupt verweigert. Die Sperrfristen werden verdoppelt, die Zumutbarkeitsklausel verschärft. Bei der Berufsbildung bleibt nichts unver-

Denn die Beschlüsse der Bundesregierung und der Parteispitzen von SPD und FDP schlagen eine neue Richtung ein. Daß bestehende Grundpfeiler nicht angetastet wurden, stimmt nicht.

Es ist lächerlich, wenn behauptet wird, die Maßnahmen, die jetzt beschlossen wurden, seien zwingend. Natürlich ließen sich ausreichend Einschränkungen finden bei der Alimentation des Kapitalbesitzes und der Vermögen durch öffentliche Gelder, ohne daß jenen auch nur nennenswerte Beschwernisse verursachen würde. Vorschläge dazu gibt es reichlich, auch wenn sie sich nicht gerade freundlicher Verbreitung in den bürgerlichen Medien erfreuen. Doch auch für die SPD hatte die Aufnahme solcher Vorschläge allenfalls Alibifunktion.

So hat die Bundesregierung den Schwerpunkt der Roßkur der Arbeitslosenkasse verordnet, was an sich schon bezeichnend ist. Dabei wurde der Versicherungszweck erheblich ramponiert. Zwar bleibt die (eigentlich unzureichende) Höhe des Arbeitslosengeldes bestehen, doch in zahlreichen Fällen echter Arbeitslosigkeit wird die Zahlung überhaupt verweigert. Die Sperrfristen werden verdoppelt, die Zumutbarkeitsklausel verschärft. Bei der Berufsbildung bleibt nichts unver-

schont, hier wagt man auch den Schritt zur Senkung der Unterstützungen. Nicht umsonst sieht die FDP-Spitze das Ergebnis wie die verschärfte Kostendämpfung bei der Krankenversicherung als Einstieg zu „mehr Eigenverantwortung".

Noch blieb der Kern der Versicherungen erhalten, doch an gezielten Punkten wird der Einbruch gesucht. So wie die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst zweifellos als Auftakt für eine allgemeine Lohnsenkung gedacht ist.

In die Breite wirken eigentlich nur die Erhöhung der Verbrauchssteuern und die Kürzung des Kindergeldes, was den zweitgrößten Posten der Streichliste macht. Auch hier zeigt sich, wie der arbeitenden Klasse ins Fleisch geschnitten und der Reiche mit Golddukaten gesegnet wird. Nachdem nämlich die Koalition die Beschränkung der Kindergeldkürzung auf hohe Einkommen verworfen hatte, schuf sie ein gesondertes Kindergeld für Vermögende. Käufer von Eigenheimen kommen künftig in den Genuß einer „Kinderkomponente", die 50 Mark pro Kind und Monat abwirft.

Überhaupt hat Glück mit dieser Regierung, wer nicht wie die ärmere Mehrheit der Bevölkerung zur Miete wohnt. Am besten dran ist, wer im Rahmen des Bauherrnmodelles Kapital anlegen kann. Denn die Zuschüsse des Finanzamtes für Bauherren werden trotz Geldmangel erhöht. Obwohl sie nur für rund 10% der privaten Haushalte in Frage kommen und schon jetzt die Hälfte aller derartigen Förderungen dem oberen Drittel der Einkommensskala zugute kommt. Andererseits wird das Wohngeld gekürzt.

Solche Operationen sind keine Schildbürgerstreiche, sie sind gewollt. Was die Arbeitslosen und überhaupt die Volksmassen bekommen, fehlt der Kapitalbildung. Und die bildet das goldene Kalb, um das ein jeder zu tanzen hat. Durch Erhöhung der Abschreibungssätze und Verlängerung des Verlustrücktrags erhalten die Unternehmen in den kommenden vier Jahren zusätzliche Steuervergünstigungen von rund 14 Mrd. Mark – soviel wie in der Arbeitslosenversicherung an Leistungen gekürzt wird.

Neu ist nicht, daß die Kapitalrentabilität per Staatszuschuß beflügelt wird. Neu ist, daß dazu die zum Einkommen der arbeitenden Klasse zu rechnenden Leistungen und Unterstützungsgelder, die vor Verarmung schützen, derart massiv beschnitten werden.

Dies zeigt auch ein Vergleich mit dem Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1975. Zwar liegt das heutige Sparvolumen nicht wesentlich über dem damaligen, wohl aber liegen die Gewichte anders. Steuer- und Beitragserhöhungen (von 2 auf 3% in der Arbeitslosenversicherung) hatten damals vor allem das fehlende Geld zu liefern. Im öffentlichen Dienst wurde der Verheiratetenzuschlag eingeschränkt, die Sparförderung wurde gekürzt und in der Arbeitslosenversicherung die Zumutbarkeit verschärft sowie das Unterhaltsgeld gekürzt. Die Kürzungen in der Arbeitslosenkasse beliefen sich damals auf 750 Mio. DM, für 1982 sind 3,3 Mrd. DM veranschlagt.

Rasch von den offiziellen Tischen war die DGB-Forderung nach einer Ergänzungsabgabe für Großverdiener. Doch als Damoklesschwert installiert

rund 14 Mrd. Mark – soviel wie in der Arbeitslosenversicherung an Leistungen gekürzt wird.

Neu ist nicht, daß die Kapitalrentabilität per Staatszuschuß beflügelt wird. Neu ist, daß dazu die zum Einkommen der arbeitenden Klasse zu rechnenden Leistungen und Unterstützungsgelder, die vor Verarmung schützen, derart massiv beschnitten werden.

Dies zeigt auch ein Vergleich mit dem Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1975. Zwar liegt das heutige Sparvolumen nicht wesentlich über dem damaligen, wohl aber liegen die Gewichte anders. Steuer- und Beitragserhöhungen (von 2 auf 3% in der Arbeitslosenversicherung) hatten damals vor allem das fehlende Geld zu liefern. Im öffentlichen Dienst wurde der Verheiratetenzuschlag eingeschränkt, die Sparförderung wurde gekürzt und in der Arbeitslosenversicherung die Zumutbarkeit verschärft sowie das Unterhaltsgeld gekürzt. Die Kürzungen in der Arbeitslosenkasse beliefen sich damals auf 750 Mio. DM, für 1982 sind 3,3 Mrd. DM veranschlagt.

Rasch von den offiziellen Tischen war die DGB-Forderung nach einer Ergänzungsabgabe für Großverdiener. Doch als Damoklesschwert installiert

bleibt die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Was heute in Frage gestellt wird, hat die Arbeiterbewegung in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft. Dazu gehören eine einigermaßen wirkungsvolle Arbeitslosenversicherung und die Lohnfortzahlung. Beides sind Siege des bewußten gesellschaftlichen Willens über die Profitgier. Sie verletzen die ökonomischen Gesetze des Kapitals und schränken ihre Wirksamkeit ein. Es widerspricht der Natur des Kapitalismus, unter dessen Herrschaft die Arbeitskraft Ware ist, daß der Kapitalist zahlen soll, wenn er der Dienste des Arbeiters nicht bedarf oder sie nicht nutzen kann. Nicht bloß für das Programm einer politischen Partei wird hier die Entscheidung gesucht. Es gibt Punkte, an denen die Kapitalisten als Klasse den Kampf suchen, und was jetzt abläuft, ist ein solcher Kampf.

So haben dies auch einige Gewerkschaftsführungen begriffen. Beschneidung von Arbeitslosengeld und Lohnfortzahlung gilt als casus belli. Richtig ist, daß sie auf die Wirtschaftskrise als Ursache der Finanzkrise der öffentlichen Kassen verweisen. Aber wenig Abhilfe schafft die Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm, an das nach den Erfahrungen der letzten Jahre sowieso kaum einer noch glaubt. Mit solcher Forderung ist jetzt nichts zu holen. Und auch die Regierungsfrage darf nicht bloß defensiv diskutiert werden, zumal CDU/CSU bereits lauern, im Bundesrat just jene Forderungen zu erzwingen, mit der die FDP im Kabinettssaal noch abgeblockt wurde.

(Siehe auch Seite 11)



Frankfurt, 9. September. In 3 Zügen demonstrierten rd. 8000 Gewerkschafter gegen die Schließung von Adler und VDM. Gewerkschaftssprecher griffen die Unternehmer und die Bunderegierung an. Georg Benz (IGM): Die SPD solle sich wieder in die Tradition der Arbeiterbewegung stellen. Jubel über die Aktion der Straßenbahner: Punkt viertel vor 5 stoppten alle Bahnen und Busse und die Fahrer trugen eine Solidaritätserklärung des Stadtpersonalrats und der ÖTV vor.

„Solidarność"-Kongreß unter äußerem und innerem Beschuß

gek. „Wir mißbrauchen das Wort nicht, wenn wir feststellen, daß in Polen eine *Revolution* vollzogen wird, deren Hauptkraft die ‚Solidarität' ist", beginnt der Rechenschaftsbericht, der dem ersten ordentlichen Gewerk-

greß wollten sie sich durch den Verzicht der „Solidarität" auf ihre Forderungen nach unzensiertem Zugang zu Rundfunk und Fernsehen abkaufen lassen. Die Gewerkschaftsführung beschloß daraufhin unter großem Beifall



Frankfurt, 9. September. In 3 Zügen demonstrierten rd. 8000 Gewerkschafter gegen die Schließung von Adler und VDM. Gewerkschaftssprecher griffen die Unternehmer und die Bunderegierung an. Georg Benz (IGM): Die SPD solle sich wieder in die Tradition der Arbeiterbewegung stellen. Jubel über die Aktion der Straßenbahner: Punkt viertel vor 5 stoppten alle Bahnen und Busse und die Fahrer trugen eine Solidaritätserklärung des Stadtpersonalrats und der ÖTV vor.

„Solidarność"-Kongreß unter äußerem und innerem Beschuß

gek. „Wir mißbrauchen das Wort nicht, wenn wir feststellen, daß in Polen eine *Revolution* vollzogen wird, deren Hauptkraft die ‚Solidarität' ist", beginnt der Rechenschaftsbericht, der dem ersten ordentlichen Gewerk-

schaftstag der „Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft ‚Solidarität' " vorgelegt worden war. Der Kongreß (der Ende des Monats fortgesetzt wird) sah sich deutlicher als je Drohungen einer inneren und äußeren *Konterrevolution* gegenüber.

Am Eröffnungstag war zeitweise Kanonendonner der sowjetischen Flotte aus der Danziger Bucht zu hören. Im sowjetischen Gewerkschaftsorgan „Trud" war Tage vorher die „Solidarität" frontal angegriffen worden. Die Leitsätze der neuen Statuten der Gewerkschaft „widersprechen der in den sozialistischen Ländern akzeptierten marxistisch-leninistischen Konzeption von Gewerkschaften". Der Entwurf ziele „letzten Endes auf die Wiederherstellung des Kapitalismus in Polen". Zum ersten Mal wurden die „Konterrevolutionäre" in der polnischen Gewerkschaft mit Namen genannt: Rulewski, Gwidazda, Bujak, Lis. Walesa war absichtsvoll ausgespart.

Sämtliche Gewerkschaftsverbände des Ostblocks hatten die Einladungen von „Solidarność" ignoriert; anders die Mehrzahl der westlichen Verbände. Der DGB hatte wenigstens einen niedrigrangigen Funktionär delegiert. Aus dem Zentralorgan der Partei tönte es daraufhin, offenbar wolle „Solidarność" ihre Zugehörigkeit zu einer „anderen Welt demonstrieren". Der Kongreß antwortete mit einem Appell an die Arbeiter Osteuropas, sich gleichfalls unabhängige Gewerkschaften zu schaffen.

Auch sonst hatten Parteiführung und Regierung ihren Druck auf die Gewerkschaft absichtsvoll verstärkt. Eine halbwegs ausführliche Berichterstattung der Massenmedien über den Kon-

greß wollten sie sich durch den Verzicht der „Solidarität" auf ihre Forderungen nach unzensiertem Zugang zu Rundfunk und Fernsehen abkaufen lassen. Die Gewerkschaftsführung beschloß daraufhin unter großem Beifall

der Delegierten, das Staatsfernsehen ganz vom Kongreß auszuschließen und ganz auf die selbst aufgebauten Kommunikationsmittel zu setzen.

Tage vor dem Kongreß hatte das ZK der PVAP sich in der Frage der Arbeiterselbstverwaltung festgelegt: Die Partei könne keinesfalls darauf verzichten, die führenden Wirtschaftsfunktionäre und Direktoren in letzter Instanz zu bestimmen. In der Tat: Mit der Aufgabe des Prinzips der „Nomenklatura" fiele das Monopol auf die Staats- und Wirtschaftsmacht in den Händen der Partei auseinander, wäre ihr der Boden unter den Füßen weggezogen. Parteichef Kania wurde deutlicher als je vorher: „Unsere Feinde verkünden, die Führung werde bestimmt nicht den Ausnahmezustand in Polen proklamieren. Ich will jedoch mit allem Nachdruck und aller Ruhe erklären, daß die staatliche Macht zur Verteidigung des Sozialismus zu allen Mitteln greift, die sich als notwendig erweisen." Denn „Polen liegt im Sicherheitsbereich der Sowjetunion".

Die Delegierten des Gewerkschaftskongresses haben daraufhin wie aus einem Munde das patriotische Kirchenlied „Gott, der du Polen . . ." mit seinem alten Refrain aus der Zeit der Teilungen gesungen, worin Gott um die Gnade gebeten wird, das freie Vaterland *wiederherzustellen*. Und sie haben sich in der Frage der Arbeiterselbstverwaltung ihrerseits festgelegt: Sie müsse das unverzichtbare Kernstück der dringend notwendigen Wirtschaftsreform sein; die Regierung solle in einem Referendum die Meinung des polnischen Volkes einholen; weigere sie sich, so werde „Solidarność" diese Volksabstimmung selbst organisieren.

Hat der Adler noch Krallen?

cof. Die alte Oper erstrahlt im neuen Glanz – im Frankfurter Gallus, dem „Kamerun", wo der Himmel sowieso am grauesten ist, soll's bald noch trüber werden. Wenn das „Aus für Adler" nach dem Beschluß der Triumph Adler AG Wirklichkeit wird, sitzen nicht nur 2700 Beschäftigte auf der Straße. Das ganze Stadtviertel wird endgültig zum Armenhaus der Stadt. 5000 Metallarbeiter und Angestellte sind mit ihren Familien betroffen, wenn auch VDM in Heddernheim dichtmacht – wie beschlossen – und VDO in Bockenheim 1000 „freisetzt" – wie geplant. Da wird die Sorge um das „Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordung", um die „Glaubwürdigkeit einer nicht nur freien, sondern auch sozialen Marktwirtschaft" zum Allgemeingut – 16% Dividende zahlte Adler noch 1979.

20000 Unterschriften für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei VDM und Adler wurden an den Ständen des DGB am Tag der offenen Tür und am Sonntag vor den Kirchentüren gesammelt. IG Metall, DGB und die Kirchen rufen zur Demonstration für das „Recht auf Arbeit" auf. „Beißen, wenn wir gebissen werden", wollen die Adler-Arbeiter, denn „der Adler hat noch Krallen".

Oberbürgermeister Wallmann fürchtet, daß die Tragweite der Emotionen, die da aufgekommen sind, noch gar nicht abzuschätzen sei. Da hat er sicher recht. Ob seine an die verantwortlichen Vorstände gerichteten Forderungen, nicht zu schließen, bevor nicht die Notwendigkeit „im Detail" belegt ist, den Glauben an die Kraft der CDU, „die große Wende herbeizuführen", stärken wird, ist allerdings zu bezweifeln.

dichtmacht – wie beschlossen – und VDO in Bockenheim 1000 „freisetzt" – wie geplant. Da wird die Sorge um das „Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordung", um die „Glaubwürdigkeit einer nicht nur freien, sondern auch sozialen Marktwirtschaft" zum Allgemeingut – 16% Dividende zahlte Adler noch 1979.

20000 Unterschriften für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei VDM und Adler wurden an den Ständen des DGB am Tag der offenen Tür und am Sonntag vor den Kirchentüren gesammelt. IG Metall, DGB und die Kirchen rufen zur Demonstration für das „Recht auf Arbeit" auf. „Beißen, wenn wir gebissen werden", wollen die Adler-Arbeiter, denn „der Adler hat noch Krallen".

Oberbürgermeister Wallmann fürchtet, daß die Tragweite der Emotionen, die da aufgekommen sind, noch gar nicht abzuschätzen sei. Da hat er sicher recht. Ob seine an die verantwortlichen Vorstände gerichteten Forderungen, nicht zu schließen, bevor nicht die Notwendigkeit „im Detail" belegt ist, den Glauben an die Kraft der CDU, „die große Wende herbeizuführen", stärken wird, ist allerdings zu bezweifeln.

Nach einer „symbolischen" Werksbesetzung im Anschluß an die Adler-Betriebsversammmlung, nach einer spontanen Demonstration zum Gewerkschaftshaus, nachdem ganze Abteilungen, bis zu 200 Leute auf einmal, das Betriebsratsbüro belagerten, halten die Vertrauensleute nichts mehr, auch nicht eine Betriebsbesetzung, für utopisch. „Notfalls muß die Belegschaft das Ding selbst in die Hand nehmen und in eigener Regie führen", meinte ein Vertreter der AfA.

Ob es gelingt, die Stillegungen zu verhindern, hängt entscheidend von der Solidarität der Frankfurter Kollegen und der Unterstützung der Gewerkschaften ab. Erfreulich ist diesmal bestimmt die Einmischung der Kirchen. Daß Kinder- und Jugendgruppen aus den Gemeinden sich beim Betriebsrat über den Stand der Unterschriftensammlung und die Lage im Werk informieren, daß in 130 Kirchen eine Solidaritätsresolution verlesen wird, daß von der Kanzel aufgerufen wird, zu „kämpfen, wo Menschen ihr tägliches Brot verlieren" – ein nicht gerade gewohntes Bild.

Erfolg im Heinze-Prozeß

Die 29 Heinze-Frauen haben ihren Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel gewonnen. Sie hatten auf Zahlung der gleichen Löhne, wie sie die Männer in ihrem Betrieb erhalten, geklagt. Heinze muß jetzt 20000 Mark Lohn nachzahlen.

„Der unvergessene Krieg"

Gerd Koenen

Die Wogen der Erregung gehen schon hoch, bevor die Serie im Fernsehen angelaufen ist. Das kann nicht gerade verwundern. Die „Aktion Barbarossa", d.h. der Versuch des faschistischen Deutschen Reiches, gestützt auf das okkupierte Westeuropa und seine kollaborierenden bürgerlichen Klassen zu einem vernichtenden Schlag gegen die Sowjetunion auszuholen und sie in vier Kolonien bzw. Halbkolonien des Reiches zu zerschlagen („Ostland, Ukraine, Kaukasien und Moskowien"), leitete die größte Schlacht und zugleich das größte Schlachten der Menschheitsgeschichte ein. Und das war, neben dem Holocaust der 6 Mio. Juden (meist Ost-Juden), das kaltblütige Anknüpfen des deutschen Imperialismus an die längst vergessen geglaubte Kriegsführung der Tartaren-Horden, das 20 Mio. Sowjetbürgern das Leben kostete. Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht vom 29.9.1941: „Eine Kapitulation von Leningrad und später Moskau ist nicht anzunehmen ... Es ist beabsichtigt, die Stadt eng einzuschließen und durch Beschuß mit Artillerie aller Kaliber und laufenden Lufteinsatz dem Erdboden gleichzumachen und ihre Bevölkerung zu vernichten ..., da das Problem des Verbleibens und der Ernährung der Bevölkerung von uns nicht gelöst werden kann und soll." Die Dreimillionen-Stadt Leningrad hielt stand, obwohl in der 900tägigen Belagerung fast 1 Million verhungerten, erfroren, fielen.

Die Serie, und daran scheiden sich nun die Geister, stellt dieses Epos weitgehend aus der Sicht der Sowjetunion mit sowjetischem Dokumentarmaterial dar. Daran ist etwas sehr Gutes: Die Gräben, die jeder große Krieg zwischen den Völkern aufreißt, und zumal hier, wo es sich um einen barbarischen, ungerechten Eroberungskrieg von deutscher Seite handelte, lassen sich nur zuschütten, indem die Ereignisse gerade mit den Augen derer, denen dieses Leid zugefügt wurde, geschildert werden. (Und selbst die Hungerjahre nach 1945 in Deutschland waren ja ein Zuckerschlecken dagegen.)

Die Frage bleibt dann nur: Wird die Serie das tun? Oder werden wir konfrontiert sein mit jener großrussisch-vaterländischen Geschichtsschreibung, die aus den Leiden des eigenen Volkes und dem einfachen, namenlosen Heroismus seiner Bauernsoldaten bereits die Ansprüche für eine künftige Weltmachtgeltung herleitet?

Die Umstände der Produktion der Serie lassen da einiges befürchten. Es handelt sich, wie bekannt, um eine russisch-amerikanische Ko-Produktion, d.h. ein Fernsehproduzent der USA kaufte sich im wesentlichen das Material einer 1965 in der Sowjetunion produzierten Dokumentarserie ein, arbeitete es mit Hilfe des bekannten sowjetischen Kriegsbildberichters Roman Karmen und des US-Journalisten Harrison Salisbury, der im 2. Weltkrieg in der SU war, um, engagierte als „Moderator" den Schauspieler Burt Lancaster; und zu allem Überfluß werden dann westdeutsche Historiker und Journalisten jeweils vor, während und nach den Sendungen das Gezeigte geradebiegen, aufrechnen, abschwächen, relativieren oder wer weiß was.

Natürlich liegen die wirklichen Schwierigkeiten in der Sache selbst: Aus dem Versuch des deutschen Imperialismus, unter Anwendung barbarischster Kriegsmethoden sich zum Herrn Kontinentaleuropas aufzuschwingen – wofür der „antibolschewistische Kreuzzug" gegen die Sowjetunion das Kernstück war – wurde ein großer, antifaschistischer Befreiungskrieg der Völker gegen den Menschheitsfeind Nr. 1. Aber dieser große antifaschistische Befreiungskrieg mündete sowohl in Fortschritte der Revolution als auch in eine Neuaufteilung der Welt unter zwei Supermächte. Und die eine, die heute sogar zum Hauptherd neuer Aggressionen geworden ist, ist die, die aus dem „Großen Vaterländischen Krieg" hervorging. Das kann kein einziges Verbrechen der Nazis auch nur relativieren; im Gegenteil: Gerade die Barbarei der deutschen „Hunnen" führte im Gegenschlag in der Sowjetunion zur weitgehenden Durchsetzung jenes großrussischen Chauvinismus, der seine Ambitionen nun in den roten Mantel der Weltrevolution kleidet. Daraus wird die Rechte hierzulande versuchen, Kapital zu schlagen. Die „Springer-Presse" läßt da nichts aus. Aber das muß nicht sein. Es werden sich – gerade auch aus der „Tendenz" der Serie – starke Argumente für den Kampf gegen den heute drohenden Krieg gewinnen lassen.

mit Artillerie aller Kaliber und laufenden Lufteinsatz dem Erdboden gleichzumachen und ihre Bevölkerung zu vernichten ..., da das Problem des Verbleibens und der Ernährung der Bevölkerung von uns nicht gelöst werden kann und soll." Die Dreimillionen-Stadt Leningrad hielt stand, obwohl in der 900tägigen Belagerung fast 1 Million verhungerten, erfroren, fielen.

Die Serie, und daran scheiden sich nun die Geister, stellt dieses Epos weitgehend aus der Sicht der Sowjetunion mit sowjetischem Dokumentarmaterial dar. Daran ist etwas sehr Gutes: Die Gräben, die jeder große Krieg zwischen den Völkern aufreißt, und zumal hier, wo es sich um einen barbarischen, ungerechten Eroberungskrieg von deutscher Seite handelte, lassen sich nur zuschütten, indem die Ereignisse gerade mit den Augen derer, denen dieses Leid zugefügt wurde, geschildert werden. (Und selbst die Hungerjahre nach 1945 in Deutschland waren ja ein Zuckerschlecken dagegen.)

Die Frage bleibt dann nur: Wird die Serie das tun? Oder werden wir konfrontiert sein mit jener großrussisch-vaterländischen Geschichtsschreibung, die aus den Leiden des

barbarischster Kriegsmethoden sich zum Herrn Kontinentaleuropas aufzuschwingen – wofür der „antibolschewistische Kreuzzug" gegen die Sowjetunion das Kernstück war – wurde ein großer, antifaschistischer Befreiungskrieg der Völker gegen den Menschheitsfeind Nr. 1. Aber dieser große antifaschistische Befreiungskrieg mündete sowohl in Fortschritte der Revolution als auch in eine Neuaufteilung der Welt unter zwei Supermächte. Und die eine, die heute sogar zum Hauptherd neuer Aggressionen geworden ist, ist die, die aus dem „Großen Vaterländischen Krieg" hervorging. Das kann kein einziges Verbrechen der Nazis auch nur relativieren; im Gegenteil: Gerade die Barbarei der deutschen „Hunnen" führte im Gegenschlag in der Sowjetunion zur weitgehenden Durchsetzung jenes großrussischen Chauvinismus, der seine Ambitionen nun in den roten Mantel der Weltrevolution kleidet. Daraus wird die Rechte hierzulande versuchen, Kapital zu schlagen. Die „Springer-Presse" läßt da nichts aus. Aber das muß nicht sein. Es werden sich – gerade auch aus der „Tendenz" der Serie – starke Argumente für den Kampf gegen den heute drohenden Krieg gewinnen lassen.

Der Krach um Tagesschau und Tagesthemen – nur ein Fall Gruber?

heo.Köln. Tagesschau-Chefredakteur Müggenburg wollte letzten Freitag auf die Fragen eines SWF-Reporters beim ARD-aktuell-Stand auf der Berliner Funkausstellung nichts zum Tagesschau- und Tagesthemen-Krach um Edmund Gruber, seinen Chef, sagen: mit dem NDR-Intendanten (verantwortlich für Hauptabteilung ARD-aktuell) sei bis auf weiteres Stillschweigen aller Beteiligten vereinbart. Bis in das Allerheiligste waren Widersprüche zur Supermacht USA vorgedrungen, der Krach wurde publik, schnell werden die Schotten jetzt wieder dichtgemacht. Die allzu glatte Tages„show" muß ihren Ruf retten, der Krach um Gruber könnte sich als nur ein Fall unter vielen von Disziplinierung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen herausstellen.

Tagesschau und Tagesthemen der ARD sind nicht irgendwelche Fernsehsendungen, was auch für „heute" des ZDF gilt: rund 70% der westdeutschen Fernsehzuschauer sehen fast regelmäßig die aktuellen Nachrichtensendungen. Ob als mitgenommener Einstieg in das Abendprogramm oder gezielt – die Nachrichtensendungen gehören damit zu den absolut meistverzehrten Fernsehsendungen überhaupt und sind von herausragender Bedeutung für die politische Information der Bevölkerung. Ein Mann wie Edmund Gruber, der ins Gerede gekommene Chef von Tagesschau und Tagesthemen ist somit einer der „einflußreichsten deutschen TV-Journalisten" (Spiegel, 24.8.). So was wird auch so einfach keiner, die „Berufung" auf diesen Posten ist Ergebnis von Proporzkämpfen in den ARD-Gremien. Gruber ist Mann des rechten CDU/CSU-Flügels und war Anfang des Jahres auf den Posten gehievt worden. Reinen Tisch zu machen versuchte er gleich von Anfang an und liquidierte den drei Jahre alten Redaktionsausschuß: Er wolle „allein bestimmen". (ebenda)

Womit hat sich Gruber jetzt hervorgetan? „Innere Zensur" ist der Vorwurf von 27 seiner Redakteure (insgesamt 49), haarklein belegt aus einer – entscheidenden – Woche Tagesschau- und Tagesthemen-Arbeit. Selbstherrlich hatte Gruber auch nur kleine, Kritik an der US-Supermacht andeutende Wörter aus den Sendemanuskripten gestrichen. Ausschnitt: „Sonntag, 9.8.81. Aufmacher der TS-Sendungen ist Reagans Entscheidung für den Bau der Neutronenwaffe. Etwa 15 Minuten vor der 20-Uhr-Sendung ruft Herr Gruber den Dienstleiter Wort an (zuständig für Nachrichtentext, d. Verf.): Aus dem ersten Satz müßten die Worte ‚umstrittene' (Neutronenwaffe) gestrichen werden. ... Der Verfasser weist (...) darauf hin, daß 3 Agenturen im Aufmachersatz (erster Satz der Meldung, heo) die Neutronenwaffe als umstritten bezeichnen, schließlich müsse das ja ein Redakteur auch aus der Diskussion vor drei Jahren noch wissen. Herr Gruber besteht auf der Streichung." (epd-Kirche und Rundfunk, 26.8.)

Kontroversen dürfen nicht erwähnt werden: „Er (Gruber) wolle die Diskussion über das Für und Wider der Neutronenwaffe nicht neu anheizen. Ihn persönlich beruhige Reagans Entscheidung." (ebd.) Basta. Viele andere Zensurmaßnahmen wurden in der Presse erwähnt, Gruber: „Wir bieten extremen Meinungen keine Plattform." (Spiegel 24.8.). Was heißt hier extrem – und was kann denn in einer Nachrichtensendung schon so Extremes reinrutschen?

Die Möglichkeiten von Nachrichtenredakteuren, an den Texten und Filmen auch nur irgendwas eigenständig zu verändern in Richtung Kritik an den Verhältnissen, sind gleich Null. Womit die Nachrichtenredaktion arbeitet, ist eh von den verschiedenen Nachrichten- und Filmagenturen vorproduziert und dort schon Ergebnis eines langen Auswahl- und Bearbeitungsprozesses. Nachprüfen dessen, was da bergeweise über Fernschreiber an Meldungen hereinkommt, ist nicht drin: Magnetisch aufgezeichnetes Material (MAZ) und Filme von fünf internationalen Filmagenturen bzw. Filmaustauschstellen, eigenes Material von elf BRD-Büros und 20 Auslands-Korrespondenten; ca. 1200 Wortnachrichten am Tag von fünf Nachrichtenagenturen (dpa, ddp, ap, afp, Reuters; an die 200000 Wörter/Tag); Fotos und Grafiken von Agenturen und aus eigener Produktion. 6 – 8% des angebotenen Textmaterials kann überhaupt untergebracht werden. Da ist der Redakteur mit Auswahl und Quellenvergleich vollauf beschäftigt und kann das höchstens so korrekt wie möglich machen wollen. Wie man sieht, stößt selbst korrekte Nachrichtenverarbeitung (die notwendige Kritik des Agenturmaterials mal beiseite) an die Grenzen, die der ideologische Auftrag der Nachrichtensendungen setzt. Im Falle Gruber ein so reaktionär wahrgenommener Auftrag, daß es selbst anderen ARD-Leuten zu viel wird.

Fälle wie die bei der Tagesschau aber sind in den öffentlich-rechtlichen „Anstalten" gang und gäbe und sollte man sich insgesamt um die Gängelung und politische Disziplinierung der Mitarbeiter dort drin kümmern. Über 200 Kölner Journalisten und Schriftsteller unterschrieben jüngst einen Aufruf „gegen das Wettrüsten in Ost und West", darunter 60 WDR-Angestellte, dabei Kölner Tagesschau-Redakteure. Viel Ärger gabs für die Redakteure und den Maulkorb: „Wer in derart blinder Einseitigkeit eine für die Bundesrepublik wichtige Frage behandelt, gehört nicht an die Schalthebel einer ö.r. Anstalt." (CDU/CSU-Bundestagsfraktion). Auch die fristlose Kündigung des WDR-Jugendredakteurs Ulli Lux zeigte, daß die politischen Freiheiten für Redakteure nicht zu gelten haben, so wie die Bourgeoisie sie braucht. Ein Fortschritt, daß die Betroffenen sich jetzt mehr dagegen wehren.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Die Geldsäcke in den Villen mit ihren Sicherheitsschlössern und Alarmeinrich...

von herausragender Bedeutung für die politische Information der Bevölkerung. Ein Mann wie Edmund Gruber, der ins Gerede gekommene Chef von Tagesschau und Tagesthemen ist somit einer der „einflußreichsten deutschen TV-Journalisten" (Spiegel, 24.8.). So was wird auch so einfach keiner, die „Berufung" auf diesen Posten ist Ergebnis von Proporzkämpfen in den ARD-Gremien. Gruber ist Mann des rechten CDU/CSU-Flügels und war Anfang des Jahres auf den Posten gehievt worden. Reinen Tisch zu machen versuchte er gleich von Anfang an und liquidierte den drei Jahre alten Redaktionsausschuß: Er wolle „allein bestimmen". (ebenda)

Womit hat sich Gruber jetzt hervorgetan? „Innere Zensur" ist der Vorwurf von 27 seiner Redakteure (insgesamt 49), haarklein belegt aus einer – entscheidenden – Woche Tagesschau- und Tagesthemen-Arbeit. Selbstherrlich hatte Gruber auch nur kleine, Kritik an der US-Supermacht andeutende Wörter aus den Sendemanuskripten gestrichen. Ausschnitt: „Sonntag, 9.8.81. Aufmacher der TS-Sendungen ist Reagans Entscheidung für den Bau der Neutronenwaffe. Etwa 15 Minuten vor der 20-Uhr-Sendung ruft Herr Gruber den Dienstleiter Wort an (zuständig für Nachrichtentext, d. Verf.): Aus dem ersten Satz müßten die Worte ‚umstrittene' (Neutronenwaffe) gestrichen werden. ... Der Verfasser weist

Nachprüfen dessen, was da bergeweise über Fernschreiber an Meldungen hereinkommt, ist nicht drin: Magnetisch aufgezeichnetes Material (MAZ) und Filme von fünf internationalen Filmagenturen bzw. Filmaustauschstellen, eigenes Material von elf BRD-Büros und 20 Auslands-Korrespondenten; ca. 1200 Wortnachrichten am Tag von fünf Nachrichtenagenturen (dpa, ddp,

blik wichtige Frage behandelt, gehört nicht an die Schalthebel einer ö.r. Anstalt." (CDU/CSU-Bundestagsfraktion). Auch die fristlose Kündigung des WDR-Jugendredakteurs Ulli Lux zeigte, daß die politischen Freiheiten für Redakteure nicht zu gelten haben, so wie die Bourgeoisie sie braucht. Ein Fortschritt, daß die Betroffenen sich jetzt mehr dagegen wehren.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Die Geldsäcke in den Villen mit ihren Sicherheitsschlössern und Alarmeinrichtungen ... hier ist es doch viel einfacher!"

Deutsche Frage neu belebt

bep. Egon Bahr, Vorsitzender des parlamentarischen Unterausschusses für Abrüstung, fuhr letzten Freitag nach Ostberlin, um mit dem für Außenpolitik zuständigen SED-Politbüromitglied Hermann Axen zu sprechen. Empfangen wurde Bahr vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker persönlich. Honecker betonte, gerade die beiden deutschen Staaten müßten ein grundlegendes Interesse daran haben, daß das Niveau der militärischen Konfrontation gesenkt und das Wettrüsten begrenzt und abgebaut werde. Bahr schlug Gespräche zwischen dem Auswärtigen Ausschuß der DDR-Volkskammer und dem Bundestagsausschuß für Abrüstung vor. CDU-Politiker kritisierten das später als völkerrechtlich bedenklich und als Aufwertung des „DDR-Scheinparlaments". In einer Fernsehsendung sagte Bahr später, die DDR sei wegen ihrer geographischen Lage ebenso wie die Bundesrepublik daran interessiert, daß es keinen Konflikt zwischen den Militärblöcken gebe. Die Bewegungsmöglichkeiten der beiden deutschen Staaten seien am größten, wenn die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion vom Entspannungswillen bestimmt werden; im anderen Falle, bei einem möglichen Konflikt, würden die jeweiligen Führungsmächte befehlen und „alle anderen gehorchen und notfalls sterben". Noch vor dem Treffen hatte Honecker ein Antwortschreiben auf einen früheren Brief von Kanzler Schmidt geschickt, in dem er die Hoffnung auf ein Gipfeltreffen kurz nach dem Breschnew-Besuch in Bonn im November äußerte. In diesen Tagen forderte auch Günter Gaus, früherer Vertreter der Bundesregierung in Ostberlin, eine stärkere Hervorhebung der Deutschland-Diskussion gegenüber der westeuropäischen Integration.

„Zwischenlagerung" in Biblis ist ungesetzlich

kvz. Eine „Zwischenlagerung" abgebrannter Brennelemente unter der Reaktorkuppel läßt das Atomgesetz nicht zu. Das hat die dritte Kammer des Verwaltungsgerichts Darmstadt in einer Klage von 15 Bürgern gegen die sogenannte „Kompaktlagerung" im Abklingbecken der beiden Atom-Kraftwerksblöcke in Biblis entschieden. Das Land Hessen und die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) wurden zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt. Damit wurde vollends klar, daß der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik mit seiner entsprechenden Genehmigung nach Auffassung des Gerichts offensichtlich gegen das bestehende Recht verstoßen habe, das einwandfrei zwischen dem Betrieb eines Atomkraftwerks und dessen Entsorgung unterscheide. Ein „Abklingphase" bis zur Transportfähigkeit der Brennelemente von 2 Jahren sei möglich, aber auch die äußerste Grenze. Da die nicht gesicherten Entsorgungsmöglichkeiten für westdeutsche Kernkraftwerke zu den abenteuerlichen Plänen einer „Zwischenlagerung" auf Dauer in Biblis geführt hätten, sei es „nicht Sache von Gerichten, auszubügeln, was Regierung und Politiker nicht zuwege gebracht haben". – So wichtig das Urteil für die Bibliser Bürger ist, so deutlich auch die Aufforderung des Gerichts, die Endlagerung zu forcieren. Das Urteil ist allerdings in erster Instanz gefällt worden. Es kann demnächst vor dem Verwaltungsgericht in Kassel schon wieder aufgehoben werden. Dort werden Bundesregierung und RWE umgehend Berufung einlegen. Nach beider Auffassung ist die Kompaktlagerung „Teil des Betriebsgeschehens". Könnte dieser Standpunkt vor den Gerichten durchgesetzt werden, hinge allerdings das gesamte Atomprogramm der BRD in der Luft.

Sinti erzwingen Veröffentlichung geheimer NS-Akten

kvz. Mit einer beherzten Besetzungsaktion haben 18 Sinti erzwungen, daß endlich 20000 NS-Akten über die Vernichtung von Zigeunern historischen Untersuchungen zugänglich werden, die die an den Sinti begangenen Verbrechen belegen. Die Akten waren im Archiv der Universität Tübingen gelagert; auschließlichen Zugang hatte die Professorin Sophie Erhardt, die früher selbst eine Mitarbeiterin des NS-Rassehygieneinstituts und möglicherweise selbst an den Naziverbrechen beteiligt war. Jedenfalls waren diese Akten, ähnlich wie andere Akten in der Verfügung von Prof. Arnold, einem Mitglied des NS-Zigeunerrats, jahrelang für unauffindbar erklärt worden. Erst die hartnäckigen Nachforschungen der Sinti, die vielfach bis heute um ihre Wiedergutmachung betrogen werden, brachten die Existenz der Akten ans Licht. Ihre Forderung nach Überführung ins Bundesarchiv nach Koblenz wurde vom Innenministerium abschlägig beschieden. Mit dessen Wissen holte die Professorin Erhardt sogar die ausgeliehenen Akten per LKW in ihre Privatobhut nach Tübingen zurück. Daraufhin besetzten die Sinti das Tübinger Archiv. „Das war furchtbar", sagte Romani Rose, der Sprecher des Verbandes deutscher Sinti, „tausende von Bildern, ganze Karteien, Vermessungen, und alle in den Händen dieser Frau." Die Sinti weigerten sich, ihre Besetzung aufzugeben, bis schließlich die Akten im Konvoi ins Koblenzer Bundesarchiv überführt worden waren. Die Sinti verlangen nun, daß sich die Staatsanwaltschaft mit den Akten befaßt. Gegen die Professorin Erhardt ist Anzeige wegen Beihilfe zum Mord gestellt.

Bremer Oberschüler streiken gegen Unterrichtsausfall

kvz. Unterstützt von einem Großteil der Lehrer und Eltern boykottieren seit fast zwei Wochen 500 Bremer Oberschüler den Unterricht. Die Schulbehörde drohte drastische Disziplinarmaßnahmen an. Die Schüler, Absolventen der „Neugestalteten Oberstufe" (NGO) wehren sich dagegen, nur noch durch Losentscheid zu Kursen zugelassen zu werden, die sie sich nach dem neuen Verfahren der Kursuswahl ausgesucht haben. Für Biologie bewarben sich z.B. 69 Schüler, nur 36 zogen ein Los und dürfen den völlig überfüllten Kurs besuchen. Die übrigen müssen sich irgend ein weniger belegtes Fach suchen. Dazu kommt dauernder Unterrichtsausfall. Beides ist ein Resultat des immer krasseren Lehrermangels. – Die Schüler führen ihren Streik so durch, daß sie täglich zur Schule gehen, aber statt der regulären Kurse selbstgebildete Diskussions- und Informationsgruppen besuchen. Sie fordern die Einstellung mindestens zweier voll ausgebildeter Lehrer. Die Schulbehörde hat nach einigem Hin und Her zwei unausgebildete Halbtagskräfte angeboten. 10 Mio. DM wurden dies Jahr aus dem Schuletat herausgestrichen. Die GEW hat jetzt ein „Krisentelefon" eingerichtet, um einen Überblick über die wirkliche Lage an den Bremer Schulen zu bekommen.

DKP-Vorsitzender in Hannover muß Lügen widerrufen

geh.Hannover. Am 12.8.81 wurde der Kreisvorsitzende der DKP Hannover, Hehnen, in einem Zivilverfahren vor dem Landgericht Hannover dazu verurteilt, die Verleumdung von Gerhard Held als Verfassungsschutzagent und Provokateur zu widerrufen. Im Prozeß hatte die DKP zunächst versucht durchzusetzen, daß G. Held seine Unschuld beweisen müßte. Als sie damit nicht durchkam und selber Beweis antreten mußte, flog die Verleumdung, die 1976 mit einer Flugblattaktion der DKP in ganz Niedersachsen begonnen hatte und bei den Aktionen gegen das Bundeswehrgelöbnis am 11.11.80 in Hannover fortgesetzt wurde, auf.

Kommunalwahlen in Niedersachsen

Aus den Programmen alternativer Wahlbündnisse



Wahlkampf der Alternativen Liste in Westberlin

Zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 27.9. gibt es in zahlreichen Städten und Kreisen alternative Wahlbündnisse. So in Göttingen, Braunschweig, Hannover, Stade, Buxtehude, im Landkreis Aurich u.a. Während die Grünen in vielen Fällen an den alternativen Wahlbündnissen teilnehmen, ist der vom Hannoveraner Parteitag der DKP ausgegebene Kurs, sich mehr um die alternative Wahlbewegung zu kümmern, bislang wohl nicht erfolgreich gewesen. In Stade z.B. sind die Mitglieder von DKP und SDAJ aus dem Wahlbündnis ausgezogen, als dies die Ablehnung sowohl der sowjetischen Mittelstreckenraketenrüstung wie die Ablehnung neuer NATO-Atomraketen ins Programm aufnahm. Im folgenden Auszüge aus einzelnen Programmen:

Alternative Liste Stade (Präambel):

„Ebenso wie die Bürger anderer Städte sehen sich die Bürger Stades zunehmend mit den Problemen konfrontiert, die aus der wirtschaftlichen Krise, der friedensgefährdenden Politik und der Zerstörung der Umwelt resultieren. Wir wehren uns gegen das gefährliche Wettrüsten der NATO und des Warschauer Paktes, besonders gegen das Aufstellen der eurostrategischen Atomwaffen Pershing II und SS 20 und fordern deren Abzug, weil es die Existenz unseres Landes und ganz Europas wie nie zuvor bedroht. Die Kosten der Rüstung werden durch Steuererhöhungen und Streichungen im Sozialbereich auf die Arbeitnehmer und sozial Schwachen abgewälzt. Die hohe Arbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, höhere Mieten und Preise, Abbau sozialer Rechte und demokratischer Grundrechte und Kürzung der Renten führen zu einer Verschlechterung unserer Lebensbedingungen. Die Ausbeutung von Mensch und Natur muß aufhören. Wir unterstützen deshalb Bestrebungen für menschengerechte Arbeitsbedingungen, für Arbeitszeitverkürzungen sowie solche, die sich gegen den Raubbau an der Natur durch Industrieansiedlung und Infrastrukturmaßnahmen wenden. (...)

Die Alternativen Stades verstehen sich als basisdemokratischer und antifaschistischer Zusammenschluß, in dem alle Entscheidungen unter Mitwirkung ihrer Mitglieder diskutiert und beschlossen werden. Die AS ist offen

Zerstörung der Umwelt resultieren. Wir wehren uns gegen das gefährliche Wettrüsten der NATO und des Warschauer Paktes, besonders gegen das Aufstellen der eurostrategischen Atomwaffen Pershing II und SS 20 und fordern deren Abzug, weil es die Existenz unseres Landes und ganz Europas wie nie zuvor bedroht. Die Kosten der Rüstung werden durch Steuererhöhungen und Streichungen im Sozialbereich auf die Arbeitnehmer und sozial Schwachen abgewälzt. Die hohe Arbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, höhere Mieten und Preise, Abbau sozialer Rechte und demokratischer Grundrechte und Kürzung der Renten führen zu einer Verschlechterung unserer Lebensbedingungen. Die Ausbeutung von Mensch und Natur muß aufhören. Wir unterstützen deshalb Bestrebungen für menschengerechte Arbeitsbedingungen, für Arbeitszeitverkürzungen sowie solche, die sich gegen den Raubbau an der Natur durch Industrieansiedlung und Infrastrukturmaßnahmen wenden. (...)

Die Alternativen Stades verstehen sich als basisdemokratischer und antifaschistischer Zusammenschluß, in dem alle Entscheidungen unter Mitwirkung ihrer Mitglieder diskutiert und beschlossen werden. Die AS ist offen

für alle Bürger Stades. Zur Durchsetzung ihrer Ziele benötigt sie eine starke außerparlamentarische Bewegung. Die AS sieht in der Parlamentsarbeit ein Mittel, um die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Interessen derjenigen zu vertreten, die bisher im Rathaus und in der Verwaltung überhört wurden.

Wir fordern:

– Die Haushaltsmittel der Stadt im Sinne der sozialen Belange der Bürger und nicht zur Finanzierung von Prestigebauten ausgeben.

– Wir fordern Maßnahmen zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts der Elbe. Wir sind gegen eine weitere Elbwasserverschmutzung durch Einleitung kommunaler und industrieller Abwässer aller Anliegerstaaten sowie gegen die Erwärmung der Elbe durch Kühlwasser aus Atomkraftwerken.

– Wir sind gegen die Einschränkung der Befugnisse der Kommunen durch Bundes- und Landesrecht, sondern für die Stärkung ihrer Selbständigkeit.

– Wir sind für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und gegen den Neubau von Autobahnen.

– Wir fordern den Ausbau und die weitere Erforschung regenerierbarer Energien (Wind, Sonne, Biogas) und lehnen Kernenergieanlagen ab, weil deren Risiken für Mensch und Umwelt nicht absehbar sind."

AGIL (Alternative-Grünen-Initiativen-Liste) Göttingen zur Wohnungsfrage:

„Die Bestanderhaltung preiswerten Wohnraums sollte kurzfristig im Mittelpunkt stehen. Als Maßnahmen fordern wir: Abrißgenehmigungen sind generell zu verweigern. Bei bereits erteilten Abrißgenehmigungen sind diese sofort zu widerrufen, wie etwa die Genehmigung für Herrn Dawe, das Haus Weender Landstraße 51 dem Erdboden gleichzumachen, oder auch die Abrißgenehmigung für die letzten Häuser im Reitstallviertel.

Einführung eines Veränderungsverbots, daß die Umwandlung von bisherigem Wohnraum in Geschäftsräume, Praxen etc. wirksam unterbindet. Das gilt vor allem für die Innenstadt, die ohnehin mit Geschäften aller Art, Advokaten, Ärzten etc. übersät ist.

Umwandlung von freiwerdenden oder auch nur zweitweise freistehenden Behörden-, Verwaltungs- oder Geschäftshäusern in Wohnraum. Eklatantes Beispiel für das unverantwortliche Leerstehenlassen solcher Häuser ist das Alte Klinikum. Nachdrücklich treten wir für die sofortige Bereitstellung des Alten Klinikums für Wohnzwecke ein!

Weder darf durch langfristige stadtplanerische Überlegungen eine systematische Verrottung der Häuser in sogenannten Sanierungsgebieten provoziert werden, noch darf von städtischer Seite ein solches Verhalten von Hauseigentümern – aus spekulativen oder auch anderen Motiven – geduldet werden. Anschauliches Beispiel hierfür ist das ehemals besetzte Haus in der Jüdenstraße, wo von der Stadt nichts dagegen unternommen wird, daß die Eigentümer sich durch das Herausreißen aller Fenster und Türen den Grund für die angestrebte Abrißgenehmigung schaffen wollen. Gegen jegliche Art der Zweckentfremdung von Wohnraum fordern wir in Ergänzung zum Umwandlungsverbot eine restriktive Auslegung der Zweckentfremdungsordnung bis hin zum völligen Verbot der Zweckentfremdung. Bezogen auf die Bestandssicherung im Sozialen Wohnungsbau gilt es die Umwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen und die Aufhebung der Mietpreisbindung zu verhindern. (...)

Im „öffentlichen Interesse" hat die Stadt rigoros vom Vorkaufsrecht beim Erwerb von Häusern und Grundstücken Gebrauch zu machen. In entsprechenden Fällen (z.B. Kulpsche Häuser) treten wir für das Recht der Kommunen auf entschädigungslose Enteignung ein! Wir fordern das Ver-

matische Verrottung der Häuser in sogenannten Sanierungsgebieten provoziert werden, noch darf von städtischer Seite ein solches Verhalten von Hauseigentümern – aus spekulativen oder auch anderen Motiven – geduldet werden. Anschauliches Beispiel hierfür ist das ehemals besetzte Haus in der Jüdenstraße, wo von der Stadt nichts dagegen unternommen wird, daß die Eigentümer sich durch das Herausreißen aller Fenster und Türen den Grund für die angestrebte Abrißgenehmigung schaffen wollen. Gegen jegliche Art der Zweckentfremdung von Wohnraum fordern wir in Ergänzung zum Umwandlungsverbot eine restriktive Auslegung der Zweckentfremdungsordnung bis hin zum völligen Verbot der Zweckentfremdung. Bezogen auf die Bestandssicherung im Sozialen Wohnungsbau gilt es die Umwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen und die Aufhebung der Mietpreisbindung zu verhindern. (...)

Im „öffentlichen Interesse" hat die Stadt rigoros vom Vorkaufsrecht beim Erwerb von Häusern und Grundstücken Gebrauch zu machen. In entsprechenden Fällen (z.B. Kulpsche Häuser) treten wir für das Recht der Kommunen auf entschädigungslose Enteignung ein! Wir fordern das Ver-

bot der gewerblichen Vermittlung von Grundstücken und Wohnungen: Abschaffung des Maklerunwesens!"

Alternative Wählergemeinschaft Landkreis Aurich, Ostfriesland
Landwirtschaft:

„Die bisherige Landwirtschaftspolitik hat in die Sackgasse geführt. Seit Gründung der BRD wurden im System der „freien Marktwirtschaft" 850000 bäuerliche Existenzen abgeschafft. Die Masse der in der Landwirtschaft arbeitenden selbstwirtschaftenden Produzenten – insbesondere natürlich die kleinen und mittleren Bauern – droht zu ersticken zwischen hohen Preisen der Landwirtschaftskonzerne, wachsenden Zinsforderungen der Banken und Steuerforderungen des Staates auf der einen, und real oder sogar nominal sinkenden Erzeugerpreisen auf der anderen Seite. Die großen Gewinne machen industrialisierte Großbetriebe, die z.B. große Flächen durch Lohnarbeiter und große Maschineneinheiten bearbeiten lassen können. Die Landwirtschafts- und Lebensmittelkonzerne verdienen ebenfalls ausgezeichnet. (...)

Der Konkurrenzkampf um „Wachsen und Weichen" beschleunigt die Vergiftung der landwirtschaftlichen Produkte heftig. Will der Bauer bestehen, müssen z.B. die Weizenerträge hoch sein: Also Kunstdünger, Kunstdünger, Kunstdünger ... Monokulturen wachsen, Fruchtwechsel gibt es kaum noch: die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens wird gefährdet. (...)"

„Die bisherige Landwirtschaftspolitik hat in die Sackgasse geführt. Seit Gründung der BRD wurden im System der „freien Marktwirtschaft" 850000 bäuerliche Existenzen abgeschafft. Die Masse der in der Landwirtschaft arbeitenden selbstwirtschaftenden Produzenten – insbesondere natürlich die kleinen und mittleren Bauern – droht zu ersticken zwischen hohen Preisen der Landwirtschaftskonzerne, wachsenden Zinsforderungen der Banken und Steuerforderungen des Staates auf der einen, und real oder sogar nominal sinkenden Erzeugerpreisen auf der anderen Seite. Die großen Gewinne machen industrialisierte Großbetriebe, die z.B. große Flächen durch Lohnarbeiter und große Maschineneinheiten bearbeiten lassen können. Die Landwirtschafts- und Lebensmittelkonzerne verdienen ebenfalls ausgezeichnet. (...)

Der Konkurrenzkampf um „Wachsen und Weichen" beschleunigt die Vergiftung der landwirtschaftlichen Produkte heftig. Will der Bauer bestehen, müssen z.B. die Weizenerträge hoch sein: Also Kunstdünger, Kunstdünger, Kunstdünger ... Monokulturen wachsen, Fruchtwechsel gibt es kaum noch: die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens wird gefährdet. (...)"

Alternativen für die Landwirtschaft: Oberstes Ziel der Landwirtschaftspolitik muß sein: Ausreichende gesunde und preisgünstige Ernährung der Bevölkerung durch eine sozial strukturierte Landwirtschaft.

Nur durch einen schrittweisen Übergang zu einer ökologisch orientierten Produktionsweise kann die Produktion gesunder Lebensmittel erreicht werden.

– Das Angebot von Produkten der ökologischen Landwirtschaft ist zu fördern; insbesondere auch die Selbstvermarktung durch die Bauern.

– Das landwirtschaftliche Beratungswesen muß ausgebaut werden, um die notwendigen Kenntnisse über den ökologischen Landbau zu vermitteln.

– Nach und nach müssen chemische Schädlings- und Unkrautvernichtungsmittel aus der Landwirtschaft und dem Gartenbau verschwinden. Nach entsprechenden gesunden Alternativen ist zu forschen. EG und Bund müssen diese Forschungen unterstützen.

– Bei jeder Ware muß in Zukunft kenntlich gemacht werden, mit welchen Mitteln sie behandelt und erzeugt wurde. Die Schadstoffrückstände in Nahrungsmitteln müssen umfassend kontrolliert und Überschreitungen der Höchstmenge so hart bestraft werden, daß das Risiko für die Anbau bzw. die Importeure bedeutend größer wird als der zu erwartende Gewinn.

– Eine Subventionspolitik, die nur die Gewinne der Verarbeitungsindustrie und der großen Agrarunternehmer sichert, ist abzulehnen.

gang zu einer ökologisch orientierten Produktionsweise kann die Produktion gesunder Lebensmittel erreicht werden.

– Das Angebot von Produkten der ökologischen Landwirtschaft ist zu fördern; insbesondere auch die Selbstvermarktung durch die Bauern.

– Das landwirtschaftliche Beratungswesen muß ausgebaut werden, um die notwendigen Kenntnisse über den ökologischen Landbau zu vermitteln.

– Nach und nach müssen chemische Schädlings- und Unkrautvernichtungsmittel aus der Landwirtschaft und dem Gartenbau verschwinden. Nach entsprechenden gesunden Alternativen ist zu forschen. EG und Bund müssen diese Forschungen unterstützen.

– Bei jeder Ware muß in Zukunft kenntlich gemacht werden, mit welchen Mitteln sie behandelt und erzeugt wurde. Die Schadstoffrückstände in Nahrungsmitteln müssen umfassend kontrolliert und Überschreitungen der Höchstmenge so hart bestraft werden, daß das Risiko für die Anbau bzw. die Importeure bedeutend größer wird als der zu erwartende Gewinn.

– Eine Subventionspolitik, die nur die Gewinne der Verarbeitungsindustrie und der großen Agrarunternehmer sichert, ist abzulehnen.

– Landwirtschaftliche „Überschüsse" dürfen nicht vernichtet werden.

Genossenschaftlicher Zusammenschluß:
Es gibt für die selbstarbeitenden Bauern keinen anderen Weg, als sich genossenschaftlich zusammenzuschließen. Sie müssen ihren Privatbetrieb und ihre Privatwirtschaft in Genossenschaften einbringen, in denen alle Genossen völlig gleichberechtigt sind. Die Genossenschaft übernimmt dann den Ankauf der Produktionsmittel; sie leitet die Großbewirtschaftung des zusammengeworfenen Landes und fördert damit die Produktivität. Die Genossenschaft befreit den einzelnen Bauern von seiner individuellen Schuldenlast, indem sie diese übernimmt, sie legt die Produktionsmenge fest und garantiert dafür den Ankauf zu zuvor festgelegten Preisen. Die genossenschaftliche Organisation kann auch viel eher den direkten Vertrieb an den Verbraucher organisieren, so daß auch die großen Lebensmittelkonzerne aus der Konkurrenz der Bauern untereinander nicht ihren Nutzen ziehen können. (Welche Rolle bei diesen Umstrukturierungsprozessen die bestehenden Genossenschaften und Maschinenringe u.ä. haben, muß noch untersucht werden).

Klar dürfte sein, daß genossenschaftliche Zusammenschlüsse, wie sie oben skizziert wurden, nur Ergebnis des freien Entschlusses der Bauern sein dürfen.

Genossenschaftlich organisierte Betriebe und Kooperativen sind staatlich zu fördern."

und ihre Privatwirtschaft in Genossenschaften einbringen, in denen alle Genossen völlig gleichberechtigt sind. Die Genossenschaft übernimmt dann den Ankauf der Produktionsmittel; sie leitet die Großbewirtschaftung des zusammengeworfenen Landes und fördert damit die Produktivität. Die Genossenschaft befreit den einzelnen Bauern von seiner individuellen Schuldenlast, indem sie diese übernimmt, sie legt die Produktionsmenge fest und garantiert dafür den Ankauf zu zuvor festgelegten Preisen. Die genossenschaftliche Organisation kann auch viel eher den direkten Vertrieb an den Verbraucher organisieren, so daß auch die großen Lebensmittelkonzerne aus der Konkurrenz der Bauern untereinander nicht ihren Nutzen ziehen können. (Welche Rolle bei diesen Umstrukturierungsprozessen die bestehenden Genossenschaften und Maschinenringe u.ä. haben, muß noch untersucht werden).

Klar dürfte sein, daß genossenschaftliche Zusammenschlüsse, wie sie oben skizziert wurden, nur Ergebnis des freien Entschlusses der Bauern sein dürfen.

Genossenschaftlich organisierte Betriebe und Kooperativen sind staatlich zu fördern."

Bürgerschaftswahl 1982 in Hamburg:

Alternative Wahlbewegung und ihre Probleme

kmh.Hamburg. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Bestrebungen hin auf eine alternative Wahlbeteiligung. In Bürgerinitiativen, in linken Gewerkschaftskreisen wird darüber gesprochen. In einzelnen Stadtteilen wurden bereits Gruppen dafür gebildet. Die Reste der „Bunten Liste" machen Vorschläge. Allerdings gibt es auch eine große Reserve und ein Mißtrauen dagegen, das herrührt aus den schlechten Erfahrungen mit der „Bunten Liste" (Majorisierung durch den KB und in der Folge Spaltung) sowie überhaupt mit kommunistischen Organisationen.

Ausgehend von diesen Erfahrungen hat sich ein „Initiativkreis für eine alternative Wahlbeteiligung" gebildet, der für eine Alternative Liste mit Einzelmitgliedschaft, Basisdemokratie und Konsensprinzip (keine Kampfabstimmungen) eintritt. In ihm arbeiten hauptsächlich Unorganisierte, eine Gruppe ausgetretener SPDler, Gewerkschaftsmitglieder (IG-Druck, IG-Metall, ÖTV), Bürgerinitiativler und einzelne Mitglieder politischer Organisationen, insbesondere eine Anzahl Grüner, mit.

Der Versuch, eine solche Liste gemeinsam mit den Grünen aufzubauen, ist zunächst erstmal gescheitert, da die Grünen sowohl Majorisierung als auch die Spaltung ihrer eigenen Partei befürchteten. Sie haben jetzt eine Grün-Alternative Bündnisliste vorgeschlagen, auf der zu je 50% Grüne und Alternative kandidieren sollen, und deren Programm in gegenseitigem Konsens hergestellt werden soll. Die DKP will sich auch an einem alternativen Wahlbündnis beteiligen, aber nur auf einem rein kommunalpolitischen Programm. Das stößt jedoch bei vielen auf Ablehnung, einmal wegen der Befürwortung von Kernkraftwerken in der DDR durch die DKP, zum anderen weil man ihr die Befürwortung von Basisdemokratie nicht abnimmt. Des weiteren ist dann noch eine linke (sozialistische) Liste im Gespräch, die von GIM, Volksfront und BWK angestrebt wird.

Aufgrund dieser Situation stehen im Vordergrund der Diskussionen Themen wie „Was ist Basisdemokratie", „Stellung zum Parlamentarismus" und „Verhältnis AL und politische Bewegungen". Für die Vorbereitung der Programmdiskussion gibt es eine ganze Reihe von Arbeitsgruppen, in denen die verschiedenen Strömungen gemeinsam arbeiten. Das nächste Ziel ist ein von den Grünen initiierter „Kommunalpolitischer Arbeitskongreß", der Mitte Oktober eine erste Zusammenfassung der alternativen Wahlbewegung bringen soll.

Es gibt also noch eine Menge Schwierigkeiten im Vorfeld zu überwinden. Währenddessen haben sich die politischen Bedingungen dafür, daß eine solche Liste Konzentrationspunkt der selbständigen Bestrebungen von größeren Teilen der Bevölkerung, insbesondere aber auch des linken Flügels der Arbeiterbewegung wird, wesentlich gewandelt. Mit der Abservierung Kloses ist nicht nur eine Person, sondern ein Integrationskonzept gescheitert.

Auszug aus dem „Selbstverständnispapier"
(Initiative für alternative Wahlbeteiligung)

„In der Bevölkerung wächst der Frust über die Politik der Parteien, und auch die Gleichgültigkeit gegenüber den Parlamenten nimmt zu. In den Medien heißt das „Parteiverdrossenheit" und „Parlamentsmüdigkeit" ... Demgegenüber nehmen Menschen verschiedener sozialer und weltanschaulicher Herkunft in vielen Initiativen und Aktionsgruppen ihre Angelegenheiten selber in die Hand. Sie vertrauen auf sich statt auf Berufspolitiker. Dabei werden sie kämpferisch und verlangen die Teilnahme an politischen Entscheidungen. Zugleich stellen wir fest, daß die Linke in Westdeutschland es bisher nicht vermocht hat, eine in die breite Öffentlichkeit durchschlagende Orientierung zu geben. Ansätze des aktiven Widerstands gegen die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik sind für uns:

– die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung,
– die Friedensbewegung,
– die ökologische Bewegung,
– die Bewegung gegen Atomkraftwerke,
– die Bewegung für demokratische Rechte und Freiheiten gegenüber dem Staatsapparat,
– die Frauenbewegung,
– die Hausbesetzerbewegung,
– die Bewegung der Behinderten,
– die Schwulen- und Lesbenbewegung
– die Grauen Panther.

Die Erwartungen, die von Initiativen und Gewerkschaftsaktivisten an die AL gerichtet werden, sind andere als die Erwartungen der Wähler, die sich bisher noch nicht zu so einer Tätigkeit entschließen konnten. Die Initiativen erwarten Unterstützung für ihre Arbeit, aber bringen auch ihre eigene Aktivität mit ein. Die Nur-Wähler sehen im Gegensatz zur Mehrheit der Initiativen nicht in ihrem eigenen Handeln, sondern in der AL als „linkerer Alternative" die Kraft, welche Veränderungen bewirken soll. (...) Deshalb müssen wir versuchen, unseren Wählern klarzumachen, daß wir ohne eine größere Aktivierung der jeweils Betroffenen weder im Parlament noch überhaupt als politische Kraft etwas ausrichten können."

Ökologie und Inhalt des Sozialismus

Entgegnung auf die Thesen von J. Keizer zu „Ökologie und Umweltschutz" (KVZ 38/81)

dhe.Aachen. Die Ökologie-Bewegung hat einige Fragen aufgeworfen, die erst noch genauer untersucht werden müssen:

1. Neutralität von Wissenschaft und Technik

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist durch das Interesse der Kapitalisten nach Kapitalverwertung bestimmt. „Jede wissenschaftliche Untersuchung rechtfertigte sich automatisch durch einen Erkenntniszuwachs, auch wenn dieser mit unverhältnismäßig hohen Kosten erkauft wurde. Jede technische Entwicklung legitimiert sich dann, wenn sie eine (private oder staatliche) Nachfrage fand ... Da sich in der Nachfrage die Interessen der finanzierenden Nachfrager widerspiegeln, unterliegt die Technik nur deren Wertvorstellungen, die selten mit den Interessen des Individuums oder der Gesellschaft übereinstimmen werden, von den Interessen der Umwelt oder zukünftiger Generationen ganz zu schweigen ..." (Hartmut Bossel, Öko. Institut Freiburg: Wissenschaft auf Abwegen, S. 168 f.)

Deshalb ist der heutige Stand der Technik nicht einfach fortschrittlich und wertneutral in dem Sinne, daß es nur darauf ankommt, was man daraus macht (unter welchen Produktionverhältnissen). So werden Wissenschaft und Technik, wenn sie aus den Kapitalverwertungsinteressen befreit sind und sich umfassende und allseitige Übereinstimmung mit der Natur zum Ziel setzen, sich nicht *unbeschränkt* entfalten (These 5), sondern z.T. sogar beschränkt werden, denn die Verwertungsinteressen dienen oft als Stachel zur Entwicklung der Wissenschaft und Technik mit unverhältnismäßig hohen Kosten und Aufwand (Atomtechnologie, Weltraum-Sonnenenergiekraftwerke) bzw. unverantwortlichen Bedingungen (Gentechnologie).

2. Die Stellung der heutigen Produktivkräfte

a) Es ist für mich höchst zweifelhaft, ob die Entwicklung der Produktivkräfte die *heutige Produktion* ohne Umweltverschmutzung möglich macht (These 3). Gegenüber dem Silicium-Kristall-Beispiel (These 5) lassen sich beliebig viele Gegenbeispiele aufführen (Kunststoffherstellung, Chemikalien), es scheint mir eher die Ausnahme zu sein. In der Landwirtschaft sieht man das ziemlich deutlich: Hier hat die Entwicklung der letzten 40 Jahre (Monokultur, Pestizide, Kunstdünger) in eine Sackgasse geführt, aus der ein realistischer Weg noch nicht klar abzusehen ist (vgl. MEW 25, S. 820 f.).

Auch technisch tauchen Probleme auf: Ein Filter von 99,9% Wirkungsgrad reicht heute für ein großes Chemiewerk oder eine WAA angesichts der Masse und Toxizität der Abfälle nicht aus.

b) Von daher ist das Ziel „Verhinderung jeglicher Umweltverschmutzung" (These 11), für das wir uns „weiter" (sic!) einsetzen müssen, idealistisch, entwickelt man nicht auch umfassende *technische* Alternativen. Ansonsten wird die Arbeiterbewegung nicht geschlossen dahinterstehen (s. Kernkraftwerke).

c) Ist die Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik heute überwiegend fortschrittlich oder destruktiv (im Kapitalismus natürlich)? Dies erscheint angesichts vieler Neuentwicklungen nicht so eindeutig zu beantworten zu sein (z.B. Überschallflugzeuge, bestimmte großtechnische Anlagen), wie dies in These 6 geschieht („Dämonisierung des technischen Fortschritts"). Da der technische Fortschritt ohne umfassende Naturerkenntnis durchgeführt wird, stößt auch seine Nützlichkeit für die Gesellschaft schnell an ihre Grenzen.

d) Dezentrale – zentrale Produktion. Daß diese Frage nicht als Dogma zu behandeln ist, ist eine platte Feststellung (These 6). Aber gibt es im Kapitalismus nicht eine Tendenz zur Zentralisierung über ökonomische Notwendigkeiten hinaus? Ist diese Tendenz heute noch fortschrittlich, revolutionär, wie Marx und Engels das vor 100 Jahren gegenüber der Handwerksproduktion feststellten, oder macht sie nicht die Produktion uneffektiver, undurchschaubarer, schwerfälliger und verwundbarer? Muß man dem nicht eine *Tendenz* der Dezentralisierung (soweit möglich) entgegengesetzt werden, auch unter dem *politischen* Aspekt, daß die Selbständigkeit der Kommunen zur Ausübung der Volksherrschaft gestärkt werden muß? Dem die mittelalterlichen Verhältnisse entgegenzuhalten ist, eine unzulässige Polemik, denn schließlich argumentieren viele „Ökos" ja mit dem wissenschaftlichen Fortschritt, der eine dezentrale Organisation der Produktion möglich mache.

e) Auch scheint mir die Auflösung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land eine solche Dezentralisierung vorauszusetzen. Denn großtechnische Produktionsanlagen bedingen doch städtische Strukturen, industrielle Zusammenballungen. Was soll da „finanzielle und kulturelle Förderung der durch den naturwüchsigen Gang der kapitalistischen Produktion verödeten Regionen" (Elemente ... Kommunismus und Klassenkampf 8/81, S. 18) eigentlich erreichen? Sollen mit dem Geld in Ostfriesland Aluminiumhütten, Chemiewerke gegen die Verödung angelegt werden, oder sollen dort Freizeitheime zur Arbeitslosentherapie entstehen?

3. Strategie zur Befreiung der Arbeit, allgemeinen Emanzipation und Selbstverwirklichung

a) Ergibt sich die Despotie in der Fabrik *nur* aus dem Kapitalcharakter (These 6 „Dämonisierung des Fabriksystems")? Offensichtlich nicht: „Der mechanische Automat einer großen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind, die Arbeiter beschäftigen. (...) Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, *der von aller sozialen Organisation unabhängig ist.* Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren. (...) Wir haben also gesehen, daß einerseits eine gewisse, ganz gleich auf welche Art übertragene Autorität und andererseits eine gewisse Unterordnung Dinge sind, die sich uns aufzwingen unabhängig von aller sozialen Organisation, zusammen mit den materiellen Bedingungen, unter denen wir produzieren und die Produkte zirkulieren lassen. Andererseits haben wir gesehen, daß die materiellen Produktions- und Zirkulationsbedingungen durch die Großindustrie und die Großlandwirtschaft unweigerlich erweitert werden und die Tendenz haben, das Feld dieser Autorität mehr und mehr auszudehnen." (MEW 18, S. 306 f.) Engels sah diese Despotie aufgrund der materiellen Bedingungen der Produktion als unbedingt notwendig an. Heute kann man jedoch feststellen, daß die 100jährige Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte diese despotischen Elemente einseitig entwickelt und bestärkt hat. Die These einiger „ökologischer Theoretiker", daß diese Despotie ein Element der kapitalistischen Herrschaft geworden ist, halte ich für untersuchenswert. Dabei sollte man auch die These, daß bestimmte Techniken auch bestimmte Herrschaftsstrukturen bedingen, mit in Betracht ziehen (vgl. Kritik 25 S. 41 – 71, Argument Sonderband 56 „Alternative Umweltpolitik", S. 85 – 111).

Es stellt sich dementsprechend die Frage, ob bei dem heute erreichten wissenschaftlichen Stand, der gegebenen Produktivität nicht die Möglichkeiten einer „alternativen Technik" bestehen, wo diese despotischen, autoritären Züge des Fabriksystems auf ein sehr geringes Maß zurückgeschraubt werden können.

b) Hieraus ergibt sich eine grundsätzliche Frage der Befreiung der Arbeit: Ist es heute noch so, daß nur die weitere Erhöhung der Produktivität der Arbeiter (These 6) Zeit zum Verstehen des wissenschaftlichen Prozesses schafft und läßt man deshalb Fliesbänder bestehen, weil sie produktiver sind? Dazu kommt noch der Aspekt, daß Industrieroboter oft auch interessante Berufe (Dreher etc.) abschaffen und den Arbeiter zu Überwachungsorganen degradieren, wovon Engels schrieb: „Die Beaufsichtigung von Maschinen ... ist keine Tätigkeit, die das Denken des Arbeiters in Anspruch nimmt, und auf der anderen Seite wieder derart, daß sie den Arbeiter hindert, seinen Geist mit anderen Dingen zu beschäftigen. Zu gleicher Zeit sahen wir, daß diese Arbeit ebenfalls den Muskeln, der körperlichen Tätigkeit keinen Spielraum bietet. Auf diese Weise ist es eigentlich keine Arbeit, sondern reine Langeweile, das ertötendste, abmattendste, was es gibt ..." (MEW 2, S. 397)

Kann Produktion „unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten Bedingungen" (MEW 25, S 828) nicht auch bei Verringerung der Produktivität *und* der Arbeitszeit erfolgen? Wieso müssen wir beim heutigen Stand der Produktivkräfte die Steigerung der Produktivität zu einem Dogma erheben? („Der Aufbau des Sozialismus muß sich hierzulande, wo die materiellen Voraussetzungen für eine Produktion auf großer Stufenleiter und die Vergesellschaftung dieser Produktion weitgehend gegeben sind (die Möglichkeiten also da sind, daß die Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums fließen) viel stärker von Anfang an auf die Entfaltung der Arbeiterklasse konzentrieren. Anders dagegen in Ländern, wo diese Bedingungen überhaupt erst geschaffen werden mußten / müssen". (Protokoll KBW-Arbeitsgruppe „Sozialismus")

4. Wachstums

Kein Ökologe wendet sich gegen „Vermehrung des Lebensgenusses, der Aneignung der Schätze der Natur (was ist das?), die Schaffung von Gebrauchswerten" (These 4). Was bezweifelt wird, ist, ob dazu die stoffliche Umsetzung in der Produktion, die Arbeitsproduktivität in den imperialistischen Ländern weiter gesteigert werden muß und kann. Was ja auch theoretisch schon unmöglich ist, wenn man sich die westdeutsche Produktion auf den gesamten Erdball ausgedehnt denkt. Wohin dann auch mit den Erdgasröhren, Aluminiumdosen, Autos? Auch werden die Gebrauchswerte unter kapitalistischen Bedingungen in Frage gestellt (Autos – alternative Verkehrssysteme etc.).

5. Schlußfolgerungen

Die angeschnittenen Fragen sind eng mit dem Inhalt des Sozialismus verbunden. Wir müssen eine wissenschaftliche Vorstellung davon entwickeln, wie die Befreiung der Arbeit, das „Reich der Freiheit" und „der Notwendigkeit" entsprechend den heutigen Bedingungen aussehen kann. Dazu gibt es viele Anregungen aus der Ökologie-Bewegung, die wir untersuchen und evtl. aufgreifen sollten. Für fertige Rezepte ist es noch etwas früh. Unter diesem Aspekt ist die Gründung einer AG Ökologie, die mit der AG Sozialismus zusammenarbeiten sollte, nötig.

Leserbriefe

Diskussion um DGB-Aufruf gegen den Krieg

(Zum Aufruf des DGB-Vorstands, abgedruckt in KVZ 34/81, Seite 5, und zur Stellungnahme des Ständigen Ausschusses des

tiert nämlich auf Abrüstungsverhandlungen als einzige Möglichkeit, die Kriegsgefahr zu bekämpfen.

Damit negiert der DGB-Bundesvorstand die Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Kriegsgefahr: Noch nie

Gegen den allgemeinen Stand Friedensbewegung und gegen den Krefelder Appell an die Bundesregierung: „– die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II – Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; – im Bündnis

Kommunismus und Klassenkampf 9/81
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Inhalt:
Triebkräfte des sowjetischen

entfalten (These 5), sondern z.T. sogar beschränkt werden, denn die Verwertungsinteressen dienen oft als Stachel zur Entwicklung der Wissenschaft und Technik mit unverhältnismäßig hohen Kosten und Aufwand (Atomtechnologie, Weltraum-Sonnenenergiekraftwerke) bzw. unverantwortlichen Bedingungen (Gentechnologie).

2. Die Stellung der heutigen Produktivkräfte
a) Es ist für mich höchst zweifelhaft, ob die Entwicklung der Produktivkräfte die heutige Produktion ohne Umweltverschmutzung möglich macht (These 3). Gegenüber dem Silicium-Kristall-Beispiel (These 5) lassen sich beliebig viele Gegenbeispiele aufführen (Kunststoffherstellung, Chemikalien), es scheint mir eher die Ausnahme zu sein. In der Landwirtschaft sieht man das ziemlich deutlich: Hier hat die Entwicklung der letzten 40 Jahre (Monokultur, Pestizide, Kunstdünger) in eine

keit für die Gesellschaft schnell an ihre Grenzen.
d) Dezentrale – zentrale Produktion. Daß diese Frage nicht als Dogma zu behandeln ist, ist eine platte Feststellung (These 6). Aber gibt es im Kapitalismus nicht eine Tendenz zur Zentralisierung über ökonomische Notwendigkeiten hinaus? Ist diese Tendenz heute noch fortschrittlich, revolutionär, wie Marx und Engels das vor 100 Jahren gegenüber der Handwerksproduktion feststellten, oder macht sie nicht die Produktion uneffektiver, undurchschaubarer, schwerfälliger und verwundbarer? Muß man dem nicht eine Tendenz der Dezentralisierung (soweit möglich) entgegengesetzt werden, auch unter dem politischen Aspekt, daß die Selbständigkeit der Kommunen zur Ausübung der Volksherrschaft gestärkt werden muß? Dem die mittelalterlichen Verhältnisse entgegenzuhalten ist, eine unzulässige Polemik, denn schließlich argumentieren viele

sind, die Arbeiter beschäftigen. (...) Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist. Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren. (...) Wir haben also gesehen, daß einerseits eine gewisse, ganz gleich auf welche Art übertragene Autorität und andererseits eine gewisse Unterordnung Dinge sind, die sich uns aufzwingen unabhängig von aller sozialen Organisation, zusammen mit den materiellen Bedingungen, unter denen wir produzieren und die Produkte zirkulieren lassen. Andererseits haben wir gesehen, daß die materiellen Produktions- und Zirkulationsbedin-

werden können.
b) Hieraus ergibt sich eine grundsätzliche Frage der Befreiung der Arbeit: Ist es heute noch so, daß nur die weitere Erhöhung der Produktivität der Arbeiter (These 6) Zeit zum Verstehen des wissenschaftlichen Prozesses schafft und läßt man deshalb Fliesbänder bestehen, weil sie produktiver sind? Dazu kommt noch der Aspekt, daß Industrieroboter oft auch interessante Berufe (Dreher etc.) abschaffen und den Arbeiter zu Überwachungsorganen degradieren, wovon Engels schrieb: „Die Beaufsichtigung von Maschinen ... ist keine Tätigkeit, die das Denken des Arbeiters in Anspruch nimmt, und auf der anderen Seite wieder derart, daß sie den Arbeiter hindert, seinen Geist mit anderen Dingen zu beschäftigen. Zu gleicher Zeit sahen wir, daß diese Arbeit ebenfalls den Muskeln, der körperlichen Tätigkeit keinen Spielraum bietet. Auf diese Weise ist es eigentlich keine Arbeit, sondern reine Langewei-

gesamten Erdball ausgedehnt denkt. Wohin dann auch mit den Erdgasröhren, Aluminiumdosen, Autos? Auch werden die Gebrauchswerte unter kapitalistischen Bedingungen in Frage gestellt (Autos – alternative Verkehrssysteme etc.).
5. Schlußfolgerungen
Die angeschnittenen Fragen sind eng mit dem Inhalt des Sozialismus verbunden. Wir müssen eine wissenschaftliche Vorstellung davon entwickeln, wie die Befreiung der Arbeit, das „Reich der Freiheit" und „der Notwendigkeit" entsprechend den heutigen Bedingungen aussehen kann. Dazu gibt es viele Anregungen aus der Ökologie-Bewegung, die wir untersuchen und evtl. aufgreifen sollten. Für fertige Rezepte ist es noch etwas früh. Unter diesem Aspekt ist die Gründung einer AG Ökologie, die mit der AG Sozialismus zusammenarbeiten sollte, nötig.

Leserbriefe

Diskussion um DGB-Aufruf gegen den Krieg

(Zum Aufruf des DGB-Vorstands, abgedruckt in KVZ 34/81, Seite 5, und zur Stellungnahme des Ständigen Ausschusses des ZK des KBW, KVZ 35, Seite 5)

(...) Der Charakter des Aufrufs des DGB-Vorstandes wird nicht von den richtigen Forderungen bestimmt, die teilweise von der Friedensbewegung übernommen wurden, sondern von den Bedingungen, von denen die Umsetzung dieser Forderungen abhängig gemacht wird.

1. Der Aufruf wendet sich gegen den Krieg schlechthin und macht aus der Ablehnung der imperialistischen Aggressionen die Ablehnung von Gewalt überhaupt, um auch nationale Befreiungskriege abzulehnen: „Politische Auseinandersetzungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika fordern täglich unzählige Menschenleben, führen oft zu Massenvernichtungen und selbst zum Völkermord.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften lehnen die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme ab. Sie fordern, daß Friedenspolitik Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben hat."

Die Unterstützung dieser Position wird zweifellos die Organisierung von Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern erschweren, besonders, da ihre Kämpfe nur als Herde der Unruhe und der Kriegsgefahr, nicht aber als Faktoren, die den Krieg hinauszögern, aufgefaßt werden.

2. Angelpunkt des Aufrufes ist: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften fordern eine allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung ..." Alle weiteren einzelnen Forderungen hängen damit von ihrer allgemeinen, ausgewogenen und kontrollierten Durchsetzung ab. Das muß, wenn es Unterstützung findet, die Bewegung für Frieden in Abhängigkeit von den Regierungen – vor allem der beiden Supermächte – bringen. Es orientiert nämlich auf Abrüstungsverhandlungen als einzige Möglichkeit, die Kriegsgefahr zu bekämpfen.

Damit negiert der DGB-Bundesvorstand die Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Kriegsgefahr: Noch nie haben Abrüstungsverhandlungen zwischen imperialistischen Staaten den Frieden sicherer gemacht. Sie sind eine Fortsetzung der Kriegsvorbereitungen mit anderen Mitteln. Jede Seite versucht, die andere durch die zu schließende Vereinbarung in strategische Nachteile zu bringen, die eigene Überlegenheit herzustellen oder zu erhalten, um die eigenen Chancen, einen Krieg erfolgreich zu führen, zu erhöhen. So ist denn auch nicht verwunderlich, daß noch niemals wirkliche Abrüstung eine Konsequenz derartiger Verhandlungen war. (...)

Aus diesen allgemeinen Positionen des DGB-Bundesvorstandes folgt dann im konkreten die Festlegung der Unterzeichner des Aufrufs auf den NATO-Doppelbeschluß aus Sicht der Regierungssozialdemokratie. Bekanntlich beinhaltet dieser (in Schmidtscher Interpretation): „Abrüstungsverhandlungen durchzuführen mit dem Ziel, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Europa überflüssig zu machen." Wenn das Verhandlungsziel nicht erreicht wird, dann müssen eben die US-Mittelstreckenwaffen in Europa stationiert werden; das ist der Inhalt dieses Beschlusses. Nur daß jetzt die USA nicht einmal besonders geneigt sind, sich auch nur zum Schein auf irgendwelche Verhandlungen einzulassen.

Im DGB-Aufruf ist das Ganze dann nur anders formuliert. Er fordert Verhandlungen der Supermächte, deren Ziel sein soll: „Auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten, die Produktion von Atomwaffen einzustellen, die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen." Er öffnet damit die Möglichkeit, das genaue Gegenteil der hier formulierten Ziele fortzusetzen, weil die Verhandlungen erfolglos geblieben seien, wofür sich die Beteiligten natürlich gegenseitig die Schuld geben werden. (...)

Gegen den allgemeinen Stand Friedensbewegung und gegen den Krefelder Appell an die Bundesregierung: „– die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II – Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; – im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden Wettrüstens zu sein" über dessen Inhalt nur im KBW Verwirrung herrscht (und da vor allem durch die Beschlüsse des ZK) fällt der Aufruf gerade dadurch zurück, daß er keine Handlungsmöglichkeiten gegen die eigene Regierung und die hier herrschende Supermacht bietet, sondern im Gegenteil an diese kettet. Natürlich spaltet der Krefelder Appell dagegen, aber vor allem (nicht ausschließlich) zwischen den Kräften, die den Kampf gegen die Kriegsgefahr gegen die Politik der „eigenen" Regierung, die hier herrschende Supermacht und das „eigene" imperialistische Militärbündnis führen wollen und denen, die auf das Verteidigungsgerede hereinfallen und das „eigene" Militärbündnis und die „eigene" Regierung nicht für Faktoren des Krieges, sondern für Faktoren des Friedens halten. Eine solche Spaltung ist um so unvermeidlicher je weiter die Gefahr des Krieges anwächst. Sie geht letzlich in der Spaltung zwischen denen über, die „in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich" lassen (sozialdemokratische Reichtagsfraktion 1914) und denen, die den Kampf gegen das gegenseitige Abschlachten der Arbeiterklasse für die imperialistischen Ziele der herrschenden (Klassen oder fremden Staaten) aufnehmen.

Statt die Spaltung verhindern zu wollen, was auf Unterwerfung unter die Politik der imperialistischen Großmächte hinausläuft, kommt es darauf an, die Spaltungslinie zu verschieben, möglichst große Teile des Volkes auf die Seite des konsequenten Kampfes gegen den imperialistischen Krieg zu ziehen. (...)

Wo.F., Bensheim

Gewerkschafter – wichtige Kraft bei Vorbereitung der Demonstration am 10.10

gkr. Nachdem am Antikriegstag, dem 1. September, in den meisten größeren Städten der BRD und in vielen kleineren Orten Demonstrationen und Kundgebungen mit zusammengenommen sicher über 150000 Teilnehmern stattgefunden haben, konzentriert sich die Friedensbewegung gegenwärtig auf zwei Punkte: Die Unterschriftensammlung des DGB unter den Aufruf „Frieden durch Abrüstung“, den jetzt demonstrativ auch 130 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion unterzeichneten, und auf die Vorbereitung der Demonstration der Aktion Sühnezeichen am 10. Oktober in Bonn.

Daß diese beiden Schwerpunkte nicht isoliert voneinander stehen, das wird gerade aus Gewerkschaftskreisen von den Kritikern des Beschlusses des DGB-Hauptvorstandes, der DGB-Jugend die Unterstützung der Demonstration am 10.10. zu untersagen, hervorgehoben. Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV führte in der Zeitschrift der HBV zum 1. September aus: „Trotz dieser ‚Vorgeschichte‘ und trotz berechtigter Kritik an dem DGB-Aufruf, in dem (z.B.) klare Aussagen zum drohenden Sozialabbau sowie zu den durch die Hochrüstung verursachten besonderen Problemen der jungen Generation fehlen, ist es für die Gewerkschaftsjugend eine selbstverständliche Pflicht, alle Veranstaltungen am und im Umfeld des 1. September aktiv mitzutragen und die DGB-Unterschriftenaktion tatkräftig zu unterstützen. Dieses Engagement würde erheblich erleichtert und ‚freudiger eingebracht‘, wenn der DGB seinen Beschluß revidieren würde, der Gewerkschaftsjugend die offizielle Teilnahme an der von der ‚Aktion Sühnezeichen‘ und der ‚Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden‘ organisierten Friedenskundgebung am 10. Oktober 1981 zu verbieten ... Durch die Klarstellung von Heinz Oskar Vetter und die Redebereitschaft von Georg Benz ist dem Beschluß viel von seiner ursprünglichen Schärfe und Wirkung genommen worden. Jetzt sollte der DGB auch den nächsten notwendigen Schritt tun und sein (letztlich in keiner Weise begründetes) Verbot aufheben.“ Seine Aussagen sind inzwischen offiziell von der IG DruPa und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff übernommen worden.

Im Geschäftsbericht an die 11. ordentliche Landesbezirksjugendkonferenz der DGB-Jugend Baden-Württemberg heißt es: „Das Falsche dabei ist es, einen im Arbeitsausschuß des DGB-BJA mit nur einer Gegenstimme gefaßten Beschluß – die Teilnahme der Gewerkschaftsjugend an der Demonstration am 10.10. in Bonn – durch den DGB-Bundesvorstand aufzuheben. Solche Vorfälle machen die Gewerkschaftsjugend bei Jugendlichen unglaubwürdig, und sie sind nicht bereit, bei uns mitzumachen.“ Die IGM-Vertreterversammlung Hamburgs verbindet ihre Forderung, den Beschluß zum 10.10. zu korrigieren, mit den Forderungen: „Keine Stationierung in Europa und keinen Bau der Neutronenwaffe; – Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa!“ Sie erhebt gleichzeitig die Forderung gegen den Abbau von Sozialleistungen, für Senkung des Rüstungshaushaltes.



Eine Gruppe von Arbeitern der Klöckner-Werke auf der Demonstration zum „Antikriegstag“ in Bremen, an der insgesamt 15000 teilgenommen haben. Der Klöcker-Betriebsrat hat auf der letzten Betriebsversammlung zur Unterstützung der Unterschriftensammlung des DGB aufgerufen.

Konferenz zur „Solidarität mit Solidarność“ erfolgreich abgeschlossen

gek. Komitees und Initiativen aus Westberlin, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Hannover, Münster, Dortmund, Köln, Aachen, Düsseldorf, Marburg, Frankfurt/Hanau, Saarbrücken, Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Ludwigsburg und Nürnberg, aus 19 Städten also, waren anwesend auf dieser ersten Konferenz, die der politischen und praktischen Vereinheitlichung dienen sollte. Auch ein Vertreter der vds-Basisgruppen beteiligte sich. Wie sich in der Vorstellung und dann in der Diskussion zeigte, sind die Komitees alle nicht sehr groß und werden, in wechselnder Zusammensetzung, von Aktionseinheiten zwischen GIM, SAG, Kommunistischer Liga sowie dem SB und dem KBW getragen. Aber die zerstreuten Aktivitäten sind, alle zusammengenommen, auch nicht wenige, und dasselbe gilt für die Verbindungen in die Gewerkschaften hinein.
Am Ende der Konferenz wurde einstimmig folgende gemeinsame Erklärung angenommen:
„Die unterzeichnenden Komitees, Initiativen und Gruppen aus der BRD und Westberlin sind auf einer Konferenz am 5./6. September 1981 in Frankfurt/M. übereingekommen, im Rahmen einer gemeinsamen Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘ zusam-
werkschaftlichen Rechte angreifen.
Weiterhin wurde vereinbart:
(1) Es wird ein gemeinsamer Koordinationsausschuß gebildet. Ihm gehören an: Jakob Moneta, Heinz Brandt, Werner Mackenbach, Volkhard Mosler, Gerd Koenen, Winfried Wolf, Horst-Dieter Zahn.
Es wird angestrebt, Vertreter weiterer Kräfte, die die ‚Solidarität mit Solidarność‘ unterstützen, gleichberechtigt für den Koordinationsausschuß zu gewinnen.
Entscheidungen im Koordinationsausschuß sollten einvernehmlich getroffen werden.
(2) Der Koordinationsausschuß verwaltet das Spendenkonto. Das Konto lautet:
Frieder Stichler, Volksbank Frankfurt/M. (BLZ 501 900 00), Kto-Nr.: 00/75 300-9 / Stichwort: ‚Solidarność‘
(3) Der Koordinationsausschuß wird beauftragt, in unregelmäßigem Abstand ein zentrales Info zur Solidarität mit Solidarność herauszugeben. Dieses Info soll a) der Dokumentation des Kampfes und der Texte von Solidarność etc., b) der Diskussion unterschiedlicher Positionen hierüber, c) der Berichterstattung über Solidaritätsaktionen und allgemein über die Solidaritätsarbeit mit Solidarność, d) Besprechungen von Neuerscheinungen etc. zu
Die unterzeichnenden Komitees, Initiativen usw. rufen alle diejenigen Initiativen, Gruppen usw., die nicht an der Konferenz teilgenommen haben, aber Solidarność unterstützen wollen, auf, sich der gemeinsamen Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘ auf Bundes- (bzw. Westberliner) Ebene anzuschließen, um eine möglichst starke und für die unabhängigen Gewerkschaften in Polen möglichst effektive Unterstützung zu gewährleisten.
Frankfurt/Main, 6. September 1981.“
In diesem Sinne erklärten anwesende Vertreter der „Komitees für unabhängige Gewerkschaften in Ost und West“ ihre Absicht, in näherer Zukunft ebenfalls der Koordination zur „Solidarität mit Solidarność“ beizutreten.
Die Konferenz verpflichtete den Koordinationsausschuß dafür zu sorgen, daß die vielfach geknüpften Kontakte zu Regional- oder Betriebskomitees der „Solidarność“ besser genutzt werden können, sich örtlich oder überörtlich Reisegruppen bilden können, die ihre Fahrten vorbereiten und auswerten. Und es soll eine Delegation der polnischen Gewerkschaft in die BRD eingeladen werden, für deren Rundreise eine möglichst breite Trägerschaft durch gewerkschaftliche Funktionsträger und -ebenen organisiert werden

gek. Komitees und Initiativen aus Westberlin, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Hannover, Münster, Dortmund, Köln, Aachen, Düsseldorf, Marburg, Frankfurt/Hanau, Saarbrücken, Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Ludwigsburg und Nürnberg, aus 19 Städten also, waren anwesend auf dieser ersten Konferenz, die der politischen und praktischen Vereinheitlichung dienen sollte. Auch ein Vertreter der vds-Basisgruppen beteiligte sich. Wie sich in der Vorstellung und dann in der Diskussion zeigte, sind die Komitees alle nicht sehr groß und werden, in wechselnder Zusammensetzung, von Aktionseinheiten zwischen GIM, SAG, Kommunistischer Liga sowie dem SB und dem KBW getragen. Aber die zerstreuten Aktivitäten sind, alle zusammengenommen, auch nicht wenige, und dasselbe gilt für die Verbindungen in die Gewerkschaften hinein.

Am Ende der Konferenz wurde einstimmig folgende *gemeinsame Erklärung* angenommen:

„Die unterzeichnenden Komitees, Initiativen und Gruppen aus der BRD und Westberlin sind auf einer Konferenz am 5./6. September 1981 in Frankfurt/M. übereingekommen, im Rahmen einer gemeinsamen Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘ zusammenzuarbeiten.

Ziel dieser Initiativen ist es, Aktivitäten auf folgender Grundlage durchzuführen:

– Für die aktive Unterstützung und offizielle Anerkennung von ‚Solidarność‘ durch den DGB und die Einzelgewerkschaften (Austausch von gewerkschaftlichen Delegationen, Jugendaustausch, Verabschiedung von Unterstützungsresolutionen, Unterschriften- und Spendensammlungen in den Gewerkschaften).

– Materielle, finanzielle und technische Unterstützung für ‚Solidarność‘ ohne Vorbedingungen.

– Ideelle Unterstützung für ‚Solidarność‘, z. B. durch Veröffentlichung von Dokumenten, durch Verbreitung von Forderungen von ‚Solidarność‘ in der BRD und Westberlin, die zum großen Teil auch hier noch durchzusetzen sind.

– Förderung aller Aktivitäten, die zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen dienlich sind.

– Für das Koalitions- und uneingeschränkte Streikrecht sowie andere, von ‚Solidarność‘ geforderte demokratische Rechte in der VR Polen, Verteidigung von ‚Solidarność‘ gegen die Repressalien durch die polnischen Staats- und Parteiorgane sowie gegen eine drohende militärische Intervention der Sowjetunion und der Warschauer Pakt-Staaten.

– Keine Gemeinsamkeit mit Kräften, die revanchistische Gebietsansprüche gegen das polnische Volk erheben, die heutigen Grenzen der VR Polen revidieren wollen und überdies hier die gewerkschaftlichen Rechte angreifen.

Weiterhin wurde vereinbart:

(1) Es wird ein gemeinsamer Koordinationsausschuß gebildet. Ihm gehören an: Jakob Moneta, Heinz Brandt, Werner Mackenbach, Volkhard Mosler, Gerd Koenen, Winfried Wolf, Horst-Dieter Zahn.

Es wird angestrebt, Vertreter weiterer Kräfte, die die ‚Solidarität mit Solidarność‘ unterstützen, gleichberechtigt für den Koordinationsausschuß zu gewinnen.

Entscheidungen im Koordinationsausschuß sollten einvernehmlich getroffen werden.

(2) Der Koordinationsausschuß verwaltet das Spendenkonto. Das Konto lautet:

Frieder Stichler, Volksbank Frankfurt/M. (BLZ 501 900 00), Kto-Nr.: 00/75 300-9 / Stichwort: ‚Solidarność‘

(3) Der Koordinationsausschuß wird beauftragt, in unregelmäßigem Abstand ein zentrales Info zur Solidarität mit Solidarność herauszugeben. Dieses Info soll a) der Dokumentation des Kampfes und der Texte von Solidarność etc., b) der Diskussion unterschiedlicher Positionen hierüber, c) der Berichterstattung über Solidaritätsaktionen und allgemein über die Solidaritätsarbeit mit Solidarność, d) Besprechungen von Neuerscheinungen etc. zu Polen dienen.

In dem Info werden bisherige Spendenkampagnen abgerechnet, über die laufenden Spendenkampagnen informiert, Projekte für weitere Spenden präsentiert.

(4) Der Koordinationsausschuß verbreitet weiter den Aufruf von Heinz Brandt, Ingeborg Drewitz, Jakob Moneta, Peter von Oertzen, Willi Scherer. Weitere Unterschriften werden unter einen gekürzten Text gesammelt, mit denen auf örtlicher Ebene (gegenüber den lokalen Gewerkschaftsgremien etc.) und auf zentraler Ebene – durch den Koordinationsausschuß gegenüber dem DGB – gearbeitet werden kann.

Der Text dieser Unterschriftensammlung lautet:

‚Solidarität mit Polens selbstverwalteten unabhängigen Gewerkschaften Solidarność

Hiermit fordere ich den DGB und die ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften auf, die unabängige polnische Gewerkschaft ‚Solidarność‘ aktiv zu unterstützen

– durch Geldsammlungen und Sachspenden

– durch die Entsendung von Delegationen auf allen gewerkschaftlichen Ebenen nach Polen

– durch Einladung von Kollegen der Gewerkschaft ‚Solidarność‘ in die Bundesrepublik.

Die Solidarität der Gewerkschaftsbewegung ist gleichzeitig eine wichtige Unterstützung gegen Unterdrückung im Innern und eine drohende Intervention von außen.‘ (Textende)

Die unterzeichnenden Komitees, Initiativen usw. rufen alle diejenigen Initiativen, Gruppen usw., die nicht an der Konferenz teilgenommen haben, aber Solidarność unterstützen wollen, auf, sich der gemeinsamen Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘ auf Bundes- (bzw. Westberliner) Ebene anzuschließen, um eine möglichst starke und für die unabhängigen Gewerkschaften in Polen möglichst effektive Unterstützung zu gewährleisten.

Frankfurt/Main, 6. September 1981.“

In diesem Sinne erklärten anwesende Vertreter der „Komitees für unabhängige Gewerkschaften in Ost und West“ ihre Absicht, in näherer Zukunft ebenfalls der Koordination zur „Solidarität mit Solidarność“ beizutreten.

Die Konferenz verpflichtete den Koordinationsausschuß dafür zu sorgen, daß die vielfach geknüpften Kontakte zu Regional- oder Betriebskomitees der „Solidarność“ besser genutzt werden können, sich örtlich oder überörtlich Reisegruppen bilden können, die ihre Fahrten vorbereiten und auswerten. Und es soll eine Delegation der polnischen Gewerkschaft in die BRD eingeladen werden, für deren Rundreise eine möglichst breite Trägerschaft durch gewerkschaftliche Funktionsträger und -ebenen organisiert werden soll.

Ausgehend von der Konferenz soll die Spendenkampagne verstärkt angegangen werden, vor allem auch in Verbindung mit der Unterschriftensammlung. Nach wie vor sollen vor allem Schreib-, Druck- und Vervielfältigungsgeräte für „Solidarność“ beschafft werden. Einiges ist schon geschickt worden, aber bisher lag die gesamte Spendensumme unter 20000 DM. Gerade gegenwärtig gibt es eine Welle der Hilfsbereitschaft. Die Komitees, wurde beschlossen, lehnen eine Beteiligung an Medikamenten- und Lebensmittelsammlungen etwa der Kirchen oder anderer Träger nicht ab, sondern unterstützen sie, wenn sie der Klassen- und Völkersolidarität dienlich sind. Wir wollen zusehen, daß die DGB-Gewerkschaften in diese Aktivitäten verstärkt einbezogen werden.

Eine von Jakob Moneta geleitete Podiumsdiskussion (ca. 150 Teilnehmer) am Samstag abend ergab, daß unter den beteiligten Organisationen recht weitgehende Unterschiede in der Beurteilung des Charakters und der Zielsetzung der polnischen Arbeiter-, Volks- und Nationalbewegung bestehen. Einig waren wir uns aber in einem: daß der Fortschritt dieser Bewegung die Lage in der BRD, in Europa, in der Welt positiv verändert; daß ihre Niederschlagung dagegen ein gewaltiger Rückschlag wäre, gerade auch für die Arbeiterbewegung und die Friedensbewegung in Westdeutschland und Westberlin; daß also gerade *jetzt* der richtige Zeitpunkt ist, die „Solidarität mit Solidarność“ anzupacken.

Am Jahrestag des Putsches:

Demonstrationen gegen die türkische Militärdiktatur

kvz. Am 12. September, dem ersten Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, wird es in der BRD drei Demonstrationen gegen die Militärregierung geben.

Zu einer Demonstration nach Dortmund haben türkische Organisationen aufgerufen, die der Sowjetunion mehr oder weniger nahestehen, vor allem die in der BRD relativ einflußreiche FIDEF (Föderation der Arbeitervereine in der BRD).

Zu einer eigenen Demonstration nach Köln ruft die – ebenfalls an der Sowjetunion orientierte – KOMKAR (Kurdische Arbeiterförderation in der BRD) auf.

In Duisburg wird eine größere Aktionseinheit türkischer, kurdischer und deutscher Organisationen demonstrieren. Diese Demonstration ist ursprünglich von türkischen „ML-Organisationen“, die sich der Partei der Arbeit Albaniens verbunden fühlen, initiiert worden. In Verhandlungen wurde jedoch ein gemeinsamer Aufruf erarbeitet, der als „Teilnehmer und Unterstützer“ u.a. nennt: verschiedene türkische und kurdische Gruppen „unabhängiger“, „undogmatischer“ oder trotzkistischer Richtung, Türkeikomitees in der Bundesrepublik, Alternative Türkeihilfe, KB, GIM, KABD, BWK, M. Coppik, Jürgen Roth, und den Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD.

Eine Aktionseinheit mit FIDEF und KOMKAR scheiterte offenbar an den Gegensätzen zwischen diesen und den türkischen „ML-Organisationen“. Die FIDEF stieg früh und ohne uns bekannte Begründung aus den Aktionseinheitsverhandlungen aus; die KOM-

aufgerufen, die der Sowjetunion mehr oder weniger nahestehen, vor allem die in der BRD relativ einflußreiche FIDEF (Föderation der Arbeitervereine in der BRD).
Zu einer eigenen Demonstration nach Köln ruft die – ebenfalls an der Sowjetunion orientierte – KOMKAR (Kurdische Arbeiterförderation in der BRD) auf.
In Duisburg wird eine größere Aktionseinheit türkischer, kurdischer und deutscher Organisationen demonstrieren. Diese Demonstration ist ursprünglich von türkischen „ML-Organisationen“, die sich der Partei der Arbeit Albaniens verbunden fühlen, initiiert worden. In Verhandlungen wurde jedoch ein gemeinsamer Aufruf erarbeitet, der als „Teilnehmer und Unterstützer“ u.a. nennt: verschiedene türkische und kurdische Gruppen „unabhängiger“, „undogmatischer“ oder trotzkistischer Richtung, Türkeikomitees in der Bundesrepublik, Alternative Türkeihilfe, KB, GIM, KABD, BWK, M. Coppik, Jürgen Roth, und den Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD.
Eine Aktionseinheit mit FIDEF und KOMKAR scheiterte offenbar an den Gegensätzen zwischen diesen und den türkischen „ML-Organisationen“. Die FIDEF stieg früh und ohne uns bekannte Begründung aus den Aktionseinheitsverhandlungen aus; die KOM-

KAR ebenso nach dem Versuch, die Verwendung der Bezeichnung „sozialimperialistisch“ und „sozialfaschistisch“ in der Demonstration zu verbieten.

Die Demonstration in Duisburg steht unter den Losungen:

Gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei – Protest gegen Folter und Hinrichtungen
Für die Stärkung des Widerstandes gegen die Junta in der Türkei und Türkisch-Kurdistan, für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung
Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes
Gegen die finanzielle, militärische und politische Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und den Westen

Beginn der Demonstration:
Samstag, den 12.9., 11.00 Uhr
Duisburg-Hamborn
August-Bebel-Platz

Veranstaltungen

Hamburg
Veranstaltung des Komitees „Solidarität mit Solidarność“. Es spricht: Stanislaw Huskowski, Vorstandsmitglied der Solidarność in Wroclaw.
Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee
Freitag, 11. September, 18.00 Uhr

Veranstaltung des GEW-Landesverbandes Hamburg: Polen '81 – Analyse, Perspektiven, Kollegen informieren Kollegen. Es sprechen: Dr. Wysocki, Dozent der Lehrergewerkschaft ZNP Kattowice, und Prof. Szemedek, Mitglied des Vorstands von Solidarność. Curio-Haus, Kleiner Saal
Mittwoch, 16. September, 19.00 Uhr

Mannheim
Veranstaltung der Initiative „Solidarität mit Solidarność“. Es spricht: Jakob Moneta. BDKJ-Haus im C-2
Freitag, 11. September, 19.30 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 8/81 „Alternative Verteidigungskonzepte“ mit dem Autor dieses Artikels, Günter Schabram. Gaststätte Flora, Lortzingstraße
Freitag, 18. September, 19.30 Uhr

Duisburg-Hamborn
August-Bebel-Platz
Veranstaltungen
Hamburg
Veranstaltung des Komitees „Solidarität mit Solidarność“. Es spricht: Stanislaw Huskowski, Vorstandsmitglied der Solidarność in Wroclaw.
Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee
Freitag, 11. September, 18.00 Uhr
Veranstaltung des GEW-Landesverbandes Hamburg: Polen '81 – Analyse, Perspektiven, Kollegen informieren Kollegen. Es sprechen: Dr. Wysocki, Dozent der Lehrergewerkschaft ZNP Kattowice, und Prof. Szemedek, Mitglied des Vorstands von Solidarność. Curio-Haus, Kleiner Saal
Mittwoch, 16. September, 19.00 Uhr
Mannheim
Veranstaltung der Initiative „Solidarität mit Solidarność“. Es spricht: Jakob Moneta. BDKJ-Haus im C-2
Freitag, 11. September, 19.30 Uhr
Diskussionsveranstaltung zum Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 8/81 „Alternative Verteidigungskonzepte“ mit dem Autor dieses Artikels, Günter Schabram. Gaststätte Flora, Lortzingstraße
Freitag, 18. September, 19.30 Uhr

Frankfurt
„Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der VR China seit 1949“ (vorbereitet von der AG China der VrV)
KBW-Haus, Mainzer Landstraße 147, 4. Stock
Mittwoch, 16. September, 19.30 Uhr

Vorträge der seit 1933 in China lebenden Journalistin Dr. Ruth Weiß, veranstaltet von der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft:
Stuttgart, 11.9., Kleiner Saal des DGB-Hauses, Kanzleistr. 20, 20.00 Uhr (Eintritt: 3.— DM)
Frankfurt, 14.9., Plenarsaal im Rathaus (voraussichtlich), Näheres über Tel. 590461
Düsseldorf, 18.9., Großer Saal im Haus der Kirche, Bastionenstr. 6, 19.30 Uhr
Mannheim, 1.10., Durlacher Hof, Käfertaler Str. 168, Großer Saal, 20.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Breiter Protest gegen geplanten Haig-Besuch in Westberlin

kea.Westberlin. Am 13. September will US-Außenminister Haig Westberlin besuchen. In der Manier eines Kolonialherrn läßt Haig zuvor bei einer Zwischenlandung in Westdeutschland Bundesaußenminister Genscher an Bord der amerikanischen Maschine kommen, um sich dann in Westberlin um so besser als Repräsentant der Schutzmacht der „Freiheit des Westens" schlechthin und der „Freiheit Berlins" im besonderen in Pose setzen zu können.

Haig, der vor seinem jetzigen Amt Oberbefehlshaber der NATO war, repräsentiert als einer der Hauptverantwortlichen die gegenwärtige US-Politik, die nach innen sozialen Abbau und verstärkte Unterdrückung und nach

Demonstration gegen den Haig-Besuch in Westberlin
Sonntag, 13.9. und 11.00 Uhr
Olivaer Platz

außen Hegemonismus und verschärfte Kriegsvorbereitungen betreibt. Aus diesem Grund wird der Haig-Besuch in Westberlin von vielen als Provokation empfunden, die man nicht hinnehmen kann. Es hat sich frühzeitig eine Aktionseinheit verschiedener Organisationen und Gruppen gebildet, die eine Demonstration am Tag des Haig-Besuches machen wollen. Außer den Unterzeichnern des Aufrufs dieser Aktionseinheit (u.a. Jusos, Jungdemokraten, AL, SEW und TUWAT-Organisatoren) wird noch von zahlreichen anderen Organisationen, darunter dem KBW aufgerufen.

Der gegenwärtige CDU-Senat und auch die Führung von SPD und FDP fürchten diese Demonstration und haben infolgedessen mittels einer Hetzkampagne und durch massiven Druck gegen die Jusos, die die Demonstration angemeldet haben, versucht, die Demonstration zu verhindern. Bundessenator Norbert Blüm erklärte, Berlin brauche „die Lebenshilfe unserer amerikanischen Freunde. Wer daran rüttelt, macht sich einer politischen Selbstverstümmelung des freien Berlin schuldig". Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Löffler verstieg sich gar dazu, daß es in diesem Fall kein Demonstrationsrecht mehr geben könne, da nur durch die USA die Demonstrationsfreiheit in Westberlin garantiert würde, ein Argument, das um so zynischer klingt, wenn man bedenkt, daß gerade die Spaltung Deutschlands und die Teilung Berlins hauptsächlich durch die Politik der USA und der Siegermächte des 2. Weltkriegs verantwortet werden muß. Die Jusos haben inzwischen erklärt, daß sie die Demonstrationsanmeldung aufrecht erhalten, zusätzlich ist die Demonstration jetzt auch von den Jungdemokraten angemeldet worden. Es spricht vieles dafür, daß die jetzige Taktik des Senats und der Polizei von vornherein auf gewaltsame Auseinandersetzungen bei der Demonstration abzielt, um dann mit einer erneuten „Gewalt"-Debatte die politische Stoßrichtung des Protestes zu vernebeln.

Aktionseinheit zum 1. Jahrestag des Wies'n-Attentats

kvz. Die jetzt von der Staatsanwaltschaft gegen den Anführer der „Wehrsportgruppe Hoffmann", Karl-Heinz Hoffmann, erhobene Anschuldigung, im Dezember letzten Jahres „im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit einem seiner Gefolgsleute" den jüdischen Verleger Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Pöschke ermordet zu haben, wirft noch einmal ein Licht auf das Vorgehen der Justiz nach dem Anschlag auf das Münchener Oktoberfest. Obwohl damals die Spuren – über den (einen) bei der Tat umgekommenen Täter – sofort zu Hoffmanns „Wehrsportgruppe" führten, wurde dieser nach wenigen Tagen Haft als unbelastet wieder auf freien Fuß gesetzt. Im folgenden der Text des Aufrufs einer Münchner Aktionseinheit gegen den Neo-Nazismus:

Die verbrecherischen Terroranschläge der Neonazis häufen sich. Die Flut der Nazi-Literatur und solcher Pamphlete,

Abschluß des Ermittlungsverfahrens auch erwartungsgemäß bestätigt. Diese Einzeltätertheorie kann nun nicht mehr aufrechterhalten weden: Jüngste Ermittlungen zeigen Spuren auf, die von der Wehrsportgruppe Hoffmann zum Wies'n-Attentat führen.

– Ein dreiviertel Jahr nach dem grauenvollen Blutbad liegen noch sieben Attentatsopfer im Krankenhaus. 13 Menschen sind tot, bei elf mußten Beine amputiert werden. 177 haben Rentenanträge gestellt.

– Die Überlebenden quälen sich noch heute (physisch wie psychisch) mit den Folgen des Attentats.

– Einige Attentatsopfer (Ausländer) bekamen keine finanzielle Entschädigung. Jan Bednarz kämpft vor dem Münchener Verwaltungsgericht um seine Anerkennung als Vertriebener und beim Ausländeramt um seine Einbürgerung. Auch er bekam bisher keinen Pfennig.

– Im Rathaus kümmert man sich in-

zeichnern des Aufrufs dieser Aktionseinheit (u.a. Jusos, Jungdemokraten, AL, SEW und TUWAT-Organisatoren) wird noch von zahlreichen anderen Or-
Demonstration abzielt, um dann mit einer erneuten „Gewalt"-Debatte die politische Stoßrichtung des Protestes zu vernebeln.

Aktionseinheit zum 1. Jahrestag des Wies'n-Attentats

kvz. Die jetzt von der Staatsanwaltschaft gegen den Anführer der „Wehrsportgruppe Hoffmann", Karl-Heinz Hoffmann, erhobene Anschuldigung, im Dezember letzten Jahres „im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit einem seiner Gefolgsleute" den jüdischen Verleger Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Pöschke ermordet zu haben, wirft noch einmal ein Licht auf das Vorgehen der Justiz nach dem Anschlag auf das Münchener Oktoberfest. Obwohl damals die Spuren – über den (einen) bei der Tat umgekommenen Täter – sofort zu Hoffmanns „Wehrsportgruppe" führten, wurde dieser nach wenigen Tagen Haft als unbelastet wieder auf freien Fuß gesetzt. Im folgenden der Text des Aufrufs einer Münchner Aktionseinheit gegen den Neo-Nazismus:

Die verbrecherischen Terroranschläge der Neonazis häufen sich. Die Flut der Nazi-Literatur und solcher Pamphlete, in denen der Nazi-Staat verharmlost wird, wächst – ebenso die Zahl der neonazistischen Terrorgrupppen. Dies sind nicht zufällige Untaten Einzelner; sie wurden erst in einem bestimmten politischen Klima möglich.

Diese verbrecherischen Handlungen sollen Krisensituationen schaffen oder ausweiten, in denen der Ruf nach dem „starken Mann" und dem „starken Staat" Erfolg verspricht.

Am 26. September jährt sich der faschistische Mordanschlag auf dem Münchener Oktoberfest. 13 Tote und 219 Verletzte hieß damals die blutige Bilanz.

Daß der Rechtsextremist Gundolf Köhler die Bombe allein gelegt haben soll, wurde von den Behörden von Anfang an behauptet und am 1.6.81 beim

Abschluß des Ermittlungsverfahrens auch erwartungsgemäß bestätigt. Diese Einzeltätertheorie kann nun nicht mehr aufrechterhalten werden: Jüngste Ermittlungen zeigen Spuren auf, die von der Wehrsportgruppe Hoffmann zum Wies'n-Attentat führen.

– Ein dreiviertel Jahr nach dem grauenvollen Blutbad liegen noch sieben Attentatsopfer im Krankenhaus. 13 Menschen sind tot, bei elf mußten Beine amputiert werden. 177 haben Rentenanträge gestellt.

– Die Überlebenden quälen sich noch heute (physisch wie psychisch) mit den Folgen des Attentats.

– Einige Attentatsopfer (Ausländer) bekamen keine finanzielle Entschädigung. Jan Bednarz kämpft vor dem Münchener Verwaltungsgericht um seine Anerkennung als Vertriebener und beim Ausländeramt um seine Einbürgerung. Auch er bekam bisher keinen Pfennig.

– Im Rathaus kümmert man sich in diesem Jahr nur um das nächste Oktoberfest. Ein Gedenktag für die Opfer steht nicht zur Debatte. Vor dem Eröffnungstag soll lediglich ein bronzenes Mahnmal am Haupteingang feierlich enthüllt werden.

Wir fordern:

– Verbot und Auflösung aller neonazistischen Gruppen!

– Einen Gedenktag für die Opfer des Attentats während der Wies'n-Zeit!

– Rasche und konsequente Durchführung der Ermittlungen gegen die Hintermänner des Attentats!

– Ausreichende und unbürokratische Entschädigung *aller* Betroffenen!

Kontaktadresse: Ernst Winkler, Meyerbeerstraße 15, 8000 München 60, Telefon: 089/8348671



Kölner Kindergärten – Ein Blick auf die alltägliche Misere

Die Stellenstreichungen machen die Lage unerträglich

beh.Köln. Bei der Durchsetzung der Sparpolitik trifft die Stadt Köln zur Zeit im Bereich der Kindergärten auf den heftigsten Widerstand. Hier sollten ursprünglich 70 bis 75 Stellen wegfallen, nach letzten Beschlüssen sind 45 liquidiert.

Zweifellos hängt dieser Widerstand mit den zahlreichen schwerwiegenden Mängeln in diesem Bereich zusammen, auf die Eltern und Erzieher seit Jahren hingewiesen haben – während die „Größen" der Stadtverwaltung nicht müde wurden, auf die „Spitzenposition" Kölns unter den deutschen Großstädten in dieser Hinsicht und den „Modellcharakter" Kölner Kindergärten hinzuweisen. Mag sein, daß es anderswo noch schlechter ist, Tatsache ist, daß Köln bis heute weder die vom Kindergartengesetz seit 1971 vorgeschriebene Quote von 75% Kindergartenplätzen für die Drei- bis Sechsjährigen erreicht (sie pendelt seit Jahren um 65%, liegt aber gerade in Stadtteilen mit einer hohen Arbeiterbevölkerung weit darunter), noch die selbstgesetzte Quote von 2% der Kinder unter drei Jahren, noch die von 5% für 6 bis 15 Monate alten Kinder (Hortplätze). Hier gibt es ganze 1,5 bzw. 4,5% Plätze – bei nicht wenigen Stadtteilen mit 0 Plätzen in diesen Altersstufen.

Stadtteile mit dem größten Mangel sind meist gleichzeitig solche mit einem hohen Anteil an ausländischen Kindern z.B. Nippes und Chorweiler, was sich dann in schulischen und zig anderen Problemen sofort auswirkt. Elternräte und Initiativen haben hier seit Jahren schon von der Stadt mehr Kindergartenplätze gefordert; im Nippeser „Memorandum" zusätzliche Stellen, nämlich allein für Nippes 33 Erzieher und 33 Helfer (ausdrücklich auch ausländische). In nicht wenigen Einrichtungen gibt es Mängel im Bau und in der Ausstattung – von undichten Dächern, mangelnder Einbruchssicherheit bis zu fehlenden oder defekten Spielgeräten, ein Umstand, der sich durch die Kürzungen der Mittel für die einzelnen Gruppen um ca. ein Drittel natürlich noch verschärft hat, bzw. die Eltern zwingt, entsprechend selbst mehr zu bezahlen. Beklagt wird in vielen Einrichtungen auch, daß häufig Stellen längere Zeit unbesetzt sind bzw. – u.a. durch Vertretungen bedingt – ein häufiger Wechsel stattfindet. Schon lange wird auch eine Verlängerung der Öffnungszeiten – bisher meist 7.30 bis 16.00 Uhr, oft auch nur vormittags – entsprechend der Arbeitszeit der Berufstätigen gefordert.

Abgesehen davon, daß natürlich von keiner Besserung – die dringend not-

mit 0 Plätzen in diesen Altersstufen.

Stadtteile mit dem größten Mangel sind meist gleichzeitig solche mit einem hohen Anteil an ausländischen Kindern z.B. Nippes und Chorweiler, was sich dann in schulischen und zig anderen Problemen sofort auswirkt. Elternräte und Initiativen haben hier seit Jahren schon von der Stadt mehr Kindergartenplätze gefordert; im Nippeser „Memorandum" zusätzliche Stellen, nämlich allein für Nippes 33 Erzieher und 33 Helfer (ausdrücklich auch ausländische). In nicht wenigen Einrichtungen gibt es Mängel im Bau und in der Ausstattung – von undichten Dächern, mangelnder Einbruchssicherheit bis zu fehlenden oder defekten Spielgeräten, ein Umstand, der sich durch die Kürzungen der Mittel für die einzelnen Gruppen um ca. ein Drittel natürlich noch verschärft hat, bzw. die Eltern zwingt, entsprechend selbst mehr zu bezahlen. Beklagt wird in vielen Einrichtungen auch, daß häufig Stellen längere Zeit unbesetzt sind bzw. – u.a. durch Vertretungen bedingt – ein häufiger Wechsel stattfindet. Schon lange wird auch eine Verlängerung der Öffnungszeiten – bisher meist 7.30 bis 16.00 Uhr, oft auch nur vormittags – entsprechend der Arbeitszeit der Berufstätigen gefordert.

Abgesehen davon, daß natürlich von keiner Besserung – die dringend not-wendig wäre – gesprochen werden kann, wird sich in vielen Stadtteilen und Einrichtungen die Lage katastrophal verschlimmern, wenn die genannten 45 Stellen tatsächlich wegfallen. „Ermöglicht" werden soll dies nach der Vorstellung des Stadtrates vor allem dadurch, daß Praktikanten in Einrichtungen mit mindestens 3 Kinderpflegerinnen auf den Stellenplan angerechnet werden (17 Stellen), und daß die Freistellung der Leiterin in Einrichtungen mit 2–4 Gruppen aufgehoben wird, d.h. sie bekommt selbst eine Gruppe, und muß die Leitungsaufgaben „nebenbei" erledigen.

In einem gemeinsamen Brief von Elternräten von 75 städtischen Kindergärten an den Rat vom 17. Juli heißt es zum ersten Punkt u.a.: „... die Qualität der pädagogischen Arbeit kann nicht gehalten werden ... Da das Praktikum zeitlich begrenzt ist, entsteht eine starke Fluktuation und Unruhe in den einzelnen Gruppen ... andererseits ist es für die ständig in der Gruppe tätige Kraft nicht möglich, langfristige Erziehungs- und Arbeitskonzepte zu planen und durchzuführen, da die berufsunerfahrene Praktikantin ihrer Anleitung bedarf." Natürlich leidet auch die Ausbildung der Erzieherinnen selbst.

Zu der geplanten Aufhebung der Freistellung der Leiterinnen heißt es: „Diese Maßnahme geht so stark an die Substanz der pädagogischen Arbeit, daß die kommunalen Kindereinrichtungen dem gesetzlichen Bildungsauftrag nicht mehr gerecht werden können. In etlichen Einrichtungen steht dann die Leiterin nicht mehr zur Verfügung für Vertretungen. Dadurch müssen aus anderen Einrichtungen Kräfte abgezogen und im Notfall Gruppen geschlossen werden. In einem rotierenden Vertretungssystem dürfen Zwangsversetzungen bis zu 3 Monaten die Regel werden, da dafür die Zustimmung des Personalrates nicht erforderlich ist. Außerdem werden die Elternarbeit und die Zusammenarbeit mit den Elternräten radikal eingeschränkt oder sogar unmöglich gemacht: Wer ist in diesem Fall ständiger Ansprechpartner der Eltern? Wer nimmt Telefongespräche an? Wer übernimmt die von der Verwaltung geforderte Verwaltungsarbeit? Wer koordiniert die Vor- und Nachbereitung mit den Mitarbeitern? Wer gewährleistet den reibungslosen Ablauf des Schichtdienstes in ganztägigen Einrichtungen? Wer soll den Kontakt mit der Schule pflegen? Wer ist der Ansprechpartner für die Erziehungsberatungsstellen?"



Angesichts der ohnehin schon miserablen Situation in vielen Stadtteilen wird die Wirkung dieser Maßnahmen, sollten sie tatsächlich durchgeführt werden, sich noch durch weitere, beschlossene bzw. ins Auge gefaßte Maßnahmen verstärken: Weitere Kürzungen bei den Zuweisungen für Arbeitsmittel; Planungs- und Baustopp für neue Kindergärten; Kindergartenbeiträge müssen weiter von den Eltern bezahlt werden (an sich sollte 1982 in NRW der Beitrag wegfallen).

Obwohl durch das Kindergartengesetz lediglich eine Vertretung der Eltern und Erzieher auf der Ebene des *einzelnen* Kindergartens vorgesehen ist (und auch das nicht gerade mit sehr



Angesichts der ohnehin schon miserablen Situation in vielen Stadtteilen wird die Wirkung dieser Maßnahmen, sollten sie tatsächlich durchgeführt werden, sich noch durch weitere, beschlossene bzw. ins Auge gefaßte Maßnahmen verstärken: Weitere Kürzungen bei den Zuweisungen für Arbeitsmittel; Planungs- und Baustopp für neue Kindergärten; Kindergartenbeiträge müssen weiter von den Eltern bezahlt werden (an sich sollte 1982 in NRW der Beitrag wegfallen).

Obwohl durch das Kindergartengesetz lediglich eine Vertretung der Eltern und Erzieher auf der Ebene des *einzelnen* Kindergartens vorgesehen ist (und auch das nicht gerade mit sehr weitreichenden Kompetenzen), haben sich in mehreren Kölner Stadtbezirken z.T. schon länger und in mehr oder weniger fester Form *Bezirkselternräte* gebildet, und es scheint notwendig, auch einen Stadtelternrat zu bilden, um sich gegenüber der Stadt besser bewegen und auch möglichst alle Elternräte zusammenschließen zu können. Bisher ging die Initiative von einzelnen Bezirken bzw. einzelnen Elternräten aus, wobei die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisierten Veranstaltungen nach Bekanntwerden der Ergebnisse der „Aufgabenkritik" (das Sparprogramm 1981) der Auslöser zu den letzten Aktionen gewesen sind. Außer zahlreichen Briefen aus verschiedenen Einrichtungen und Bezirken und „demonstrativen" Besuchen der Sitzungen des Jugendwohlfahrtsausschusses, auf denen die Pläne beschlossen wurden, wodurch die Eltern und Erzieher ihren Widerstand zum Ausdruck brachten. Die Demonstration von ca. 7800 Eltern, Erziehern und Kindern am 7. Juli vor dem Rathaus war ein weiterer Höhepunkt.

Zur Beruhigung der Erzieher und Eltern war vom Vorsitzenden des Jugendwohlfahrtsausschusses Schäfer gesagt worden: Es werde niemand entlassen, wenn aber eine Stelle frei werde, werde geprüft, ob sie nicht eingespart werden könne.

Andererseits kann man jetzt schon absehen, daß das ganze Ausmaß der Kürzungen noch nicht erreicht ist. Z.B. soll ab Herbst eine „Auslastungsprüfung" der Einrichtungen an den Nachmittagen stattfinden, d.h. hier wird also weiter nach „Überkapazität" gesucht. In dieser komplizierten Lage wird man um so eher Erfolg haben, wie es gelingt, neben der GEW auch die

Zur Beruhigung der Erzieher und Eltern war vom Vorsitzenden des Jugendwohlfahrtsausschusses Schäfer gesagt worden: Es werde niemand entlassen, wenn aber eine Stelle frei werde, werde geprüft, ob sie nicht eingespart werden könne.

Andererseits kann man jetzt schon absehen, daß das ganze Ausmaß der Kürzungen noch nicht erreicht ist. Z.B. soll ab Herbst eine „Auslastungsprüfung" der Einrichtungen an den Nachmittagen stattfinden, d.h. hier wird also weiter nach „Überkapazität" gesucht. In dieser komplizierten Lage wird man um so eher Erfolg haben, wie es gelingt, neben der GEW auch die ÖTV Köln zu einheitlichen und wirkungsvollen Aktionen, möglichst mit den übrigen Gewerkschaften, zu gewinnen.

Zwei Kinder ohne Zustimmung der Eltern abgeschoben

chm. Der Initiativausschuß „Ausländische Mitbürger in Hessen" hatte für Dienstag, den 8.9., zu einer Pressekonferenz in den Räumen der griechischen Gemeinde in Frankfurt eingeladen. Mit dieser Pressekonferenz wollten die Verbände, die dem Ausschuß angehören, unter anderem Vertreter der Kirchen und der Arbeiterwohlfahrt, über die besonders krassen Fälle von geplanten Ausländerausweisungen berichten.

Bei allen Fällen, die der Presse vorgelegt wurden, handelt es sich um „Ausländer der zweiten Generation", um Kinder von ausländischen Arbeitern, die entweder hier geboren sind oder aber sehr jung in die BRD eingewandert sind. Bei allen Fällen droht bei der Ausweisung, daß die Familien auseinandergerissen, die Integration im Ursprungsland nicht erfolgt und die gesamte Existenz aufs Spiel gesetzt wird.

Am Beispiel einer jugoslawischen Familie wird das besonders deutlich: Seit über 8 Jahren lebt die Familie K. in Frankfurt. Vater, Mutter und 5 Kinder (14, 10, 6, 5 und 4 Jahre alt). Der Vater ist wiederholt straffällig geworden, alles kleine Delikte – Fahren ohne Führerschein, kleinere Diebstähle u.ä. Die zwei ältesten Kinder kommen ins Heim, weil die Mutter den häuslichen Problemen allein nicht gewachsen ist. Eines Tages werden die beiden Kinder auf Veranlassung des Jugendamtes vom Heim abgeholt und in Begleitung eines Sozialarbeiters ins Flugzeug gesetzt – ab nach Jugoslawien. Die Mutter darf gerade noch winken. Nach der Haftentlassung des Vaters wird er ohne Benachrichtigung seiner Frau in Abschiebehaft genommen und ausgeflogen. Die Abschiebung der Mutter mit den restlichen drei Kindern wird vorbereitet. Die Kinder, die in Jugoslawien keinen haben außer einer alten Großmutter und einer Tante mit sechs eigenen Kindern, hauen dort wieder ab, der Vater kehrt illegal in die BRD zurück, hat aber das Pech, daß ein Polizist sein Wohnungsnachbar ist und ihn denunziert. Inzwischen hat das Innenministerium entschieden, daß die Familie bleiben darf, das Sozialministerium auch, weil eine Reintegration in Jugoslawien nicht möglich ist. Wallmanns Oberbürgermeisteramt beharrt jedoch auf der Abschiebung.

Verhaftungen und Beschlagnahmungen in der DDR

ror. Am Vorabend des Weltfriedenstags verantstaltete die FDJ eine ihrer üblichen Friedensmanifestationen. Eine Gruppe jugendlicher Christen hatte von den staatlichen Stellen sich die Erlaubnis geholt, mit eigenen Transparenten teilzunehmen, jedoch die Auflage erhalten, ihre Parolen vorher von der FDJ kontrollieren zu lassen. Anstelle der FDJ-Kontrolle erschien jedoch der Stasi und beschlagnahmte kurzerhand die Transparente, u.a. ,,Frieden schaffen ohne Waffen". – Wegen Unterstützung der Solidarność muß der Kottbusses Arzt Koch eine vierjährige Haftstrage absitzen. Er hatte 10000 Mark gespendet. In Thüringen sollen 7 Arbeiter verhaftet worden sein, die für eine Demokratisierung des FDGB nach polnischem Vorbild eingetreten sind. Inzwischen wurde auch die Verhaftung eines Theologen bekannt, er und ein EDV-Facharbeiter wurden bei ihrer Rückkehr aus Polen verhaftet. Ihnen soll der Prozeß wegen staatsfeindlicher Hetze gemacht werden. – Bis zu 10 Mitglieder der ehemaligen Sektion DDR der KPD/ML wurden in der DDR verhaftet, diese Oppositionsgruppe soll nach Angaben der KPD erfolgreiche Anfänge einer organisierten Untergrundarbeit gemacht haben, sie soll sogar über eine eigene Zeitung verfügen.

Generalstreik in Jerusalem

chm. Der Hohe Islamische Rat von Jerusalem hat zum Generalstreik am 3. September aufgerufen, der auch in Teilen des Westufers befolgt worden ist. Damit wollte der Rat gegen die vom Großrabbiner Israels, Shlomo Goren, in Gang gesetzten Ausgrabungen an der nördlichen Mauer der al-Aqsa Moschee (7. Jh.) protestieren. Die Ausgrabungen bedrohen den Bestand der Moschee, die das drittwichtigste Heiligtum des Islam ist. Das Ziel der Ausgrabungen ist es, die Fundamente des im 1. Jh. von Herodes zerstörten jüdischen Tempels freizulegen. Nach Meinungen von Archäologen liegen sie jedoch nicht dort, sondern handelt es sich lediglich um eine von den Kreuzfahrern angelegte Zisterne. Diese Ausgrabungen, die auch auf den Widerstand orthodoxer Juden stoßen, dienen den Zionisten als Beweismittel für ihren Anspruch auf Palästina in seinen ursprünglichen biblischen Grenzen. Arabische Studenten hatten durch Blockade des ausgegrabenen Tunnels die Fortsetzung der Arbeiten verhindert und waren von Schülern eines jüdischen Seminars beschossen worden.

PvdA unterstützt Blockade gegen AKW Dodewaard

rof. Die Aktions- und Blockadewoche gegen das Kernkraftwerk Dodewaard hat einige Widersprüche in der niederländischen Parteienlandschaft verschärft. Bürgermeister und Gemeinde

Teilen des Westufers befolgt worden ist. Damit wollte der Rat gegen die vom Großrabbiner Israels, Shlomo Goren, in Gang gesetzten Ausgrabungen an der nördlichen Mauer der al-Aqsa Moschee (7. Jh.) protestieren. Die Ausgrabungen bedrohen den Bestand der Moschee, die das drittwichtigste Heiligtum des Islam ist. Das Ziel der Ausgrabungen ist es, die Fundamente des im 1. Jh. von Herodes zerstörten jüdischen Tempels freizulegen. Nach Meinungen von Archäologen liegen sie jedoch nicht dort, sondern handelt es sich lediglich um eine von den Kreuzfahrern angelegte Zisterne. Diese Ausgrabungen, die auch auf den Widerstand orthodoxer Juden stoßen, dienen den Zionisten als Beweismittel für ihren Anspruch auf Palästina in seinen ursprünglichen biblischen Grenzen. Arabische Studenten hatten durch Blockade des ausgegrabenen Tunnels die Fortsetzung der Arbeiten verhindert und waren von Schülern eines jüdischen Seminars beschossen worden.

PvdA unterstützt Blockade gegen AKW Dodewaard

rof. Die Aktions- und Blockadewoche gegen das Kernkraftwerk Dodewaard hat einige Widersprüche in der niederländischen Parteienlandschaft verschärft. Bürgermeister und Gemeinde

Dodewaard haben erklärt, daß eine effektive Blockade verboten ist. Demonstrieren sei erlaubt. Innenminister Wiegel (VVD) hat an PvdA appelliert, ,,die alte Linie zu handhaben". Grund seiner Aufregung ist ein Aufruf des PvdA-Vorsitzenden im parteieigenen ,,Vorwaarts", massenhaft an den Blockaden teilzunehmen. Den Uyl hat sein Bedauern über diesen Aufruf seiner Partei erklärt und ausdrücklich betont, daß die Teilnahme an legalen Aktionen gemeint sei und daß eine massenhafte Teilnahme von PvdA-Mitgliedern geradezu eine Garantie sei, keine gewaltsamen Aktionen zuzulassen.

Kabinett van Agt mit PvdA und D'66 gebildet

rof. Vor 14 Tagen noch über die von CDA geforderten 4,5 Milliarden Gulden Einsparungen für den Etat 1982 uneins, haben die drei Parteivorsitzenden Lubbers, den Uyl und Terlouw jetzt einen Kompromiß gefunden, den jeder anders interpretiert und als Sieg seiner Partei präsentiert. Der Etat 1982 ist noch von dem noch amtierenden Kabinett van Agt/Wiegel (CDA/VVD) mit obiger Einsparungssumme vorbereitet. Man wird sehen, ob die insbesondere von PvdA angekündigten Etatänderungen zugunsten einer beschäftigungspolitischen Initiative noch durchgeführt werden können. Der Kompromiß sieht auf jeden Fall vor, daß eine solche Initiative nur durch weitere Einsparung *innerhalb* des geplanten Etats finanziert werden darf. Angriffe auf die Sozialversicherungen sind bekannt geworden, die Einführung zweier Karenztage im Krankheitsfall, d.h. kein Krankengeld, ist im Gespräch. Van Agt wird Premier. Die große Koalition bezeichnet er als ,,Vernunftshochzeit" und billigt ihr lange Dauer zu. Gesiegt hat m.E. die CDA-Linie, die ihren Krisenhaushalt gestützt auf PvdA und D'66 durchsetzen und so die Gewerkschaftsverbände lähmen will.

Welle von Revolten in italienischen Gefängnissen

mah. Seit Wochen finden in den italienischen Gefängnissen immer wieder Revolten statt. Ihr Zentrum ist das Mailänder Gefängnis San Vittore, wo 1300 Gefangene zusammengepfercht sind, obwohl es nur für 800 vorgesehen ist. (Gesamtzahlen für Italien: 20000 Haftplätze sind offiziell vorhanden, 36000 Gefangene gibt es effektiv.) Vertreter verschiedener Parteien, die nach einer Revolte zusammen mit Vertretern der Gefangenen San Vittore besuchten, berichteten über unvorstellbare Zustände. So sitzt zum Beispiel ein Gefangener, dessen Bein wegen einer Wunde am Verfaulen ist, in Isolationshaft und wird nicht in die Sanitätsstation gebracht. Besonders stark wurde die Forderung nach ,,intimen Treffen" mit dem eigenen Partner erhoben. Das reformierte Gesetz von 1975 sieht zwar solche Treffen vor, doch von Intimität kann da keine Rede sein: Erstens gibt es in den Gefängnissen dafür keine geeigneten Räume, und zweitens soll die ,,Kontrolle" – sprich Anwesenheit in der Nähe – von den Gefängniswärtern

Dauer zu. Gesiegt hat m.E. die CDA-Linie, die ihren Krisenhaushalt gestützt auf PvdA und D'66 durchsetzen und so die Gewerkschaftsverbände lähmen will.

Welle von Revolten in italienischen Gefängnissen

mah. Seit Wochen finden in den italienischen Gefängnissen immer wieder Revolten statt. Ihr Zentrum ist das Mailänder Gefängnis San Vittore, wo 1300 Gefangene zusammengepfercht sind, obwohl es nur für 800 vorgesehen ist. (Gesamtzahlen für Italien: 20000 Haftplätze sind offiziell vorhanden, 36000 Gefangene gibt es effektiv.) Vertreter verschiedener Parteien, die nach einer Revolte zusammen mit Vertretern der Gefangenen San Vittore besuchten, berichteten über unvorstellbare Zustände. So sitzt zum Beispiel ein Gefangener, dessen Bein wegen einer Wunde am Verfaulen ist, in Isolationshaft und wird nicht in die Sanitätsstation gebracht. Besonders stark wurde die Forderung nach ,,intimen Treffen" mit dem eigenen Partner erhoben. Das reformierte Gesetz von 1975 sieht zwar solche Treffen vor, doch von Intimität kann da keine Rede sein: Erstens gibt es in den Gefängnissen dafür keine geeigneten Räume, und zweitens soll die ,,Kontrolle" – sprich Anwesenheit in der Nähe – von den Gefängniswärtern

immer vorhanden sein. In Perugia haben die Gefangenen erste Zusagen erhalten, die solche privaten Treffen möglich machen sollen.

Kampuchea: Einheitsfront in Sicht?

Gipfeltreffen des antivietnamesischen Widerstands in Singapur beschließt erste Schritte

cof. ,,Wenn die Führer der kambodschanischen Widerstandsgruppen nicht patriotisch genug sind, ihre Vorurteile und Ambitionen dem Wohle ihres Landes unterzuordnen, dann verdienen die Vietnamesen den Sieg in Kambodscha." Mit solch harschen Worten versuchte noch vor kurzem der Vizepremier Singapurs, die vornehm zögernden Exil-Patrioten Sihanouk und Son Sann für eine Einheitsfront aller Kampucheaner zu gewinnen. Mit der kurzen Erklärung, die Khieu Samphan, Präsident des demokratischen Kampuchea, Sihanouk und Son Sann, Premier unter Sihanouk und heute Präsident einer ,,Nationalen Befreiungsfront der Khmer" letzte Woche in Singapur unterzeichnet haben, scheint diesen Bemühungen, gepaart mit diplomatischen Aktionen Chinas, und insbesondere dem zuletzt am 18. August wiederholten Appell des Demokratischen Kampuchea zur Vereinigung aller patriotischen Kräfte ,,auf der Basis eines politischen Minimalprogramms gegen die vietnamesische Clique des Aggressors und Vernichters der kampucheanischen Nation Le Duan" ein kleiner Erfolg beschieden.

Die Erklärung bekräftigt den Wunsch, einen gemeinsamen Weg zu finden, um die vietnamesischen Truppen zu verjagen und eine Koalitionsregierung zu bilden. Ein Ad hoc-Komitee soll für alle annehmbare Prinzipien erarbeiten, die eine solche Regierung ermöglichen. Die nach wie vor erheblichen Differenzen sollen nicht mehr in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden, und die kämpfenden Widerstandstruppen verpflichten sich, Zusammenstöße untereinander zu vermeiden. Betont wird außerdem die ,,volle Unterstützung" der verschiedenen Resolutionen der Vereinten Nationen, die das Recht auf Selbstbestimmung, den Abzug der Vietnamesen und freie Wahlen unter UN-Aufsicht verlangen.

Besonders weitreichend ist diese Übereinkunft freilich nicht. Welche Bedeutung der Tatsache zuzumessen ist, daß es zum ersten Mal gelang, die drei Gruppen zu Verhandlungen zusammenzuführen, wird man sehen. Klare, aber halt sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Bedingungen einer künftigen Zusammenarbeit haben sowohl die Regierung des Demokratischen Kampuchea wie auch Son Sann. Während erstere eine Einheitsfront vorschlägt, ,,ohne Diskriminierung über alle politischen Differenzen und Unterschiede der Vergangenheit hinweg", wobei sich ,,alle Parteien hüten sollen, die Auflösung einer anderen zu verlangen oder sie auszuschließen", scheute sich der seit 10 Jahren im Exil lebende Son Sann bislang nicht, mindestens vier Führer der kämpfenden Roten Khmer aufzufordern, freiwillig das Land zu verlassen, bevor er einer Koalition zustimmt.

,,Wir werden uns vereinen, indem wir jeder Gruppe das Recht auf ihre politische Identität, ihre Organisation und ihre freie Aktion einräumen. So wird auch das Demokratische Kampuchea ... seine politische Eigenständigkeit und seine Organisation behalten" heißt es im jüngsten Appell Khieu Samphans. Son Sann hingegen beansprucht nicht nur, selber Chef der Regierung zu werden, sondern auch die Mehrzahl der Ministerposten. Und er wünscht sich ,,eine große Truppe", um etwas gegen die Vietnamesen ausrichten zu können und sich ,,vor den Roten Khmer zu schützen". Daß er nur 5000 Kämpfer habe, liege nur daran, daß es an Waffen fehle. Bevor er sich an einen Tisch mit Khieu Samphan setzte, wollte er sein Volk in einem Dorf im Westen Kampucheas befragen – böse Zungen behaupten, er sei bestenfalls bis zu einem Flüchtlingslager an der Grenze gekommen. Aber nicht nur die Presse mokiert sich über solch aberwitzige Bedingungen, auch mit Sihanouk, den er zum Beitritt zu seiner Organisation aufgefordert hat, geriet Son Sann in Clinch. Der Prinz weigerte sich, eine gemeinsame Erklärung zu unterschreiben, die andere Länder um Unterstützung bat, zu verhindern, daß die Roten Khmer jemals wieder an die Macht kommen. Sihanouk befand diese Position als naiv: ,,Es geht nicht darum, daß ich die Roten Khmer unterstütze, aber ich bin Realist." Auch er verspricht sich von der erzielten Einigung Waffenhilfe durch die USA oder andere westliche Länder – und bemerkt gleichzeitig, daß der Krieg nicht zu gewinnen sei, man vielmehr auf einen Kompromiß hoffen müsse. Das Schicksal Kampucheas liege in den Händen der Supermächte.

Das braucht sich keineswegs zu bewahrheiten, selbst wenn das kampucheanische Volk aus der Eindämmungspolitik eines Reagan zeitweise einen gewissen Nutzen zieht. Die kurzen Bemerkungen Khieu Samphans in Singapur ,,zur Situation auf dem Schlachtfeld" und der Kommentar eines ASEAN-Vertreters: ,,Die einen reden, die anderen kämpfen, bisher jedenfalls", wie auch die Tatsache, daß die südostasiatischen Länder über die rege Reisetätigkeit und die Hilfsangebote von Diplomaten aus dem Pentagon nicht sonderlich begeistert sind, lassen eher auf eine neutrale, blockfreie Lösung hoffen. Welche kleineren oder größeren Fortschritte in der Einigung der Widerstandskräfte in Kampuchea auch in nächster Zeit errungen werden – das Ergebnis von Singapur begünstigt jedenfalls, daß das Demokratische Kampuchea Mitglied der Vereinten Nationen bleibt. Inzwischen ist auch Sihanouk von seiner Position des leeren Stuhles in der UNO abgerückt und hat sich in dieser Frage der ASEAN angeschlossen.

Südafrikanische Truppen immer noch in Südangola

chm. Entgegen den Erklärungen der südafrikanischen Regierung befinden sich die Invasionstruppen Südafrikas noch immer im südlichen Angola. Eine Gruppe von westeuropäischen Journalisten, die eine Besichtigung des Kriegsschauplatzes 300 km nördlich der Grenze zu Namibia hin machte, wurde von südafrikanischen Kampfflugzeugen beschossen. Inzwischen erklärte der südafrikanische Außenminister, Südafrika werde die SWAPO überall vernichten, wo es sie gebe. Wenn sie ihre meisten Stützpunkte im Süden Angolas habe, so sei die Anwesenheit Südafrikas dort unvermeidlich. – Die

bilden. Ein Ad hoc-Komitee soll für alle annehmbare Prinzipien erarbeiten, die eine solche Regierung ermöglichen. Die nach wie vor erheblichen Differenzen sollen nicht mehr in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden, und die kämpfenden Widerstandstruppen verpflichten sich, Zusammenstöße untereinander zu vermeiden. Betont wird außerdem die ,,volle Unterstützung" der verschiedenen Resolutionen der Vereinten Nationen, die das Recht auf Selbstbestimmung, den Abzug der Vietnamesen und freie Wahlen unter
gierung zu werden, sondern auch die Mehrzahl der Ministerposten. Und er wünscht sich ,,eine große Truppe", um etwas gegen die Vietnamesen ausrichten zu können und sich ,,vor den Roten Khmer zu schützen". Daß er nur 5000 Kämpfer habe, liege nur daran, daß es an Waffen fehle. Bevor er sich an einen Tisch mit Khieu Samphan setzte, wollte er sein Volk in einem Dorf im Westen Kampucheas befragen – böse Zungen behaupten, er sei bestenfalls bis zu einem Flüchtlingslager an der Grenze gekommen. Aber nicht
gon nicht sonderlich begeistert sind, lassen eher auf eine neutrale, blockfreie Lösung hoffen. Welche kleineren oder größeren Fortschritte in der Einigung der Widerstandskräfte in Kampuchea auch in nächster Zeit errungen werden – das Ergebnis von Singapur begünstigt jedenfalls, daß das Demokratische Kampuchea Mitglied der Vereinten Nationen bleibt. Inzwischen ist auch Sihanouk von seiner Position des leeren Stuhles in der UNO abgerückt und hat sich in dieser Frage der ASEAN angeschlossen.

Südafrikanische Truppen immer noch in Südangola

chm. Entgegen den Erklärungen der südafrikanischen Regierung befinden sich die Invasionstruppen Südafrikas noch immer im südlichen Angola. Eine Gruppe von westeuropäischen Journalisten, die eine Besichtigung des Kriegsschauplatzes 300 km nördlich der Grenze zu Namibia hin machte, wurde von südafrikanischen Kampfflugzeugen beschossen. Inzwischen erklärte der südafrikanische Außenminister, Südafrika werde die SWAPO überall vernichten, wo es sie gebe. Wenn sie ihre meisten Stützpunkte im Süden Angolas habe, so sei die Anwesenheit Südafrikas dort unvermeidlich. – Die

UNO-Sondersitzung zu Namibia beschloß, den Vertreter Südafrikas von der Teilnahme an der Debatte auszuschließen.

,,Die Revolution konnte nicht in die Tiefe gehen"

Über die Ziele der Volksmoudjahedin in Iran / Aus einem Interview

(aus: Omol Bani – Fatima Statt Farah. Erfahrungen einer Frau in der iranischen Revolution. Tübingen 1980. S. 115 ff.)

Welchen Beitrag hat Ihre Organisation zu der Revolution im Iran geleistet?

Vor 14 Jahren, als im Iran keine politische Bewegung mehr vorhanden war, begann diese Organisation ihre Arbeit. Die Gründer hatten begriffen, daß sie mit neuen Methoden des Kampfes beginnen mußten. Das Prinzip des bewaffneten Kampfes wurde aufgestellt. Es dauerte sechs Jahre, bis die Organisation diesen Anspruch in die Praxis umsetzen konnte. Die wesentlichen Aktionen waren Angriffe auf Savak und Polizeiposten; oder es wurden Amerikaner getötet, die mit »Spezialmissionen« im Iran tätig waren. Einer dieser Spezialisten wurde genau an dem Morgen getötet, an dem Nixon das Land betrat. Doch die Arbeit der Organisation zielte nicht nur auf die Aktionen an sich; diese hatten auch das Ziel, das Volk aufzurütteln und Lernprozesse über die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zu initiieren.

Welche Faktoren führen Ihrer Einschätzung nach zu der Revolution im Iran?

... Das abhängige Kapital war so übermächtig und hatte alles derart monopolisiert, daß alle Klassen unter einem unhaltbaren Druck standen; ganz besonders das arme städtische Kleinbürgertum, daß dann ja auch sehr stark an der Revolution beteiligt war. Sobald deshalb die USA versuchten, das Ventil ein bißchen zu öffnen, ihre Menschenrechtsmaske aufzusetzen und ein freundliches Gesicht zeigen, mußten sie die Kontrolle verlieren – der Iran ging hoch wie ein Pulverfaß. Wir meinen, daß die politischen und sozialen Widersprüche im Iran die Explosion bewirkt haben.

Sie sagen »Explosion«. Was war es denn Ihrer Meinung nach genau?

... Wir meinen, es war eine politische Revolution; denn sie war sehr ausgedehnt und breit getragen und hat ein sehr starkes Regime vernichtet. Aber da sie sich nicht weiterentwickeln, nicht in die Tiefe gehen konnte, bis sie den bestehenden gesellschaftlichen Rahmen und die Pfeiler des alten Regimes zerstört hatte, war es keine soziale Revolution. Die Aufgabe, die wir nun haben, ist, die Revolution auszuweiten und fortzuführen bis zu einer sozialen Revolution.

Wann würden sie von einer sozialen Revolution sprechen?

Eine vollkommene Revolution ist eine, die alle bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der alten Gesellschaft vernichtet und neue an ihre Stelle setzt. Hier war das nicht so. Die Kompradorenbourgeoisie hat gehen müssen, und jetzt ist die nationale – oder liberale – Bourgeoisie an der Macht, die aufgrund ihrer Schwäche letztendlich gezwungen sein wird, Kompromisse nach rechts einzugehen. Das können wir nicht als soziale Revolution bezeichnen. Wir meinen, daß unter den gegebenen Bedingungen auch international gesehen diese Bourgeoisie keinerlei Chance einer eigenständigen Entwicklung hat, daß sie immer abhängiger werden wird.

Was passiert, wenn die Revolution im Iran nicht fortgeführt wird? Entwickelt sich alles zurück?

Ja sicher; das tut es ja bereits mit großer Geschwindigkeit! Sie hatten vorhin die Frage des bewaffneten Kampfes angeschnitten. Zuletzt hatte ja eine solche Phase begonnen, und die Errungenschaften der Revolution hängen hauptsächlich damit zusammen. Vieles konnte deshalb erreicht werden, weil die Massen die Kasernen gestürmt und Waffen in die Hand bekommen hatten. Aber wie gesagt – die Revolution konnte nicht in die Tiefe gehen und daher auch keine entscheidenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen erreichen.

Manche politischen Gruppierungen behaupten, die politische Revolution im Iran habe mit dem Putsch einer bestimmten rechten Fraktion geendet. Was sagen Sie zu dieser Theorie?

Das Regime heute im Iran ist nicht zu 100 Prozent ein amerikanisches Produkt, das den Massen von den USA übergestülpt worden wäre – wenn dieses Regime nur das Produkt des amerikanischen Rückzuges wäre, hätte es überhaupt keine positiven Aspekte. Wenn es andererseits zu 100% Ergebnis der Volkskämpfe wäre, hätte es überhaupt keinen negativen Aspekt. Es ist jedoch ein Produkt dazwischen. D.h., das Volk hat eine Revolution gemacht; es hat gekämpft, sein Blut hingegeben und die Revolution bis zu einem gewissen Punkt geführt – an dem aber die USA so schlau waren, sich zurückzuziehen. Die USA haben also verhindert, daß die radikalen und revolutionären Kräfte stark werden. Sie haben diesen Kräften nicht die Zeit gelassen zu wachsen.

Inwiefern war die Stärke der revolutionären Kräfte von den USA abhängig?

Das ist doch klar: Je mehr Widerstand es gegeben hätte, desto schwächer wären die rechten Kräfte geworden. Ich will ein Beispiel anführen: Im letzten Jahr waren diejenigen Volksführer, die zu vorsichtig und lau waren, nicht mehr gefragt – die radikalen Führer gewannen an Ansehen. Aber so, da die USA sehr schnell reagierten, waren die radikalen Kräfte scheinbar nicht mehr notwendig. Die Rechten gewannen an Macht...

Die Rechten und Reaktionäre sind heute darauf aus, alle Früchte dieser Revolution für sich einzuheimsen; sie wollen die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus schnell wieder in Gang bringen, und sobald jemand Widerspruch dagegen erhebt, wird er als »Konterrevolutionär« bezeichnet.

wos. Die außenpolitischen Positionen der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) sind bei uns weitgehend unbekannt. Viele bürgerliche Medien verbreiten weiterhin die These vom „aggressiven“ Charakter Nordkoreas, ohne sie freilich außer mit den vom südkoreanischen KCIA beschafften Fotos von Tunnelbauten des Nordens irgendwie zu belegen. Und unter Genossen herrscht größtenteils Unkenntnis oder aber die Meinung, die DVR Korea betreibe eine Außenpolitik gleichsam „zwischen“ der UdSSR und China – ein Gedanke, der nach einem Blick auf die geopolitischen Lage Koreas so abwegig nicht ist. Das Studium der Dokumente, das ich durch direkte Gespräche mit ZK-Mitgliedern der PdAK ergänzen konnte, ergibt ein anderes Bild.

„... Niemals nach dem Zeigestock eines anderen Landes richten.“

Zur Außenpolitik der DVR Korea

Einschätzung der Weltlage, Prinzipien

Folgende *Einschätzung* der Weltlage 1980 hatte die PdAK: „Auf dem internationalen Schauplatz entfaltet sich gegenwärtig ein erbitterter Kampf zwischen den revolutionären und den konterrevolutionären Kräften, zwischen den antiimperialistischen, nach Souveränität strebenden und den nach Vormacht strebenden Kräften ... Die Imperialisten und alle anderen nach Vormacht strebenden Kräfte verüben ununterbrochen militärische Interventionen, Putsche und Wühlaktionen gegen die Länder der aufstrebenden Kräfte, um den Kampf der Völker für die nationale Unabhängigkeit und den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu erdrosseln ... Infolge der Manöver der Großmächte zur Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Herrschaftsphäre ist die heutige internationale Lage äußerst kompliziert und angespannt ... Während in der Vergangenheit der Herd des Ausbruchs des I. und II. Weltkriegs die Machenschaften der imperialistischen Mächte zur Neuaufteilung der Kolonien waren, so ist heute die Gefahr eines neuen Weltkriegs, die mit jedem Tag zunimmt, auf den Konkurrenzkampf der nach Vormacht strebenden Kräfte zurückzuführen, der darauf gerichtet ist, die jungen unabhängigen Staaten erneut zu unterjochen und die wichtigsten Rohstoffgebiete und die militärstrategischen Schlüsselpositionen an sich zu reißen.“

Hieraus wird folgende Schlußfolgerung gezogen: „Nur wenn eine kämpferische Geschlossenheit aller revolutionären Länder, die für die Souveränität eintreten, und aller friedliebenden Völker erreicht worden ist, ist es möglich, die Imperialisten und die nach Vormacht strebenden Kräfte aller Schattierungen zu isolieren und zu schwächen sowie die antiimperialistischen, nach Souveränität strebenden Kräfte weiter zu stärken.“ Es komme darauf an, daß alle aufstrebenden Länder die Souveränität wahren. (Rechenschaftsbericht an den VI. Parteitag, S. 99 ff.)

Bezeichnenderweise beginnt auch der Genosse vom ZK seine Erläuterungen zur Außenpolitik mit diesem Begriff der Souveränität: „Aus dem Grundgedanken der Dschutsche-Ideologie (soviel wie „Selbständigkeit“, „Vertrauen auf die eigene Kraft“, d. Verf.) ergeben sich für uns zwei Forderungen: erstens, alles zu tun, um den Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, und zweitens, schöpferisch denken und selbständig handeln. Der Mensch soll selbst denken. Und er soll bei allen Problemen die Fragen seines eigenen Landes in den Vordergrund stellen. Davon ausgehend beherrschen drei *Prinzipien* die Politik unseres Landes: Souveränität, Selbständigkeit und Selbstverteidigung. D.h. natürlich, daß wir die Linie und die Beschlüsse unserer Partei selbständig bestimmen und uns niemals nach dem Zeigestock eines anderen Landes richten. Wir werden niemals einem anderen Land erlauben, uns bei der Ausarbeitung der Außenpolitik wie auch der Politik auf anderen Gebieten Vorschriften zu machen.“

Hierin spiegelt sich die bittere Erfahrung dieser Partei wider, die die Positionen einer von der Kommunistischen Internationale 1925 ins Leben gerufenen Kommunistischen Partei, die jedoch niemals eine Massenbasis erlangt hatte, überwinden mußte, und nach 1945, konfrontiert mit den im Exil gewonnenen jeweiligen Vorstellungen der in die UdSSR und nach Yenan / China geflohenen Kommunisten, die nun zurückkamen, auch dieses Nachahmen, das die konkreten Bedingungen in Korea ignorierte. Noch 1956 hat die Sowjetunion direkten Druck auf die PdAK ausgeübt, um ihre Vorstellungen von einem „Aufbau des Sozialismus“ à la Moskau durchzudrücken.

Gegen die „Politik der zwei Koreas“

Der Genosse spricht anschließend über die Frage der Beziehungen zum Ausland: „Unsere Partei und Regierung betreiben eine Politik auf Grundlage der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung mit anderen Ländern. Wir werden niemals Einmischung seitens des Auslands erlauben, wie wir auch niemals ein anderes Land blind nachahmen werden. Unsere Regierung wird niemals die nationale Würde eines anderen Landes verletzten oder ihm seinen Willen aufzwingen. Sie wird – auf Grundlage der Souveränität – weiterhin die Zusammenarbeit und die staatlichen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern, mit den Ländern der Blockfreiheit und der Dritten Welt pflegen.

Auch mit den kapitalistischen Ländern, die unserem Land gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen, werden wir Freundschaft und Beziehungen entwickeln. Aber hier muß man eines berücksichtigen: Wir entwickeln solche Beziehungen nur dann, wenn diese kapitalistischen Länder nicht die Position der „zwei Koreas“ vertreten (d.h. die südkoreanische Militärregierung als gleichberechtigten Gesprächspartner anerkennen, d. Verf.). Was jedoch Handels- und Wirtschaftsbeziehungen angeht, so werden wir diese noch stärker ausbauern, und zwar mit *allen* Ländern.

Wir sind auch bereit, mit den USA Beziehungen aufzunehmen, sofern sie nicht unsere Souveränität verletzen.

Was Parteibeziehungen betrifft, so werden wir nicht nur mit den kommunistischen und Arbeiterparteien Beziehungen aufnehmen bzw. die vorhandenen entwickeln, sondern auch mit anderen Parteien und Massenorganisationen, die uns gegenüber wohlwollend sind.“

Für Blockfreiheit und eine neue Wirtschaftsordnung

Die DVR Korea ist selbst Mitglied der Blockfreienbewegung. Sie duldet keine fremden Truppen auf ihrem Territorium und ist keinem Militärbündnis beigetreten, wie sie natürlich auch nicht im Comecon ist. Diese Grundsätze will sie auch auf die von ihre angestrebte „Demokratische Konföderative Republik Koryo“ angewendet wissen, in der beide Teile Koreas ihre unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und Ideologien aufrechterhalten können. Und sie sieht sie am stärksten in der Dritten Welt beherzigt. Genosse Lee: „Wir sind für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die auch finanzielle Fragen in der Welt regulieren, Ungleichheiten vermeiden und insgesamt ein besseres Wirtschaftssystem entwickeln sollte. Zu niedrigen Preisen Rohstoffe zu kaufen, aber zu hohen Preisen Industriegüter zu verkaufen – gegen diese Politik sind wir.“

Einige unserer Fragen zur Außenpolitik an den Genossen: *Unterstützt die PdAK die unabhängige Gewerkschafts- und Volksbewegung in Polen?*
„Wir sind der Meinung, daß wir uns niemals dort einmischen sollten, wo es in einem Land Konflikte gibt. Wenn wir eine Seite der Kontrahenten unterstützen würden, dann würde dies nur die Widersprüche innerhalb dieses Landes vertiefen und es somit gegenüber äußerem Druck schwächen. Wir wünschen und hoffen, daß sich die Lage Polens unter der Führung der polnischen Partei bald beruhigt, und daß die internen Fragen Polens durch die selbständige Rolle der polnischen Genossen und des polnischen Volkes gelöst werden.“

Welche Position bezieht Ihre Partei gegenüber Afghanistan?
„Zu Afghanistan haben wir diplomatische Beziehungen aufgenommen, nachdem dieses Land die Beziehungen zu Südkorea abgebrochen hat. Dies geschah unter der Regierung Taraki. Was die diplomatischen Beziehungen betrifft, so bestehen sie fort.“

Haben Sie diplomatische Beziehungen zum jetzige Regime in Kampuchea?
„Wir unterstützen die frühere Regierung Kampucheas, also die des Demokratischen Kampuchea. Sie ist schließlich Mitglied der UNO. Die jetzige Regierung erkennen wir nicht an, denn sie ist auf den Bajonetten einer fremden Macht errichtet worden.“

Wie schätzen Sie den Kurs der Reagan-Regierung in den USA ein?
„Nach der Teilung Koreas gab es in den USA schon viele Präsidenten, aber an ihrer Politik der ‚zwei Koreas‘ hat sich nichts geändert. Allerdings ist die Absicht der Reagan-Administration, einen neuen Krieg zu entfesseln, jetzt deutlich geworden. In Korea sehen wir dies ganz klar: Als Reagan an die Macht kam, hat er als ersten Schritt Chon Duhwan aus Südkorea eingeladen. Er hat ihm versichert, er werde keine US-Truppen abziehen, und nicht nur auf der koreanischen Halbinsel hat sich die Lage verschärft.

Kriegsgefahr in Europa

Genosse Kim, Sekretär der PdAK, fragt uns zum Schluß eingehend nach der hiesigen Friedensbewegung: „Gerade in Europa wächst die Gefahr eines Nuklearkrieges ständig. Wenn die beiden Großmächte immer mehr Atomraketen in Stellung bringen, wird es für die europäischen Länder nicht gut ausgehen. Den beiden Großmächten macht ein Atomkrieg nicht viel aus. Sie sehen sich das aus sicherer Entfernung an und geben lediglich den Befehl zum Abfeuern der Raketen, die dann in Europa niedergehen werden. Für sie wird das ein Spektakel wie ein Feuerwerk sein, und anschließend werden sie sich bedienen. Deshalb müssen die Völker Europas der Politik der Aufrüstung Einhalt gebieten.“

Die ägyptische Regierung hat zugeschlagen ohne Rücksicht auf das im Ausland so sorgsam gehegte liberale Image: Über 1530 Personen sind verhaftet worden, mehr als 60 Journalisten versetzt oder haben Berufsverbot erhalten, etwa die gleiche Zahl von Universitätsprofessoren und Assistenten. Die Mehrheit der Verhafteten kommt zweifellos aus den Reihen der

Zur letzten Verhaftungswelle in Ägypten

Seit Jahren rufen die Moslembrüder zum Religionskrieg auf / Chérifa el-Masri

den, weil eine muslimische Frau nicht von einem Nichtmuslim berührt werden darf!

Die Restaurationsära ermutigt

kämpfen“. Für die Moslembrüder war das ein gefundenes Fressen, zum einen ihre Infrastruktur neu aufzubauen, zum anderen in einem Bereich, wo sie bisher kaum Einfluß hatten, unter den

kierende Maßnahmen unterstützt hat, um die seit langem befürchtete Explosion in die Bahnen des Religionskriegs zu lenken. Sadat gab sich selbst das Attribut „der gläubige Präsident“, ließ

Aufrufe, es „den ungläubigen Verderbern des Islam“ heimzuzahlen. Sowohl Minieh als auch Assiut haben einen koptischen Bevölkerungsanteil von 20–30%. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Gouverneur von Assiut die Hetze unterstützt und seine Polizei auf die Straße zum Schutz der Demonstranten schickt.

Die Überfälle auf koptische Mitbürger in Kairo und Alexandrien häufen

bau einer neuen Gesellschaft zu erdrosseln ... Infolge der Manöver der Großmächte zur Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Herrschaftsphäre ist die heutige internationale Lage äußerst kompliziert und angespannt ... Während in der Vergangenheit der Herd des Ausbruchs des I. und II. Weltkriegs die Machenschaften der imperialistischen Mächte zur Neuaufteilung der Kolonien waren, so ist heute die Gefahr eines neuen Weltkriegs, die mit jedem Tag zunimmt, auf den Konkurrenzkampf der nach Vormacht strebenden Kräfte zurückzuführen, der darauf gerichtet ist, die jungen unabhängigen Staaten erneut zu unterjochen und die wichtigsten Rohstoffgebiete und die militärstrategischen Schlüsselpositionen an sich zu reißen.“

herrschen drei Prinzipien die Politik unseres Landes: Souveränität, Selbständigkeit und Selbstverteidigung. D.h. natürlich, daß wir die Linie und die Beschlüsse unserer Partei selbständig bestimmen und uns niemals nach dem Zeigestock eines anderen Landes richten. Wir werden niemals einem anderen Land erlauben, uns bei der Ausarbeitung der Außenpolitik wie auch der Politik auf anderen Gebieten Vorschriften zu machen.“

Hierin spiegelt sich die bittere Erfahrung dieser Partei wider, die die Positionen einer von der Kommunistischen Internationale 1925 ins Leben gerufenen Kommunistischen Partei, die jedoch niemals eine Massenbasis erlangt hatte, überwinden mußte, und nach 1945, konfrontiert mit den im Exil ge-

Auch mit den kapitalistischen Ländern, die unserem Land gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen, werden wir Freundschaft und Beziehungen entwickeln. Aber hier muß man eines berücksichtigen: Wir entwickeln solche Beziehungen nur dann, wenn diese kapitalistischen Länder nicht die Position der „zwei Koreas“ vertreten (d.h. die südkoreanische Militärregierung als gleichberechtigten Gesprächspartner anerkennen, d. Verf.). Was jedoch Handels- und Wirtschaftsbeziehungen angeht, so werden wir diese noch stärker ausbauern, und zwar mit allen Ländern.

Wir sind auch bereit, mit den USA Beziehungen aufzunehmen, sofern sie nicht unsere Souveränität verletzen.

striegüter zu verkaufen – gegen diese Politik sind wir.“

Einige unserer Fragen zur Außenpolitik an den Genossen: Unterstützt die PdAK die unabhängige Gewerkschafts- und Volksbewegung in Polen?
„Wir sind der Meinung, daß wir uns niemals dort einmischen sollten, wo es in einem Land Konflikte gibt. Wenn wir eine Seite der Kontrahenten unterstützen würden, dann würde dies nur die Widersprüche innerhalb dieses Landes vertiefen und es somit gegenüber äußerem Druck schwächen. Wir wünschen und hoffen, daß sich die Lage Polens unter der Führung der polnischen Partei bald beruhigt, und daß die internen Fragen Polens durch die

Genosse Kim, Sekretär der PdAK, fragt uns zum Schluß eingehend nach der hiesigen Friedensbewegung: „Gerade in Europa wächst die Gefahr eines Nuklearkrieges ständig. Wenn die beiden Großmächte immer mehr Atomraketen in Stellung bringen, wird es für die europäischen Länder nicht gut ausgehen. Den beiden Großmächten macht ein Atomkrieg nicht viel aus. Sie sehen sich das aus sicherer Entfernung an und geben lediglich den Befehl zum Abfeuern der Raketen, die dann in Europa niedergehen werden. Für sie wird das ein Spektakel wie ein Feuerwerk sein, und anschließend werden sie sich bedienen. Deshalb müssen die Völker Europas der Politik der Aufrüstung Einhalt gebieten.“

Die ägyptische Regierung hat zugeschlagen ohne Rücksicht auf das im Ausland so sorgsam gehegte liberale Image: Über 1530 Personen sind verhaftet worden, mehr als 60 Journalisten versetzt oder haben Berufsverbot erhalten, etwa die gleiche Zahl von Universitätsprofessoren und Assistenten. Die Mehrheit der Verhafteten kommt zweifellos aus den Reihen der reaktionären Moslembruderschaft und ihrer Untergliederungen, den Islamischen Gesellschaften. Aufsehenerregend ist die Verhaftung von mehr als fünf koptischen Bischöfen und Erzbischöfen, und die Absetzung des Papstes der Kopten in Ägyten und dem Sudan, Shenouda III. Seit der arabisch-islamischen Eroberung Ägyptens im Jahre 840 n.Chr. ist so etwas nicht vorgekommen.

Zur letzten Verhaftungswelle in Ägypten

Seit Jahren rufen die Moslembrüder zum Religionskrieg auf / Chérifa el-Masri

Die Kopten – eine unterdrückte Minderheit in Ägypten

Die koptische Kirche ist im 5. Jahrhundert durch eine hauptsächlich nationalbedingte Abspaltung von der oströmischen Kirche entstanden. Von den 25 Mio. Kopten leben ca. 5–10 Mio. in Ägypten. (Die Zahlen schwanken so stark, weil sie von Quelle zu Quelle differieren. Bis jetzt hat die Regierung der koptischen Kirche verboten, einen Zensus durchzuführen.) Demographisch sind die Kopten im südlichen Ägypten konzentriert – in den Provinzen Minieh, Assiut und Suhag.

Wieviele der 10 Mio. Ägypter, die inzwischen in Kairo leben, Kopten sind, ist unbekannt. Bis auf eine verschwindend kleine Minderheit sind sie jedoch in den ärmsten und am dichtesten bevölkerten Stadtteilen konzentriert. Beruflich sind sie in den Städten meistens in den freien Berufen zu finden, im Handwerk und auf der unteren Stufenleiter der Beamtenhierarchie. Unangemessen vertreten sind sie in den höheren Rängen des Beamtenapparates, im Offizierskorps und im diplomatischen Dienst. Aber auch gewisse freie Berufe sind ihnen verschlossen. So darf z.B. kein Kopte Gynäkologe werden, weil eine muslimische Frau nicht von einem Nichtmuslim berührt werden darf!

Die Restaurationsära ermutigt Religionshaß der Moslembrüder

Um die starke linke Opposition gegen seine Politik der Öffnung für das westliche imperialistische Kapital und die Restauration der Macht der alten Großgrundbesitzer und Bourgeois in Schach zu halten, erließ Sadat schon 1971 eine Amnestie für die verhafteten



Mitglieder der Moslembruderschaft, einer chauvinistisch-religiösen Organisation – in den 20er Jahren entstanden – in ihren Methoden mit den türkischen „Grauen Wölfen“ vergleichbar. In Zusammenarbeit mit Gaddafi, der damals eines der vielen Einigungsprojekte mit Ägypten und Syrien laufen hatte, beschloß Sadat den Aufbau von „Islamischen Gesellschaften“ an den Universitäten, „um den Kommunismus unter den Studenten zu bekämpfen“. Für die Moslembrüder war das ein gefundenes Fressen, zum einen ihre Infrastruktur neu aufzubauen, zum anderen in einem Bereich, wo sie bisher kaum Einfluß hatten, unter den Studenten, sich einzunisten. (In seiner Rede vom Samstag behauptete Sadat, ihm sei unbekannt gewesen, daß die Islamischen Gesellschaften zu Organisationen der Moslembrüder geworden seien!)

Erst nach Abschluß des Camp David-Vertrages mit Israel jedoch, als die Moslembrüder ihre reaktionären Predigten vom reinislamischen Staat mit scharfen Angriffen gegen den Vertrag koppelten, stieg ihr Einfluß an den Universitäten. Schon vorher verfügten sie jedoch über drei verschiedene Wochen- und Monatszeitschriften, neben zahlreichen Broschüren und Pamphleten, die in immer kürzeren Abständen erschienen. Finanziert wurden sie nach dem Zerwürfnis mit Libyen von Saudiarabien. Ihre Leser wie im allgemeinen die Masse ihrer Anhänger rekrutieren sich aus dem städtischen Kleinbürgertum. Von Anfang an schürten die Blätter der Moslembrüder, die von den Islamischen Gesellschaften auch an den Universitäten vertrieben wurden, den Haß gegen die Kopten. Offen riefen sie auf zum Mord an den Kopten oder zu ihrer Vertreibung aus dem Land. Von der Regierung verlangten sie die Einführung der islamischen Kopfsteuer, die der Islam auf jeden Nichtmoslem vorschreibt. Seit 1971 sind allein in die USA 150000 Kopten ausgewandert.

In die Hetze gegen die Kopten mischten sie immer eine Prise politischer Aussage hinein: „Man muß alle Christen töten, ehe Shenouda III. zum Saad Haddad Ägyptens wird“ (gemeint ist Israels Agent im Südlibanon). Festzuhalten ist, daß die Regierung dies alles geduldet, ja sogar durch flankierende Maßnahmen unterstützt hat, um die seit langem befürchtete Explosion in die Bahnen des Religionskriegs zu lenken. Sadat gab sich selbst das Attribut „der gläubige Präsident“, ließ sich bei jeder Gelegenheit betend fotografieren. Im April 1980 wurde die ägyptische Verfassung geändert und die Scharia (das islamische Gesetz) als einzige Quelle der Gesetzgebung festgelegt. Wie üblich ließ sich Sadat das in einem Plebiszit bestätigen. Ergebnis 99,4% – ein besonders geeignetes Mittel, um die koptische Minderheit zu terrorisieren. Von diesem Zeitpunkt an datiert auch die offene Auseinandersetzung mit dem koptischen Papst.

Die Schläger der Moslembrüder gehen zu offenen Überfallen über

Seit einem Jahr wagen es die koptischen Studenten der Universität Minieh nicht mehr, in den Studentenwohnheimen zu wohnen. Wenn sie morgens in die Uni gehen, sind sie nicht sicher, ob sie auch wirklich reingelassen werden. Wenn die Ausweiskontrolle von Mitgliedern der Islamischen Gesellschaften durchgeführt wird, werden sie unter gröbsten Beleidigungen nach Hause geschickt – die Konfession steht auf dem Personalausweis.

Eine ältere Frau aus Assiut erzählte mir, sie würde ihren Enkelkindern einschärfen, wenn sie nach ihrem Namen gefragt würden, sollten sie nur muslimische Namen nennen. Bei Anbruch der Dunkelheit traue sie sich kein Licht anzumachen, weil die randalierenden Schläger der Islamischen Gesellschaften die Fensterscheiben einschmissen, um die Kopten daran zu hindern, „Unzucht zu treiben und sich zu vermehren“. Alltäglich sind die in Wandzeitungen, Flugblättern und vom Lautsprecher der Minaretts verbreiteten Aufrufe, es „den ungläubigen Verderbern des Islam“ heimzuzahlen. Sowohl Minieh als auch Assiut haben einen koptischen Bevölkerungsanteil von 20–30%. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Gouverneur von Assiut die Hetze unterstützt und seine Polizei auf die Straße zum Schutz der Demonstranten schickt.

Die Überfälle auf koptische Mitbürger in Kairo und Alexandrien häufen sich seit Mai. Unter anderem explodierte eine Bombe aus Armeebeständen in einer Kirche im Norden Kairos. Bis jetzt sind über 200 Tote und mehr als 400 Verletzte in beiden Städten zu beklagen.

Die Moslembrüder greifen auch Sadat an

Der Mißerfolg von Camp David und der Öffnungspolitik, an der sich nur die Clique um Sadat bereichert hat, geben den Moslembrüdern Auftrieb. Sie greifen in ihren Blättern immer stärker nicht nur die Politik Sadats an, sondern prangern auch seinen verschwenderischen Lebensstil, die Korruption seiner Familie an, setzen sie in Vergleich zum Leben der Massen, die zu 44% am Rande des Existenzminimums leben. Inzwischen sind sie auch eine große Organisation. Le Monde schätzt die Zahl der militärisch ausgebildeten Kader auf 6000 und die der Anhänger und Sympathisanten auf 500000. Über die sozialen Einrichtungen, den Aufbau von Gesundheits- und Schulzentren sind sie auch gerade in den ärmsten Stadtteilen verankert. Sie sollen über einigen Einfluß unter den Kadetten verfügen.

Der Schlag gegen sie und gegen die Islamischen Gesellschaften hat getroffen, wird aber nicht tödlich sein. Vor allem die von ihnen geschürte Pogromstimmung gegen die Kopten hat tiefe Risse unter den beiden Bevölkerungsteilen geschlagen. Daß die Regierung sich getraut hat, im gleichen Atemzug den Angriff gegen die koptische Kirche zu führen, also gegen die Opfer, ist ein Zeichen dafür.

Tansania

Probleme des „afrikanischen Sozialismus“

heh.Rom. Als „albernes Gewäsch von Idioten“ bezeichnete Tansanias Präsident Nyerere vor kurzem Kritiken, die die schwierige Wirtschaftslage seines Landes auf den tansanischen Sozialismus zurückführen. In seiner Rede zum Tag des Bauern am 7. Juli hatte er die Reihe von Massenversammlungen und Demonstrationen eröffnet, mit denen zugleich die Forderungen des IWF zurückgewiesen und die Tansanier für das „Nationale Ökonomische Überlebensprogramm“ mobilisiert werden sollen. „Kapitalismus ist ein System legalisierter Sklaverei und Räuberei. Wir haben nicht die Unabhängigkeit erkämpft, um einige wenige unter uns mit dem Schweiß der anderen zu mästen. Sozialismus bedeutet Gleichheit und Gerechtigkeit, Kapitalismus Ungleichheit und Ungerechtigkeit“, bekräftigte Nyerere auf einer Versammlung seinen sozialistischen Kurs.

Feldbestellung in einem ujamaa-Dorf

„Kapitalismus ist ein System legalisierter Sklaverei und Räuberei. Wir haben nicht die Unabhängigkeit erkämpft, um einige wenige unter uns mit dem Schweiß der anderen zu mästen. Sozialismus bedeutet Gleichheit und Gerechtigkeit, Kapitalismus Ungleichheit und Ungerechtigkeit“, bekräftigte Nyerere auf einer Versammlung seinen sozialistischen Kurs.



Feldbestellung in einem ujamaa-Dorf

Die wirtschaftliche Lage Tansanias hat sich in den letzten zwei Jahren dramatisch verschlechtert: Während die Exporteinnahmen bei 550 Mio. Dollar stagnierten, schnellten die Importkosten auf 1300 Mio. $ hoch, davon alleine 60% für Erdölimporte. Chronischer Devisenmangel führt dazu, daß Fabriken, die von importierten Rohstoffen und Ersatzteilen abhängen, nur noch mit 40% ihrer Kapazität arbeiten. 1980 errechnete die Weltbank, daß Tansanias Staatsschulden Dreiviertel des Bruttosozialproduktes betragen.

Ende 1979 hat der IWF Tansania einen Kredit über 260 Mio. $ zur Überwindung der Schwierigkeiten gewährt, dessen zweite Teilzahlung jedoch gestoppt wurde, da Tansania sich nicht an die Bedingungen des IWF halten wollte: Abwertung des tansanischen Schilling, Erhöhung der Zinssätze, Reduzierung der Regierungsausgaben, namentlich der Löhne und Sozialleistungen und Öffnung des Konsumtionsmittelmarktes für mehr Wettbewerb und freien Handel.

Die Abwertung hätte zur Folge, daß die tansanischen Exporte zwar billiger auf den Weltmarkt kommen, der Verlust an Devisen könnte jedoch nicht durch vermehrte Produktion für den Export wettgemacht werden. Auf der anderen Seite würden sich die dringend benötigten Importe wie Maschinen, Erdölprodukte usw. noch weiter verteuern.

Was die Reduzierung der Regierungsausgaben betrifft, so träfe diese sowohl die Bauern durch Einsparungen bei Gesundheitsdiensten, Schulen etc., die Arbeiter durch die Kürzung ihrer Löhne, als auch den Funktionärsapparat, auf dessen Unterstützung die Regierung angewiesen ist. „Die Öffnung des Marktes“ läuft auf die Befreiung der Geschäftemacherei – d.h. vor allem der ausländischen Firmen – von staatlicher Kontrolle hinaus. Der IWF sah sich vor kurzem gezwungen, die Gespräche mit der tansanischen Regierung abzubrechen.

Hämische Kommentare führen Tansanias Schwierigkeiten auf Nyereres verrückte sozialistische Ideen zurück, die ihn alle Vernunft und alle guten Ratschläge des IWF beiseite wischen ließen. Tatsächlich konnte Tansania jedoch über viele Jahre hinweg auf bescheidene wirtschaftliche Fortschritte blicken. Einige soziale Errungenschaften sind unbestreitbar: 6000 Dörfer haben Dorfkooperativen, 2900 Sanitär-Stationen, 7600 Grundschulen und 3190 Trinkwasserversorgung (von 8320 Dörfern insgesamt). Die Lebenserwartung ist von 37 auf 51 Jahre gestiegen, die Kindersterblichkeit von 175 auf 140 gefallen und der Alphabetisierungsgrad von 33% auf 73% gestiegen (zum Vergleich: Kenia: 40%, Zaire: 15%, Senegal: 10%).

Nyereres kluge Politik gegenüber den verschiedenen Volksgruppen des

sowohl die Bauern durch Einsparungen bei Gesundheitsdiensten, Schulen etc., die Arbeiter durch die Kürzung ihrer Löhne, als auch den Funktionärsapparat, auf dessen Unterstützung die Regierung angewiesen ist. „Die Öffnung des Marktes“ läuft auf die Befreiung der Geschäftemacherei – d.h. vor allem der ausländischen Firmen – von staatlicher Kontrolle hinaus. Der IWF sah sich vor kurzem gezwungen, die Gespräche mit der tansanischen Regierung abzubrechen.

Hämische Kommentare führen Tansanias Schwierigkeiten auf Nyereres verrückte sozialistische Ideen zurück, die ihn alle Vernunft und alle guten Ratschläge des IWF beiseite wischen ließen. Tatsächlich konnte Tansania jedoch über viele Jahre hinweg auf bescheidene wirtschaftliche Fortschritte blicken. Einige soziale Errungenschaften sind unbestreitbar: 6000 Dörfer haben Dorfkooperativen, 2900 Sanitär-Stationen, 7600 Grundschulen und 3190 Trinkwasserversorgung (von 8320 Dörfern insgesamt). Die Lebenserwartung ist von 37 auf 51 Jahre gestiegen, die Kindersterblichkeit von 175 auf 140 gefallen und der Alphabetisierungsgrad von 33% auf 73% gestiegen (zum Vergleich: Kenia: 40%, Zaire: 15%, Senegal: 10%).

Nyereres kluge Politik gegenüber den verschiedenen Volksgruppen des Landes, die Gewährung demokratischer Freiheiten und seine konsequente Politik der Blockfreiheit haben Tansania zu einem der stabilsten Länder Afrikas und zu einem wichtigen Sprecher der „LDC’s“ (der ärmsten der Entwicklungsländer) werden lassen.

Über die Ursachen der Schwierigkeiten Tansanias

Bei näherem Zusehen läßt sich eine ganze Reihe unterschiedlicher Probleme erkennen. So Dürreperioden in den Jahren 1974, 1975 und 1980 und der Verteidigungskrieg gegen Idi Amins Truppen mit der anschließenden Hilfe beim Wiederaufbau einer ugandischen Verwaltung.

Dies waren zusätzliche Belastungen für eine Wirtschaft, die in ersten *strukturellen* Schwierigkeiten steckt.

Tansania wurde in die Unabhängigkeit entlassen praktisch ohne Industrie, mit einigen Missionsschulen, ohne nennenswertes Transportwesen und Straßennetz, mit überwiegend für den Eigenbedarf produzierender, verstreuter Landwirtschaft, die nur an einigen wenigen Punkten moderne Produktionsmethoden anwandte, um Kaffee, Tee, Sisal, Pyrethrum (Heilpflanze), Baumwolle und Nüsse für den Export zu produzieren.

Als Nyerere sein Programm formulierte, eine blühende Wirtschaft und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung aufzubauen, stand das Land vor nahezu unlösbaren Problemen.

Ausländisches Kapital sollte ins Land gezogen, aber gleichzeitig die Lage der Arbeiter kontinuierlich verbessert werden. Die Bauern sollten sich in Kooperativen zusammenschließen und ein wichtiger Pfeiler der sozialistischen Gesellschaft werden, aber die Landwirtschaft sollte auch die dringend benötigten Devisen und den Akkumulationsfonds für die Industrialisierung des Landes schaffen. Die Förderung der landwirtschaftlichen Exportproduktion ließ Lebensmittelknappheit entstehen und der Abzug landwirtschaftlichen Mehrwerts über unzureichende Erzeugerpreise führte zum Rückgang der Exportproduktion wie auch des an den Staat verkauften Getreides. Darüber hinaus verschlechtern sich die ‚terms of trade‘ der Agrarprodukte gegen Industriegüter ständig (1972 bis 1980 von 100 auf 70).

Falsch wäre es, in diesem Zusammenhang nicht zu sehen, daß die Erhöhung der Erdölpreise eine schwere Belastung für Tansania darstellen. Durch Kredite aus dem arabischen Entwicklungsfonds und ein in diesem Jahr abgeschlossenes Abkommen mit Angola, das Erdöllieferungen zu Vorzugsbedingungen vorsieht, versuchen die erdölproduzierenden Länder Tansania zu unterstützen.

Neben den genannten äußeren gibt es aber ebenso innere Schwierigkeiten. Darunter fallen vor allem die schwerfällige, aufgeblähte öffentliche Verwaltung, die niedrige Produktivität staatlicher Betriebe und Mißerfolge im Aufbau der ujamaa-Dörfer.

Die ujamaa-Dörfer

Verglichen mit ihrem Anspruch, eine sozialistische Gesellschaft in den länd-

sich die ‚terms of trade‘ der Agrarprodukte gegen Industriegüter ständig (1972 bis 1980 von 100 auf 70).

Falsch wäre es, in diesem Zusammenhang nicht zu sehen, daß die Erhöhung der Erdölpreise eine schwere Belastung für Tansania darstellen. Durch Kredite aus dem arabischen Entwicklungsfonds und ein in diesem Jahr abgeschlossenes Abkommen mit Angola, das Erdöllieferungen zu Vorzugsbedingungen vorsieht, versuchen die erdölproduzierenden Länder Tansania zu unterstützen.

Neben den genannten äußeren gibt es aber ebenso innere Schwierigkeiten. Darunter fallen vor allem die schwerfällige, aufgeblähte öffentliche Verwaltung, die niedrige Produktivität staatlicher Betriebe und Mißerfolge im Aufbau der ujamaa-Dörfer.

Die ujamaa-Dörfer

Verglichen mit ihrem Anspruch, eine sozialistische Gesellschaft in den länd-lichen Gebieten Tansanias zu errichten, wo 90% der Bevölkerung leben, ist die ujamaa-Politik fehlgeschlagen. Diese Politik wurde 1967 von Nyerere mit seiner berühmten Arusha-Deklaration eingeschlagen, nachdem eine Politik, die sich vornehmlich auf ausländische Investitionen zu stützen suchte, keine Erfolge zeigte. Nyereres Überzeugung war und ist, daß Traditionen der vorkapitalistischen afrikanischen Gesellschaft unmittelbar in eine moderne sozialistische Gesellschaft überführt werden können, und zwar namentlich die Traditionen der gegenseitigen Hilfe und Kooperation und die demokratische „Diskussion unter dem Baobab-Baum“, um wichtige Entscheidungen zu treffen, zu informieren oder zu kollektiven Aktionen zu mobilisieren. Aus einer Reihe von Gründen konnte dies nicht gelingen:

Spätestens mit der Einführung von Exportkulturen im Kolonialismus bildete sich auf dem Lande eine soziale Differenzierung zwischen armen und reichen Bauern aus. Die Zahl der Wanderarbeiter aus armen Regionen, die sich bei reichen, für den Export produzierenden Bauern verdingten, wurde Ende der 60er Jahre auf 500000 geschätzt.

Aber auch die anderen Bauern zogen es vor, ihre individuellen Felder zu bebauen. Kollektive Arbeit und Gemeinschaftsfeld wurden nur in wenigen Ausnahmen vorherrschende Produktionsweise. Dies wird verständlich, betrachtet man die Gründung der ujamaa-Dörfer.

1967 bis 70 zogen etwa 500000 der verstreut lebenden Bauern in ujamaa-Dörfer. In den wohlhabenderen Regionen gab es praktisch keine.

1970 bis 1973 wurde diese Politik durch Partei und Regierung verstärkt und dabei zunehmend Druck und Zwang auf die Bauern ausgeübt. Trotzdem waren 1973 erst zwei Mio. Bauern in ujamaa-Dörfer, d.h. ca. 15% der Bevölkerung.

1973 beschloß der Kongreß der TANU, der Regierungspartei, alle verstreut lebenden Bauern in Dörfern zusammenzulegen, gleichgültig ob mit oder ohne sozialistische Komponente wie Gemeinschaftsfeldern. Das Ganze nannte sich Operation Tansania, an deren Ende 1976 über neun Mio. Bauern, oft mit Zwang und ohne ausreichende Planung, in 8320 Dörfern angesiedelt worden waren.

„Alle Macht dem Volk“ ist eines der grundlegenden Prinzipien des ujamaa-Sozialismus. Alle Erwachsenen sollen die Dorfversammlungen besuchen, um am Entscheidungsprozeß teilzunehmen. Tatsächlich jedoch bestehen diese Strukturen nur auf dem Papier, und alle Macht ist bei den bezirklichen Entwicklungs- und Planungskomitees konzentriert. Um ein Beispiel aus unzähligen zu geben: Ein solches Komitee beschloß, die Baumwollkultur einzuführen. Die Bewohner des Dorfes Changalikwa waren einverstanden und bauten Baumwolle mit Mais gemischt an, um im Fall einer Mißernte wenigstens genug zu essen zu haben. Die Distriktverwaltung jedoch wollte eine reine Baumwollkultur, weil sie davon höhere Erträge erwartete und drohte den Bauern – sogar mit Gefängnis –, bis viele von ihnen aus der Gegend flohen

deren Ende 1976 über neun Mio. Bauern, oft mit Zwang und ohne ausreichende Planung, in 8320 Dörfern angesiedelt worden waren.

„Alle Macht dem Volk“ ist eines der grundlegenden Prinzipien des ujamaa-Sozialismus. Alle Erwachsenen sollen die Dorfversammlungen besuchen, um am Entscheidungsprozeß teilzunehmen. Tatsächlich jedoch bestehen diese Strukturen nur auf dem Papier, und alle Macht ist bei den bezirklichen Entwicklungs- und Planungskomitees konzentriert. Um ein Beispiel aus unzähligen zu geben: Ein solches Komitee beschloß, die Baumwollkultur einzuführen. Die Bewohner des Dorfes Changalikwa waren einverstanden und bauten Baumwolle mit Mais gemischt an, um im Fall einer Mißernte wenigstens genug zu essen zu haben. Die Distriktverwaltung jedoch wollte eine reine Baumwollkultur, weil sie davon höhere Erträge erwartete und drohte den Bauern – sogar mit Gefängnis –, bis viele von ihnen aus der Gegend flohen.

Ein weiterer wichtiger Grund für den Mißerfolg war sicher, daß der Staat nicht über die Mittel verfügte, in From von Krediten, Dienstleistungen und Maschinen die materiellen Anreize für eine gemeinschaftliche Produktion zu liefern, mit deren Hilfe die Bauern nach und nach von dem Vorteil der gemeinschaftlichen gegenüber der privaten Produktion hätten *überzeugt* werden können.

Der Klassencharakter des Staates

Uferlos wird unter linken Intellektuellen an der Universität Dar es Salam die die Frage debattiert, ob Tansania kapitalistisch oder sozialistisch sei und ob der Klassenkampf zwischen Staatsbourgeoisie und reichen Bauern („Kulaken“) und armen Bauern und Arbeitern das bestimmende Moment der tansanischen Gesellschaft sei, oder ob die eigentlich herrschende Klasse die ausländischen Imperialisten und die Staatsbourgeoisie nur deren Kompradoren seien. Nicht berücksichtigt wird dabei zumeist, daß die nationale Bourgeoisie im Widerspruch sowohl zu den Imperialisten als auch zu den Arbeitern und Bauern im eigenen Land steht.

Das eigentliche Problem besteht darin, eine Politik zu entwickeln, die das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern festigt, ihre politische Organisation fördert und der Nation – einschließlich der nationalen Bourgeoisie – Spielraum gegenüber den Imperialisten verschafft.

Insofern liegt Nyereres afrikanischer Sozialismus näher an den Erfordernissen einer antiimperialistischen nationalen Politik, obwohl er die Existenz von Klassen und Klassenkampf in Tansania ableugnet und als europäisch-kapitalistische Erscheinung abtut. In Tansania sind alle Klassen der modernen Gesellschaft jung, ökonomisch und politisch unausgebildet.

Die Bauern

Weniger als die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion ist für den Markt und weniger als ein Viertel des Getreides ist für den Verkauf bestimmt, was den überwiegenden Selbstversorgungscharakter der Landwirtschaft zeigt. Trotz der fortschreitenden sozialen Differenzierung ist der Gegensatz zwischen armen und reichen Bauern als Klassengegensatz kaum ausgebildet und erscheint eher in der Form des Unterschiedes zwischen landwirtschaftlich wohlhabenden und ärmeren Regionen.

Die Arbeiterklasse

sen einer antiimperialistischen nationalen Politik, obwohl er die Existenz von Klassen und Klassenkampf in Tansania ableugnet und als europäisch-kapitalistische Erscheinung abtut. In Tansania sind alle Klassen der modernen Gesellschaft jung, ökonomisch und politisch unausgebildet.

Die Bauern

Weniger als die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion ist für den Markt und weniger als ein Viertel des Getreides ist für den Verkauf bestimmt, was den überwiegenden Selbstversorgungscharakter der Landwirtschaft zeigt. Trotz der fortschreitenden sozialen Differenzierung ist der Gegensatz zwischen armen und reichen Bauern als Klassengegensatz kaum ausgebildet und erscheint eher in der Form des Unterschiedes zwischen landwirtschaftlich wohlhabenden und ärmeren Regionen.

Die Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse ist zahlenmäßig vergleichsweise gering und politisch und organisatorisch im Schlepptau der TANU. 1964 wurden die selbständigen Einzelgewerkschaften zugunsten einer staatlichen Einheitsgewerkschaft aufgelöst, deren Führung von der Regierung bestellt wird. Die Tätigkeit der Gewerkschaft ist durch die Tatsache, daß Streiks gegen staatliche oder halbstaatliche Betriebe als gegen das nationale Interesse gerichtet gelten, weitgehend eingeschränkt. Trotzdem wurden einige soziale Verbesserungen, vor allem ein Mindestlohn, für die Arbeiter durchgesetzt. Als im Februar 1967 die Arusha-Erklärung herausgegeben wurde, marschierten 100000 Arbeiter durch Dar es Salam, um ihre Unterstützung der TANU zu demonstrieren.

Die nationale Bourgeoisie

Die Klasse, die die antikoloniale Bewegung führte und bei der Unabhängigkeit Regierung und Staat übernahm, rekrutierte sich überwiegend aus dem städtischen Kleinbürgertum (Angestellte der Kolonialverwaltung und selbständige Berufe). Vermutlich ist es die Schwäche aller Klassen der Gesellschaft wie auch die Notwendigkeit, bestimmte Maßnahmen gegenüber den Imperialisten durchzusetzen, die die staatliche Bürokratie zu dem am schnellsten wachsenden Sektor der Gesellschaft werden ließen (1970 bis 1976 verdoppelt), und zugleich den vielschichtigen Charakter der staatlichen Maßnahmen ausmachten, wie z.B. des „leadership-code“, der es führenden Funktionären verbietet, andere Einkünfte als die ziemlich schmal bemessenen Funktionärsgehälter zu beziehen (Nyereres Monatsgehalt war 1980 ca. 2000 DM).

In dem Maße, wie die staatliche Bürokratie ihre Privilegien ausbaut und festigt, wächst auf der Seite der Arbeiterklasse und der armen Bauern die Notwendigkeit einer selbständigen Politik.

Die nächsten Maßnahmen der Regierung

Im Juni verabschiedete die Regierung ein Notprogramm, das kurzfristig vorsieht, die Produktion in allen Bereichen zu steigern, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, u.a. durch eine fühlbare Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise.

Außerdem wurde eine Planung bis zum Jahr 2000 ausgearbeitet, die auf der von den Vereinten Nationen organisierten Konferenz der ärmsten Entwicklungsländer dieser Tage in Paris

Funktionären verbietet, andere Einkünfte als die ziemlich schmal bemessenen Funktionärsgehälter zu beziehen (Nyereres Monatsgehalt war 1980 ca. 2000 DM).

In dem Maße, wie die staatliche Bürokratie ihre Privilegien ausbaut und festigt, wächst auf der Seite der Arbeiterklasse und der armen Bauern die Notwendigkeit einer selbständigen Politik.

Die nächsten Maßnahmen der Regierung

Im Juni verabschiedete die Regierung ein Notprogramm, das kurzfristig vorsieht, die Produktion in allen Bereichen zu steigern, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, u.a. durch eine fühlbare Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise.

Außerdem wurde eine Planung bis zum Jahr 2000 ausgearbeitet, die auf der von den Vereinten Nationen organisierten Konferenz der ärmsten Entwicklungsländer dieser Tage in Paris vorgelegt worden soll.

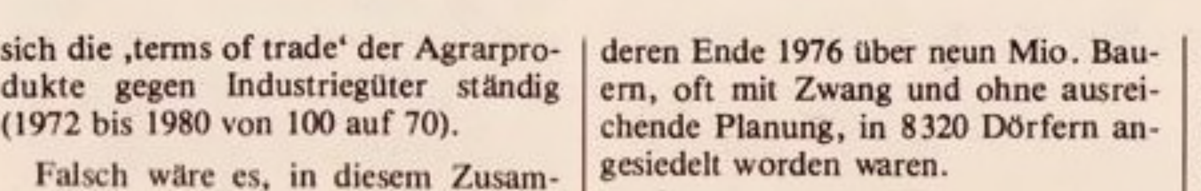
Die Investitionsplanung bis 1985 sieht folgende Verteilung der staatlichen Investitionen vor:
– Produktiver Sektor: 29% (davon Landwirtschaft 38% und Industrie 19%);
– Ökonomische Infrastruktur: 33% (davon 49% Transport und Verkehr und 12% Energie);
– Soziale Infrastruktur: 38% (davon 91% Erziehung).

Die Industrialisierung soll weitergeführt werden, jedoch soll dabei verstärkt nationale Rohstoffe genutzt werden, um die Abhängigkeit des Landes zu verringern. Der Anteil der Industrieproduktion ist von 1962 bis 1979 von 4 auf 9,3% gestiegen.

In der Landwirtschaft soll sowohl die Export- als auch die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt soll bis 2000 von 50% auf 41% fallen. Insgesamt soll ein jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 6% erreicht werden.

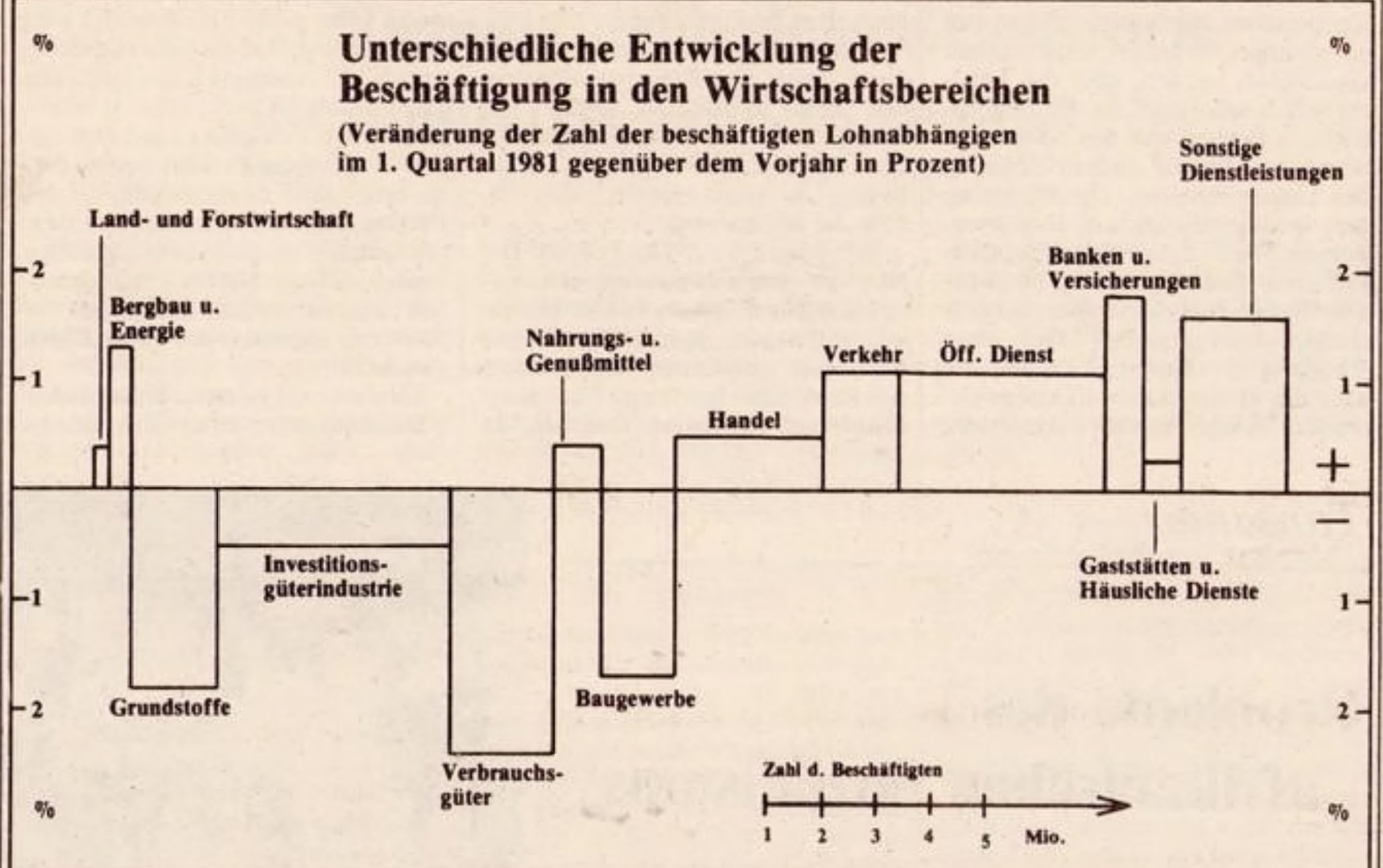
Ob es gelingen wird, diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen, wird von der Mobilisierung der tansanischen Massen abhängen, aber auch von den Gläubigern – denn ein wachsender Teil der Deviseneinnahmen wird zur Tilgung der Schulden benötigt.

In diesem Frühjahr wurden neben den Erzeugerpreisen auch die Löhne erhöht, der Mindestlohn überproportional. Zugleich leitete die Regierung eine Kampagne gegen die zunehmende Korruption ein, von der bereits eine Reihe hoher Funktionäre betroffen würde.



Sowjetische Aufträge an Finnland

coi.Stockholm. Finnland ist heute hinter der BRD der zweitgrößte westliche Handelspartner der SU, umgekehrt liegt der Handel mit der SU an der Spitze der Außenhandelsgeschäfte Finnlands. Das Handelsvolumen von 1981, dem ersten Jahr des 7. Handelsplanjahrfünfts zwischen den beiden Ländern, hat einen Umfang von 6,4 Mrd. DM. Allein im August hat die SU 22 Spezialschiffe für Öl- und Erdgassuche im Eismeer bei den größten Werftkonzernen Valmep und Wärpfelä im Wert von fast 1 Mrd. DM in Auftrag gegeben, und für weitere 1,25 Mrd. DM soll ein finnisches Baukonsortium mit dem Bau von Wohnungen und Anlagen für die Nahrungsmittelproduktion für 30000 bis 35000 Einwohner die zweite Phase beim Aufbau der Eisenerzstadt Kostamus auf der sowjetischen Seite Kareliens durchführen. Fünfzig Prozent des finnischen Exports besteht aus Produkten der Metallindustrie, vor allem Schiffe und Maschinen, veredelte Holzprodukte wie Papier und Karton machen 26% aus, die Bauprojekte stehen für ca. 10% und Konsumgüter wie Textilien, Schuhe und Nahrungsmittel inzwischen für 11%. Diese im internationalen Maßstab hoch qualitativen Produkte zahlt die SU zu 65% mit Energielieferungen. Mit ca. 7 Mio. t Rohöl deckt die SU zwei Drittel des finnischen Bedarfs. Sowjetische Industrieprodukte sind wenig gefragt, ihre Qualität ist oft schlecht. Jetzt übt die SU Druck aus, damit sich Finnland ein drittes sowjetisches KKW anschafft, nachdem die beiden in Lovisa nach großen Schwierigkeiten und langwierigen Verzögerungen in Betrieb gehen konnten. Der Handel erfolgt nach Weltmarktpreisen und unterliegt einem Clearing-System, was den jährlichen Ausgleich des Handels verlangt. Für 1979 mußte Finnland wegen der gestiegenen Ölrechnung nachträglich ein ,,Ausgleichsabkommen'' über die zusätzliche Lieferung von Waren für über 1 Mrd. DM abschließen. Nach Schätzungen einer schwedischen Wirtschaftszeitschrift liegt der an den Dollarkurs gekoppelte (!) sowjetische Ölpreis bei 35 Dollar per Faß. Für saudisches Öl zahlt Finnland dagegen nur 32 Dollar.



Ausgangspunkt der Wirtschaftskrise und der Entlassungen ist auch diesmal die Industrie, wobei die Investitionsgüterindustrie diesmal noch relativ gut weggekommen ist. Allerdings zeigen die Zahlen der Arbeitslosmeldungen, die bis Juni vorliegen, daß mittlerweile die Entlassungen beim Handel noch über dem Niveau der Industrie liegen. (Quelle: DIW Wochenbericht 29/81)

Die Woche im Rückblick

Um 6% sind die Preise für die Lebenshaltung im August gestiegen. In den Vormonaten betrug die Steigerungsrate nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 5,8 und 5,5%. Die Bundesregierung hatte in ihrem Jahreswirtschaftsbericht mit rund 4,5% im Jahresdurchschnitt gerechnet. – **Für den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar** und des Hochtemperaturreaktors in Schmehausen haben sich die Wirtschaftsminister der Bundesländer ausgesprochen. Zur Finanzierung würden sie auch höhere Preise der Energieversorgungsunternehmen genehmigen, erklärten die Minister nach einer Konferenz in München. – **Acht westdeutsche Banken,** deren Minderheitsbeteiligungen von der in Frankreich geplanten Bankenverstaatlichung betroffen sind, sind beim französischen Wirtschaftsminister und beim Präsidenten der EG-Kommission vorstellig geworden. Wie verlautet, verweisen sie auf die ,,Implikationen'', die die Verstaatlichung hat, und fordern mindestens eine ,,vernünftige Entschädigungsregelung''. Entschädigung zum Börsenkurs ist ihnen in jedem Fall zu wenig. – **Die Verfahren wegen überhöhter Mieten mach dem Wirtschaftsstrafgesetz** sind 1980 erstmals seit 1977 wieder gestiegen. Von den Verfahren waren 3872 Mietverhältnisse betroffen, ca. 70% hiervon waren mit ausländischen Arbeitern abgeschlossen. Lediglich 4,6% der Fälle wurden an die Staatsanwaltschaft abgegeben. – **Die Zahl der Arbeitslosen** hat im August 1,29 Millionen erreicht. Das sind 50% mehr als im August 1980. Seit Januar wurden 2,17 Mio. Zugänge an Arbeitslosen registriert. Nur 64% der Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld. – **Zaire, der weltgrößte Produzent von Industriediamanten** verzichtet endgültig darauf, seine Diamanten durch die Central Selling Organisation (CSO) abzusetzen. Zaire verkauft jetzt selbst, nachdem CSO bessere Verkaufskonditionen verweigert hatte. Die Gesellschaft wird von der südafrikanischen De Beers kontrolliert und hatte bisher einen Weltmarktanteil von rund 80%. – **Der westdeutsche Außenhandel** hat sich im Juli deutlich verbessert. Auch das Ergebnis für die ersten sieben Monate zusammengenommen liegt deutlich über dem Exportüberschuß von 1980. Allerdings blieb die negative Leistungsbilanz, in der Außenhandel, Dienstleistungsverkehr und Übertragungen zusammengefaßt sind, auf dem schlechten Stand des Vorjahres.

Ifo-Institut will §7b streichen

kvz. In einer Studie bedauert das Münchener Ifo-Institut, daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer Sparmaßnahmen auf die Beseitigung des §7b EStG verzichtet hat. Nach Meinung der Wissenschaftler sei der Paragraf ebenso kostspielig wie unsozial und unnütz. Runde vier Mrd. DM beträgt die jährliche Steuervergünstigung, die mittels dieses Paragrafen an Eigenheimbesitzer gewährt wird. Das Förderungsvolumen des gesamten sozialen Wohnungsbaus ist kaum höher. Verglichen mit den Haushaltsstrukturbeschlüssen würde die Befolgung des Ifo-Vorschlages sämtliche Streichungen bei der Arbeitslosenversicherung erübrigen. Die Bundesregierung hat allerdings die kritisierte Förderung noch deutlich erhöht. Auch Ifo bestätigt, daß damit nicht einmal mehr Häuser gebaut werden, sondern daß Mitnahmeeffekte überwiegen. Außerdem wiederholt das Institut die bekannte Kritik, daß die Begünstigung mit der Höhe des Einkommens steigt. Angesichts der Tatsache, daß Wohnungsmangel gerade in Ballungsgebieten herrsche und insbesondere Ausländerhaushalte, Familien mit Kindern und Rentner darunter zu leiden haben, gehe die Förderung durch die Steuervergünstigungen nach §7b völlig am Problem vorbei. Besser sei z.B. die Wiederbelebung der Grundstücksbereitstellung auf Erbpachtbasis durch die Gemeinden.

Briefporto künftig 80 Pfg.

kvz. Die Postgebühren werden auf allen Gebieten zum 1. Juli 1982 erhöht. Eine entsprechende Vorlage hat der Verwaltungsrat der Post gebilligt, nachdem Postminister Gscheidle gegenüber seiner ersten Planung einige Abstriche vorgenommen hat. Die Gebührenerhöhung soll 2 Mrd. DM pro Jahr an Mehreinnahmen erbringen, just den Betrag, den die Deutsche Bundespost aufgrund der Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1981 zusätzlich an die Bundeskasse abzuliefern hat. Der Standardbrief wird künftig 80 statt 60 Pfennig kosten, die Postkarte 60 statt 50, das Porto für ein Päckchen steigt von bisher 2,30 DM auf 3 DM. Im Postzeitungsdienst werden die Gebühren zum 1.1.82 um durchschnittlich 8,1% angehoben.

Gedanken zur Stahlerzeugung im Jahre 2000

Schwedischer Fachwissenschaftler entwickelt interessante Perspektiven / Von Bernd Schwingboth

Egal ob Schiffsblech für die Vulkan-Werft in Bremen oder Kabeldraht für Siemens in München, zwei Drittel des dazu nötigen Roheisens und -stahls werden an der Rheinschiene bei Duisburg produziert, was gigantische

emeritierter Direktor des Instituts für Eisenhüttenkunde in Stockholm, einen Vortrag mit dem Titel ,,Gedanken zur Stahlerzeugung im Jahre 2000'' gehalten, in dem er begründet darlegt, daß sich die Stahlindustrie insgesamt auf

hend gemeinsame Produktionsstufen durchlaufen. Stofflich hat das seine Ursache darin, daß heutzutage aller Stahl nach der Schmelze in Kokillen oder Strangguß vergossen wird und anschließend langsam erstarrt, wobei es

teil, den auch die heutigen Ministahlwerke schon nutzen, denn Schrott ist der wichtigste metallische Rohstoff; zweitens und vor allem entfällt bei dem Modell durch Anwendung thermodynamischer Verfahren die Warmumformung und wird das Endprodukt direkt ,,gegossen''. Dieses Modell deutet also vor allem die Möglichkeit an, den Teil der Eisen- und Stahlindustrie, der das Vormaterial für die Elektroindustrie und die Konsumgüterindustrie liefert,

gen Realität der westdeutschen Stahlindustrie ist es so, daß selbst keimhafte Ansätze fortschrittlicher Produktionsverfahren, wie z.B. die Weiterentwicklung der Direktreduktionsverfahren, durch die Eigentumsverhältnisse behindert werden, wenn z.B. die westdeutschen Stahlkonzerne mittels Dumping-Preisen und Niedrig-Quoten die ,,Außenseiter'' zu ruinieren trachten, denn ein Moment der gegenwärtigen Strukturkrise ist, daß nicht so sehr

produkte sind wenig gefragt, ihre Qualität ist oft schlecht. Jetzt übt die SU Druck aus, damit sich Finnland ein drittes sowjetisches KKW anschafft, nachdem die beiden in Lovisa nach großen Schwierigkeiten und langwierigen Verzögerungen in Betrieb gehen konnten. Der Handel erfolgt nach Weltmarktpreisen und unterliegt einem Clearing-System, was den jährlichen Ausgleich des Handels verlangt. Für 1979 mußte Finnland wegen der gestiegenen Ölrechnung nachträglich ein ,,Ausgleichsabkommen'' über die zusätzliche Lieferung von Waren für über 1 Mrd. DM abschließen. Nach Schätzungen einer schwedischen Wirtschaftszeitschrift liegt der an den Dollarkurs gekoppelte (!) sowjetische Ölpreis bei 35 Dollar per Faß. Für saudisches Öl zahlt Finnland dagegen nur 32 Dollar.

haltung im August gestiegen. In den Vormonaten betrug die Steigerungsrate nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 5,8 und 5,5%. Die Bundesregierung hatte in ihrem Jahreswirtschaftsbericht mit rund 4,5% im Jahresdurchschnitt gerechnet. – **Für den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar** und des Hochtemperaturreaktors in Schmehausen haben sich die Wirtschaftsminister der Bundesländer ausgesprochen. Zur Finanzierung würden sie auch höhere Preise der Energieversorgungsunternehmen genehmigen, erklärten die Minister nach einer Konferenz in München. – **Acht westdeutsche Banken,** deren Minderheitsbeteiligungen von der in Frankreich geplanten Bankenverstaatlichung betroffen sind, sind beim französischen Wirtschaftsminister und beim Präsidenten der EG-Kommission vorstellig gewor-

die ,,Implikationen'', die die Verstaatlichung hat, und fordern mindestens eine ,,vernünftige Entschädigungsregelung''. Entschädigung zum Börsenkurs ist ihnen in jedem Fall zu wenig. – **Die Verfahren wegen überhöhter Mieten mach dem Wirtschaftsstrafgesetz** sind 1980 erstmals seit 1977 wieder gestie-

Die Woche im Rückblick

gen. Von den Verfahren waren 3872 Mietverhältnisse betroffen, ca. 70% hiervon waren mit ausländischen Arbeitern abgeschlossen. Lediglich 4,6% der Fälle wurden an die Staatsanwaltschaft abgegeben. – **Die Zahl der Arbeitslosen** hat im August 1,29 Millionen erreicht. Das sind 50% mehr als im August 1980. Seit Januar wurden 2,17

striert. Nur 64% der Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld. – **Zaire, der weltgrößte Produzent von Industriediamanten** verzichtet endgültig darauf, seine Diamanten durch die Central Selling Organisation (CSO) abzusetzen. Zaire verkauft jetzt selbst, nachdem CSO bessere Verkaufskonditionen verweigert hatte. Die Gesellschaft wird von der südafrikanischen De Beers kontrolliert und hatte bisher einen Weltmarktanteil von rund 80%. – **Der westdeutsche Außenhandel** hat sich im Juli deutlich verbessert. Auch das Ergebnis für die ersten sieben Monate zusammengenommen liegt deutlich über dem Exportüberschuß von 1980. Allerdings blieb die negative Leistungsbilanz, in der Außenhandel, Dienstleistungsverkehr und Übertragungen zusammengefaßt sind, auf dem schlechten Stand des Vorjahres.

Briefporto künftig 80 Pfg.

kvz. Die Postgebühren werden auf allen Gebieten zum 1. Juli 1982 erhöht. Eine entsprechende Vorlage hat der Verwaltungsrat der Post gebilligt, nachdem Postminister Gscheidle gegenüber seiner ersten Planung einige Abstriche vorgenommen hat. Die Gebührenerhöhung soll 2 Mrd. DM pro Jahr an Mehreinnahmen erbringen, just den Betrag, den die Deutsche Bundespost aufgrund der Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1981 zusätzlich an die Bundeskasse abzuliefern hat. Der Standardbrief wird künftig 80 statt 60 Pfennig kosten, die Postkarte 60 statt 50, das Porto für ein Päckchen steigt von bisher 2,30 DM auf 3 DM. Im Postzeitungsdienst werden die Gebühren zum 1.1.82 um durchschnittlich 8,1% angehoben.

Gedanken zur Stahlerzeugung im Jahre 2000

Schwedischer Fachwissenschaftler entwickelt interessante Perspektiven / Von Bernd Schwingboth

Egal ob Schiffsblech für die Vulkan-Werft in Bremen oder Kabeldraht für Siemens in München, zwei Drittel des dazu nötigen Roheisens und -stahls werden an der Rheinschiene bei Duisburg produziert, was gigantische Transporterfordernisse für Rohstoffe und Stufen- bzw. Fertigerzeugnisse hervorruft.

Egal ob Waggonkarosserie, Regenrinne, Bierdose oder Regalleiste, sie gehören zu den rund 50% aller Walzstahlfertigerzeugnisse, deren Entstehungsgeschichte auf einer der sechs Warmbreitbandstraßen – wovon vier im Ruhrgebiet stehen – beginnt, und diese Walzstraßen kennzeichnet vor allem enormer Wasserverbrauch, weshalb z.B. das Sauerland zunehmend entsprechend seiner Funktion als Wasserkanister dieser Walzwerke strukturiert wird.

Egal ob Eisenbahnschiene oder Büroklammer, (zu)lange vom Hochofen, über Blasstahlwerk und Blockstraße werden sie gemeinsam produziert, wobei der Energieaufwand für das Walzen des Vormaterials von 50000 mm² auf 0,01 mm² entsprechend der heute verwendeten Technologie bei 2000 bis 4500 kWh/t liegt, weshalb das Ruhrgebiet eben auch ein Energiezentrum sein muß.

Der wesentliche sachliche Grund für diese weitgehende Konzentration der westdeutschen Stahlindustrie ist das Gesetz der Verringerung der Kosten bei Zunahme der Größe. Müssen sich deshalb Alternativen letztlich darin erschöpfen, daß Umweltschutzauflagen (Filter etc.) verlangt werden, die die Produkte verteuern, oder daß die Substitution des Werkstoffs Stahl durch in der Regel ebenfalls teurere Werkstoffe verlangt wird?

Auf dem diesjährigen Eisen- und Hüttentag hat Prof. Sven Eketorp, emeritierter Direktor des Instituts für Eisenhüttenkunde in Stockholm, einen Vortrag mit dem Titel ,,Gedanken zur Stahlerzeugung im Jahre 2000'' gehalten, in dem er begründet darlegt, daß sich die Stahlindustrie insgesamt auf einem niedrigen technischen Stand befindet, während es andererseits die wissenschaftlichen und technologischen Voraussetzungen bereits gibt, um bei leichteren Arbeitsbedingungen umweltfreundlicher und billiger zu produzieren.

Materialheft: Industrie und Gewerkschaft

enthält u.a.: Verschiedene gewerkschaftliche Dokumente zur Verkürzung der Arbeitszeit. Frankreich: Protokoll über die Einführung der 39-Stunden-Woche sowie eines 5wöchigen Urlaubs

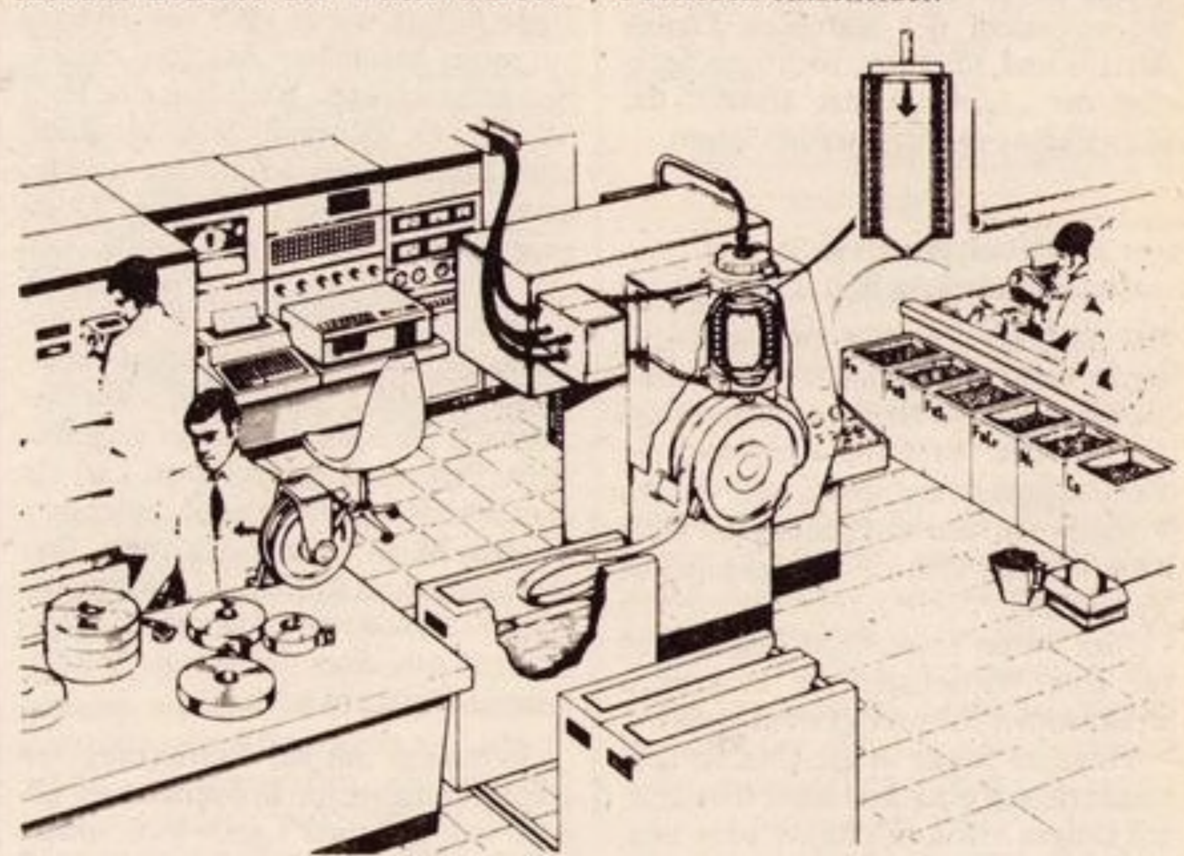
Preis 3,50 DM · zu beziehen über Buchvertrieb Hager · Frankfurt/M.

Er erörtert im einzelnen die wesentlichen Produktionsverfahren der Eisen- und Stahlindustrie – also die Eisenherstellung, die Stahlproduktion inklusive der Gieß- und Erstarrungsvorgänge, die Walzwerke und die Gesamtkonzeption von Stahlwerken – und kommt zu dem Ergebnis, daß dort jeweils sehr alte empirische Techniken verwandt und mögliche wirtschaftlichere Alternativen kaum systematisch erforscht, erprobt und angewandt werden.

An den eingangs in diesem Artikel zitierten Tatbeständen sollen die Möglichkeiten, wie Eketorp sie skizziert, exemplarisch erläutert werden. Auffällig ist ja, daß so unterschiedliche Endprodukte wie Regalleisten und Waggonkarosserien oder Eisenbahnschienen und Büroklammern sehr weitgehend gemeinsame Produktionsstufen durchlaufen. Stofflich hat das seine Ursache darin, daß heutzutage aller Stahl nach der Schmelze in Kokillen oder Strangguß vergossen wird und anschließend langsam erstarrt, wobei es zu starker Steigerung kommt, das heißt, das stoffliches Gefüge des so erstarrten Stahls ist ungleichmäßig und von schlechter Qualität bezüglich Zugfestigkeit etc., weshalb anschließend eine Warmumformung vor allem durch Walzen notwendig ist, um diese Gefüge zu beseitigen. Allerdings entstehen bei der Warmumformung auch wieder erhebliche Qualitätsunterschiede von Kern- und Randteilen z.B. des Walzgutes, so daß anschließend wiederum Glühbehandlungen usw. notwendig sind. Kurz gesagt, die *chemischen Prozesse sind unzureichend kontrolliert*, und zwar vor allem, weil die Reaktionszeiten zu lang und die Volumina zu groß sind. Dazu trägt Eketorp verschiedene technologisch-realisierbare Alternativen vor, deren gemeinsame Grundlage ist, daß Produktionsmethoden der chemischen Industrie – wozu die Eisen- und Stahlindustrie ja eigentlich gehört – angewandt werden, also ,,Reaktoren anstatt Öfen und schnellerstarrende Gefüge anstatt sich langsam in der Schmelze absetzende Metalldendriten''.

Das Bild 7 zeigt ein mögliches Ministahlwerk, wobei aus Schrott und Legierungen verschiedene Fertigbänder produziert werden können: Die Rohstoffe werden als Pulver eingesetzt und bei hohen Temperaturen in Reaktoren unmittelbar zu Bandstahl gleichmäßiger Qualität verschmolzen. Dieses Modell zeichnet sich vor allem durch zwei Vorteile aus: Schrott als Basis ist kostengünstig, denn er fällt beim Endverbraucher an, weshalb eine gewisse Dezentralisierung kostengünstiger ist, weil Antransport wegfällt – ein Vorteil, den auch die heutigen Ministahlwerke schon nutzen, denn Schrott ist der wichtigste metallische Rohstoff; zweitens und vor allem entfällt bei dem Modell durch Anwendung thermodynamischer Verfahren die Warmumformung und wird das Endprodukt direkt ,,gegossen''. Dieses Modell deutet also vor allem die Möglichkeit an, den Teil der Eisen- und Stahlindustrie, der das Vormaterial für die Elektroindustrie und die Konsumgüterindustrie liefert, zu dezentralisieren, was heißt, die Produktionsstätten näher an die entsprechenden Betriebe der Weiterverarbeitung heranzubringen, wie andererseits Vormaterial zu liefern, dessen Form näher der des Endprodukts ist, um arbeits- und energieaufwendige Produktionszwischenstufen zu sparen.

Der Vortrag des Prof. Eketorp ist in jeder Hinsicht fortschrittlich und anregend, denn er liefert den Nachweis, daß es realistische Alternativen zur gegenwärtigen Organisierung der Eisen- und Stahlproduktion gibt, die gerade darauf fußen, daß Wissenschaft und Technologie bewußt angewandt und weiterentwickelt werden. In der heutigen Realität der westdeutschen Stahlindustrie ist es so, daß selbst keimhafte Ansätze fortschrittlicher Produktionsverfahren, wie z.B. die Weiterentwicklung der Direktreduktionsverfahren, durch die Eigentumsverhältnisse behindert werden, wenn z.B. die westdeutschen Stahlkonzerne mittels Dumping-Preisen und Niedrig-Quoten die ,,Außenseiter'' zu ruinieren trachten, denn ein Moment der gegenwärtigen Strukturkrise ist, daß nicht so sehr die Modernität der Produktionsverfahren, sondern die Kapitalgröße über das Überleben entscheidet.



Ein Ministahlwerk zur unmittelbaren Herstellung von Band aus der Schmelze

Abschließend sei angemerkt, daß Eketorp in seinen Modellen auch stark die Notwendigkeit und Möglichkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen hervorhebt, und zwar speziell in Richtung Beseitigung schwerer körperlicher und einseitiger Arbeit, womit die Perspektive der Überwindung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit angerissen wird.

* Sven Eketorp, Gedanken zur Stahlerzeugung im Jahre 2000, im Heft 13–14/81 der Zeitschrift ,,Stahl und Eisen''.

Was die Bundesregierung beschlossen hat

Vielfältige Maßnahmen mit eindeutiger Richtung

„Wo es um echte Eingriffe in Leistungsgesetze geht, kann das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit nur schwer eingehalten werden. Die Umverteilungstägigkeit des Staates, auf die ein gewaltiger Teil der Staatsausgaben entfällt, begünstigt vorwiegend die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Einsparungen in diesem Bereich treffen notgedrungen diese Bevölkerungsgruppen am meisten.“ So hatte der Sachverständigenrat in tiefsinniger Logik formuliert. Und die Bundesregierung hat diese Logik getreulich zur Grundlage ihrer Politik gemacht.

Kommentierte Dokumentation von Friedemann Bleicher

Wahrscheinlich nicht einmal zur Sektsteuererhöhung wird die besitzende Klasse mehr beizutragen haben als ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Denn erstens kaufen diese Leute sowieso billiger ein, und zweitens können sie einen Teil ihrer Mahlzeiten nach wie vor als Bewirtungsspesen von der Steuer absetzen.

Für die Kapitalisten und reiche Leute wurden sogar trotz Finanzkrise noch reichlich Steuervergünstigungen geschaffen, so daß ziemlich genau aufgewogen wird, was sich an Streichung von Subventionen gar nicht vermeiden ließ. Zu bluten haben so ausschließlich jene, die hart arbeiten müssen für ihr täglich Brot. Dies zeigt die Betrachtung der wichtigsten Maßnahmen.

An STEUERERHÖHUNGEN ist jetzt folgendes geplant:

– Die Tabaksteuer soll ab 1. Juni 1982 für Zigaretten um durchschnittlich rd. 2,7 Pfennig je Stück und für Feinschnitt um durchschnittlich rd. 1,80 DM je 50 Gramm angehoben werden. Damit soll ein Ausweichen auf selbstgedrehte Zigaretten verhindert werden. Bei den Zigaretten wird die Automatenschachtel damit 4 Mark kosten.

– Die Schaumweinsteuer soll zum 1. April 1982 um 33⅓% erhöht werden, und zwar a) für Schaumwein um 50 Pfg. je ganze Flasche (Inhalt 0,75 Liter) bzw. um 66 Pfg. je Liter, b) für schaumweinähnliche Getränke um 10 Pfg. je Flasche bzw. um 13 Pfg./l.

– Die Steuer für Alkohol zu Trinkzwecken soll zum 1. April 1982 um 300 DM je hl Alkohol erhöht werden. Dies bedeutet z.B. bei einer 0,7-Liter-Flasche 32%igen Korn eine höhere Steuerbelastung von 76 Pfg. Erst zu Jahresbeginn war eine Steuererhöhung desselben Ausmaßes in Kraft getreten, zum Ausgleich für den Haushalt 1981.

Das KINDERGELD wird für das zweite Kind von 120 auf 100 DM und für das dritte Kind von 240 auf 220 DM gesenkt. Unverändert bleiben die Sätze für das erste Kind (50 DM) und vom vierten Kind an (240 DM).

Beim BUNDESAUSBILDUNGSFÖRDERUNGSGESETZ wird der mittelbare Bundeszuschuß für die studentische Krankenversicherung gestrichen. Für Schüler in den Klassen 10 der beruflichen Grundbildung läuft die Förderung zum 31. Juli 1983 aus. Die nächste Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge soll nicht vor 1983 stattfinden.

Die SPARFÖRDERUNG, die ebenfalls bereits zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts 1981 gekürzt worden war, wird weiter herabgesetzt.

Das WOHNGELD wird um 7,5% gesenkt. Offenbar soll dies vornehmlich durch Senkung pauschaler Freibeträge bei der Einkommensermittlung geschehen.

Dagegen wurden die Steuervergünstigungen für INVESTITIONEN IM BAUBEREICH erheblich verbessert. Einmal wird die degressive Abschrei-

zwecken soll zum 1. April 1982 um 300 DM je hl Alkohol erhöht werden. Dies bedeutet z.B. bei einer 0,7-Liter-Flasche 32%igen Korn eine höhere Steuerbelastung von 76 Pfg. Erst zu Jahresbeginn war eine Steuererhöhung desselben Ausmaßes in Kraft getreten, zum Ausgleich für den Haushalt 1981.

Das KINDERGELD wird für das zweite Kind von 120 auf 100 DM und für das dritte Kind von 240 auf 220 DM gesenkt. Unverändert bleiben die Sätze für das erste Kind (50 DM) und vom vierten Kind an (240 DM).

Beim BUNDESAUSBILDUNGSFÖRDERUNGSGESETZ wird der mittelbare Bundeszuschuß für die studentische Krankenversicherung gestrichen. Für Schüler in den Klassen 10 der beruflichen Grundbildung läuft die Förderung zum 31. Juli 1983 aus. Die nächste Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge soll nicht vor 1983 stattfinden.

Die SPARFÖRDERUNG, die ebenfalls bereits zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts 1981 gekürzt worden war, wird weiter herabgesetzt.

Das WOHNGELD wird um 7,5% gesenkt. Offenbar soll dies vornehmlich durch Senkung pauschaler Freibeträge bei der Einkommensermittlung geschehen.

Dagegen wurden die Steuervergünstigungen für INVESTITIONEN IM BAUBEREICH erheblich verbessert. Einmal wird die degressive Abschrei-
bung für alle Gebäude (Wohn- und Betriebsgebäude) nach §7 Abs. 5 Einkommensteuergesetz von 3,5 auf 5% in den ersten acht Jahren angehoben. Dies liegt ganz auf der Linie des Gesetzentwurfes der CDU/CSU zum Wohnungsbau (dort sind nur statt acht zwölf Jahre vorgesehen) und entspricht vollständig der früheren Forderung der FDP-Fraktion, deren Niederschlag in den Gesetzentwürfen der Bundesregierung zum Wohnungsbau die SPD im Frühjahr noch hatte verhindern können. Mittlerweile wird die Erhöhung der Abschreibungssätze sogar nicht nur für Wohn-, sondern auch für Betriebsgebäude vorgesehen.

Degressive Abschreibung bedeutet, daß in den ersten Jahren der Gebäude- (oder Maschinen-)Nutzung ein höherer Abschreibungssatz zur Anwendung kommt als in späteren Jahren. Je höher die Abschreibungssätze, um so rascher wird die Investition abgeschrieben und um so mehr mindert sich die zu zahlende Steuer. Einen dauerhaften Vorteil haben jene Kapitalisten, die die Steuerersparnis sofort wieder investieren und so erneut steuermindernde Abschreibungen geltend machen können. Akkumulation von Kapital wird so besonders belohnt, hier mit durchschnittlich 1500 DM im Jahr.

Ähnlich wie diese erste Maßnahme wirkt auch die zweite: Die Abschreibungshöchstbeträge nach §7b EStG werden um 50000 DM auf 200000 DM bei Einfamilienhäusern bzw. 250000 DM bei Zweifamilienhäusern erhöht. Zusätzlich wird eine Kinderkomponente eingeführt, die sich mit der Kinderzahl erhöht.

Auch hierbei geht es um die Ausdehnung der bereits bestehenden Steuervergünstigungen für jene, die sich ein Eigenheim für 200000 DM leisten können. Vor allem aber steigen diese Steuervergünstigungen mit der Höhe des Einkommens. Lediglich die „Kinderkomponente“ soll unabhängig vom Steuersatz zusätzlich 600 DM pro Kind bringen.

Alle Maßnahmen gelten ab 30.7.81 rückwirkend.

INVESTITIONSFÖRDERUNG: Nicht nur im Baubereich wird die steuerliche Förderung von Investitionen ausgeweitet. Auch für bewegliche Wirtschaftsgüter – also alles, was nicht zum Gebäude zählt – wird die degressive Abschreibung erhöht. Und zwar vom 2,5fachen auf das 3fache des linearen Satzes. Die Wirkung entspricht der bei den Gebäuden.

Erweitert werden auch die Möglichkeiten des Verlustrücktrages, wodurch ebenfalls die Unternehmenssteuern gemindert werden.

Im Stahlbereich wird in den kommenden Jahren eine Investitionszulage von 10% gewährt.

Andererseits werden auch einige Steuersubventionen für die Kapitalisten gestrichen. Sie wiegen aber die zusätzlichen Vergünstigungen nicht auf. Der Vorteil aus den Pensionsrückstellungen wird zwar etwas gemildert, im Kern aber bleibt diese billige Finanzierungsquelle erhalten. Und auch die 20%ige Reduzierung beim Flick-Paragrafen 6b ist reiner Hohn gegenüber dem fortbestehenden Privileg.

Als mühsam abgerungene Zugabe Genschers wird gepriesen, daß auf Firmenkosten gekaufte Personenwagen künftig vom Vorsteuerabzug im Rah-

bringen.

Alle Maßnahmen gelten ab 30.7.81 rückwirkend.

INVESTITIONSFÖRDERUNG: Nicht nur im Baubereich wird die steuerliche Förderung von Investitionen ausgeweitet. Auch für bewegliche Wirtschaftsgüter – also alles, was nicht zum Gebäude zählt – wird die degressive Abschreibung erhöht. Und zwar vom 2,5fachen auf das 3fache des linearen Satzes. Die Wirkung entspricht der bei den Gebäuden.

Erweitert werden auch die Möglichkeiten des Verlustrücktrages, wodurch ebenfalls die Unternehmenssteuern gemindert werden.

Im Stahlbereich wird in den kommenden Jahren eine Investitionszulage von 10% gewährt.

Andererseits werden auch einige Steuersubventionen für die Kapitalisten gestrichen. Sie wiegen aber die zusätzlichen Vergünstigungen nicht auf. Der Vorteil aus den Pensionsrückstellungen wird zwar etwas gemildert, im Kern aber bleibt diese billige Finanzierungsquelle erhalten. Und auch die 20%ige Reduzierung beim Flick-Paragrafen 6b ist reiner Hohn gegenüber dem fortbestehenden Privileg.

Als mühsam abgerungene Zugabe Genschers wird gepriesen, daß auf Firmenkosten gekaufte Personenwagen künftig vom Vorsteuerabzug im Rah-
men der Mehrwertsteuer ausgenommen werden sollen. Damit wird der Zustand beseitigt, daß jeder normale Lohnabhängige beim Kauf seines Autos die Mehrwertsteuer zu zahlen hat, Selbständige und Kapitalisten sich aber die Mehrwertsteuer vom Finanzamt erstatten lassen können. Faktisch hatten Lohnabhängige bislang 13% mehr für ihr Auto zu zahlen. Man sehe sich die eingesparte Summe an und erkenne, was an ähnlichen Sparmöglichkeiten noch vorhanden sein muß. So ist beispielsweise die Streichung der Steuerbefreiung von Bewirtungskosten wieder vom Tisch.

Eine Reihe weiterer STEUERÄNDERUNGEN bringen zum Teil erhebliche Mehrbelastungen mit sich. Insbesondere fällt die Streichung des Haushaltsfreibetrags, den Alleinstehende über 49 Jahre im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuer beanspruchen konnten, ins Gewicht. Die monatliche Mehrbelastung beträgt mindestens 16 Mark. Beim Ausbildungsfreibetrag werden künftig eigene Einkünfte des Kindes voll angerechnet.

Wenig ließe sich gegen die Einbeziehung des Arbeitslosengeldes in den Lohnsteuerjahresausgleich sagen, wenn nicht die Kleinlichkeit dieser Maßnahme so sehr ins Auge stechen würde. Allein die Tatsache, daß die Lohnsteuer sofort bei der Lohnzahlung abgezogen wird und Überzahlungen erst im folgenden Jahr erstattet werden, dagegen die Einkommensteuer zum Teil erst nach Jahren überhaupt gezahlt werden muß, wiegt wesentlich schwerer.

Für Leistungen der freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte usw.) wird der volle statt des halben Mehrwertsteuersatzes verlangt.

Für die LANDWIRTSCHAFT werden die Zuschüsse zur Altershilfe und zur Unfallversicherung gekürzt. Dagegen wird die Vorsteuerpauschale um 0,5 auf 7,5% angehoben. Dies wäre bereits bei der letzten Mehrwertsteuererhöhung um 1% notwendig gewesen.

Die RENTENANSPRÜCHE der Zivil- und Wehrdienstleistenden werden um 25% beschnitten.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG: Hier finden sich die größten Brocken der Streichungen, hier zeigt sich die „Wende“ am deutlichsten.

Zunächst werden die Beiträge manipuliert. Ab 1982 sollen für die Arbeitslosenversicherung 3,5% vom Bruttolohn (bisher 3% Arbeitnehmer- plus Arbeitgeberanteil) gezahlt werden. Der eben erhöhte Satz bei der Rentenversicherung sinkt wieder auf 18%. Womit die undurchsichtigen Finanzschiebereien zwischen den Versicherungszweigen fortgesetzt werden. Durch Rechtsverordnung kann die Bundesregierung den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 4% erhöhen. Im Ergebnis spart der Bundeshaushalt auf Kosten der Rentenversicherung.

Gesetzliche Änderungen zur Streichung von Leistungen sollen für 1982 insgesamt 3,3 Mrd. Mark umfassen. Zwar blieb die Höhe des Arbeitslosengeldes in Höhe von 68% des Nettolohnes bestehen, aber der Bezug der Unterstützung wird in einer ganzen Serie von Fällen vorenthalten. Der Versicherungsschutz wird dadurch erheblich angegriffen, während die Unternehmen die Versicherung weiterhin unge-

Finanzielle Auswirkungen der wichtigsten Haushaltsbeschlüsse
(in Mio. DM)

Maßnahmen	1982 Gesamt	1982 Bund	1983 Gesamt	1983 Bund	1982–1985 Gesamt	1982–1985 Bund
1. Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsförderung	**7004**	**7004**	**7759**	**7759**	**23351**	**23351**
darunter:						
– Einschränkung der AFG-Leistungen	3268	3268	3693	3693	14387	14387
– Verlagerung der Beiträge von der Renten- auf die Arbeitslosenversicherung	3000	3000	3400	3400	6400	6400
– Verlagerung v. Leistungen der Bundesanstalt	630	630	580	2200	2200	
2. Maßnahmen in der Krankenversicherung	**84**	**84**	**84**	**84**	**334**	**334**
3. Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung	**80**	**80**	**80**	**80**	**320**	**320**
4. Gesetz zur Investitionstätigkeit im Baubereich	**–184**	**–75**	**–525**	**–218**	**–2778**	**–886**
darunter:						
– Erhöhung d. degressiven Abschreibung für alle Gebäude	–125	–50	–345	–140	–2900	–1177
– Anhebung der Abschrei-bungsgrenzen nach §7b EStG	–120	–51	–300	–128	–1620	–690

Die RENTENANSPRÜCHE der Zivil- und Wehrdienstleistenden werden um 25% beschnitten.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG: Hier finden sich die größten Brocken der Streichungen, hier zeigt sich die „Wende“ am deutlichsten.

Zunächst werden die Beiträge manipuliert. Ab 1982 sollen für die Arbeitslosenversicherung 3,5% vom Bruttolohn (bisher 3% Arbeitnehmer- plus

Gesetzliche Änderungen zur Streichung von Leistungen sollen für 1982 insgesamt 3,3 Mrd. Mark umfassen. Zwar blieb die Höhe des Arbeitslosengeldes in Höhe von 68% des Nettolohnes bestehen, aber der Bezug der Unterstützung wird in einer ganzen Serie von Fällen vorenthalten. Der Versicherungsschutz wird dadurch erheblich angegriffen, während die Unternehmen die Versicherung weiterhin unge-

straft belasten können, zahlen sie doch nur die Hälfte des Beitrags. So werden die Sperrzeiten bei Arbeitsaufgabe und Nichtannahme eines zumutbaren Beschäftigungsangebots von 4 auf 8 Wochen verdoppelt, während Kapitalisten Kündigungen aussprechen können, ohne daß daraus für sie finanzielle Folgen eintreten. Die Bundesanstalt für Arbeit wird beauftragt, bis zum 31. März 1982 eine neue, „an den erschwerten Arbeitsmarktbedingungen orientierte“ Anordnung über die Zumutbarkeit von Beschäftigungsangeboten zu erlassen. Spurt die „Selbstverwaltung“ nicht, so verpflichtet sich die Bundesregierung zur Handlung durch Rechtsverordnung. All dies läuft unter dem Titel „Bekämpfung des Mißbrauchs“.

Die Anwartschaft für den Bezug von Arbeitslosengeld wird auf 12 Monate verlängert. Das heißt, Anspruch hat nur, wer innerhalb der letzten drei Jahre mindestens 12 Monate Beiträge entrichtet hat. Arbeitslosenhilfe wird künftig nur noch an Arbeitslose gewährt, die vorher Arbeitslosengeld bezogen haben. Arbeitslose Schul- und Hochschulabgänger sind damit auf Sozialhilfe verwiesen.

Maßnahmen der beruflichen Bildung und der beruflichen Rehabilitation werden nur noch gefördert, wenn sie „sparsam und wirtschaftlich“ sind. Die Höhe des Unterhaltsgeldes und des Übergangsgeldes wird gesenkt. Bei beruflichen Bildungsmaßnahmen beläuft es sich auf 68%. Bei beruflichen Aufstiegsmaßnahmen (z.B. Meisterkursen) werden 58% als Darlehen gewährt. Behinderte erhalten noch 75% des früheren Nettolohnes.

Die öffentliche Hand wird als Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht mehr gefördert. Ausgenommen sind Gebiete mit einer Arbeitslosigkeit von 30% über dem Bundesdurchschnitt und Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur.

Auswirkung auf die gesamte Sozialversicherung hat die Streichung der Versicherungsfreigrenze von derzeit 390 DM. Für Auszubildende und Schwerbehinderte mit einem Einkommen bis zu 440 DM trägt der Arbeitgeber die Beiträge nach wie vor allein.

Geringfügig eingeschränkt wird der Mißbrauch der Betriebe mit dem Kurzarbeitergeld. Es wird nur gezahlt, wenn bei Berücksichtigung der Ausfallstunden als auch der Überstunden die normale Arbeitszeit um mehr als 3% unterschritten wird.

Betriebe, die ältere Arbeitnehmer mit mehr als zehnjähriger Betriebszugehörigkeit freisetzen, werden verpflichtet, der Versicherung das für die Zeit nach Vollendung des 59. Lebensjahres gezahlte Arbeitslosengeld für längstens ein Jahr zu erstatten. Eine Befreiung bei schlechter wirtschaftlicher Lage ist möglich.

LEIHARBEIT soll in der Bauwirtschaft generell verboten werden.

werden 58% als Darlehen gewährt. Behinderte erhalten noch 75% des früheren Nettolohnes.

Die öffentliche Hand wird als Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht mehr gefördert. Ausgenommen sind Gebiete mit einer Arbeitslosigkeit von 30% über dem Bundesdurchschnitt und Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur.

Auswirkung auf die gesamte Sozialversicherung hat die Streichung der Versicherungsfreigrenze von derzeit 390 DM. Für Auszubildende und Schwerbehinderte mit einem Einkommen bis zu 440 DM trägt der Arbeitgeber die Beiträge nach wie vor allein.

Geringfügig eingeschränkt wird der Mißbrauch der Betriebe mit dem Kurzarbeitergeld. Es wird nur gezahlt, wenn bei Berücksichtigung der Ausfallstunden als auch der Überstunden die normale Arbeitszeit um mehr als 3% unterschritten wird.

Betriebe, die ältere Arbeitnehmer mit mehr als zehnjähriger Betriebszugehörigkeit freisetzen, werden verpflichtet, der Versicherung das für die Zeit nach Vollendung des 59. Lebensjahres gezahlte Arbeitslosengeld für längstens ein Jahr zu erstatten. Eine Befreiung bei schlechter wirtschaftlicher Lage ist möglich.

LEIHARBEIT soll in der Bauwirtschaft generell verboten werden.

Im gleichen Atemzug mit diesen notwendigen Maßnahmen werden die Strafvorschriften für Schwarzarbeit verschärft.

KOSTENDÄMPFUNG IN DER KRANKENVERSICHERUNG: Auch hier sorgt eine Reihe gehässiger Maßnahmen für Einschränkung des Lebensstandards. Dazu bloß als Beispiel die neue Rezeptgebühr. Bisher 1 Mark je verordnetes Medikament soll sie künftig 20% – höchstens 4 DM je Rezept – betragen. Dabei dürfen nicht mehr als drei Mittel je Rezept verordnet werden.

Im ÖFFENTLICHEN DIENST werden per Zweites Haushaltsstrukturgesetz die Beamtenbezüge um 1% des Anfangsgrundgehaltes bzw. des Festgehalts und des Ortszuschlags (Stufe 1) gesenkt. Dies wirkt sich unmittelbar auch auf die Angestelltentarife aus, für die Arbeiter will die Bundesregierung die Lohnsenkung per Tarifvertrag durchsetzen. Dies wäre dann Vorbild für die gesamte Wirtschaft.

Zu diesen gesetzlichen Maßnahmen kommen Haushaltskürzungen. So soll die kommende Anpassung der Beamtenbezüge erst 3 Monate nach der Anpassung im Tarifbereich erfolgen. Die Stellen beim Bund sollen erneut um 1% vermindert werden (ohne Soldaten; ausgenommen bleibt das Bundeskriminalamt). Auch die Zuwendungsempfänger sind davon wieder betroffen. Zusammen handelt es sich um rund 6000 Stellen.

Dies alles wird nun im Bundestag einzubringen sein. Bei mehreren der gesetzlichen Maßnahmen ist die Zustimmung des Bundesrats notwendig.

Finanzielle Auswirkungen der wichtigsten Haushaltsbeschlüsse
(in Mio. DM)

Maßnahmen	1982 Gesamt	1982 Bund	1983 Gesamt	1983 Bund	1982–1985 Gesamt	1982–1985 Bund
1. Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsförderung	**7004**	**7004**	**7759**	**7759**	**23351**	**23351**
darunter:						
– Einschränkung der AFG-Leistungen	3268	3268	3693	3693	14387	14387
– Verlagerung der Beiträge von der Renten- auf die Arbeitslosenversicherung	3000	3000	3400	3400	6400	6400
– Verlagerung v. Leistungen der Bundesanstalt	630	630	580	2200	2200	
2. Maßnahmen in der Krankenversicherung	**84**	**84**	**84**	**84**	**334**	**334**
3. Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung	**80**	**80**	**80**	**80**	**320**	**320**
4. Gesetz zur Investitionstätigkeit im Baubereich	**–184**	**–75**	**–525**	**–218**	**–2778**	**–886**
darunter:						
– Erhöhung d. degressiven Abschreibung für alle Gebäude	–125	–50	–345	–140	–2900	–1177
– Anhebung der Abschreibungsgrenzen nach §7b EStG	–120	–51	–300	–128	–1620	–690
– Einführung einer Kinderkomponente bei §7b EStG	–10	–4	–105	–45	–640	–273
5. Erhöhung der Verbrauchssteuern	**2001**	**1985**	**3007**	**2990**	**12017**	**11950**
darunter:						
– Tabaksteuer	1400	1400	2200	2200	8800	8800
– Branntweinsteuer	350	350	450	450	1850	1850
– Schaumweinsteuer	100	100	170	170	655	655
6. Zweites Haushaltsstrukturges.	**6004**	**3935**	**6499**	**4293**	**25278**	**16922**
darunter:						
– Öffentlicher Dienst	1373	269	1520	297	6370	1250
– Kindergeldkürzung	1700	1700	1820	1820	7160	7160
– Senkung der Rentenversicherungsbeiträge für Wehrdienstleistende	363	363	378	378	1592	1592
– Herabsetzung der Bundeszuschüsse zur Altershilfe für Landwirte	210	210	220	220	900	900
– Wohngeldkürzung	82	41	166	83	552	276
– Absenkung der Pensionsrückstellungen	–	–	–	–	3000	1200
– Ausschluß des Vorsteuerabzugs bei Betriebs-PKWs	850	561	1050	693	4150	2739
– Kürzung der Arbeitnehmersparzulage	810	344	900	383	3510	1493
– Beseitigung des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende über 49 Jahre	400	170	515	220	1945	830
– Erhöhung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter	–550	–207	–1280	–504	–9730	–3783
– Verlustrücktrag	–	–	–100	–47	–300	–141
– Investitionszulagen b. Stahl	–60	–30	–195	–95	–825	–405
1.–6. Gesetzliche Änderungen Insgesamt	**14989**	**13013**	**16904**	**14988**	**58522**	**51991**
7. Kürzungen im Haushaltsverfahren	**4044**	**2926**	**6065**	**4919**	**30594**	**25851**
darunter:						
– Einsparung im öff. Dienst	961	343	1017	375	4116	1493
– Kokskohlenbeihilfe	1550	1050	1400	950	5150	3500
– Stahlhilfe (ohne Steuerverg.)	–290	–290	–210	–210	–880	–880

(Negatives Vorzeichen bedeutet Mindereinnahmen oder Mehrausgaben im Haushalt. Zusammengestellt nach Angaben der Bundesregierung; weitere Angaben über die Größenordnung einzelnen Maßnahmen enthält das Materialheft Wirtschaft und Politik Nr. 8/81)



Kassel. Am 4. September legten 300 Arbeiter der Verkehrsgesellschaft (KVG) für eine halbe Stunde die Arbeit nieder aus Protest gegen die Sparpläne der Bundesregierung. ,,Niemals werden wir einer Lohnpause für Angestellte und Arbeiter zustimmen"", sagte der stellvertretende Landesvorsitzende der ÖTV Hessen auf der Kundgebung. Man sei auch nicht bereit zu warten, daß die Sparmaßnahmen in der Tarifrunde 1982 getragen werden. ,,Widerstand muß jetzt, hier und heute geleistet werden". Sollten die Sparmaßnahmen in Kassel zu Härten führen, werde man Gelegenheit finden, im ganzen Stadtgebiet Protestaktionen zu starten.

Streik an der Hamburger Fremdsprachenschule mit Tarifabschluß beendet

ebn.Hamburg. Die Hamburger Fremdsprachenschule (HFS) ist eine der ältesten privaten Sprachschulen Deutschlands. Sie gehört mit 23 Schulen in anderen Städten zum EURO-Sprachenschulsystem. Ein großer Teil der Lehrer wird im Ausland mit großartigen Versprechungen angeworben. Dabei werden allerdings Einzelheiten des Arbeitsvertrages, aber auch die Höhe der Abzüge für Steuern und Sozialversicherung und auch z.B. die Höhe der Mieten in Hamburg verschwiegen.

Ein anderer Teil der Lehrer rekrutiert sich aus Ausländern, die bereits hier in der BRD leben.

Die Lehrer mußten in der Regel für einen Brutto-Stundenlohn von 13,50 DM 34 Unterrichtsstunden von 50 bzw. 45 Minuten in der Woche ableisten. Einen Aufschlag von 1,50 DM gab es bei Kursen von mehr als acht Teilnehmern. In der Regel lagen wöchentlich etwa neun Freistunden zwischen einzelnen Unterrichtsstunden, die jedoch nicht bezahlt werden. Mindestens vier Unterrichtsstunden pro Woche mußten sowieso abends erteilt werden. Dafür gab es dann 17 DM pro Stunde, ohne daß jedoch die vierstündige Pause am Nachmittag irgendwie vergütet wurde. So kam ein großer Teil der Lehrer nur auf das garantierte Mindestgehalt von 1600 DM (brutto!) monatlich. Eine Gehaltserhöhung hat es seit drei Jahren nicht mehr gegeben.

Vor etwa einem Jahr hat sich nun an dieser Schule eine Betriebsgruppe der GEW gebildet, der mittlerweile 28 von 34 dort Beschäftigten angehören. Seit etwa acht Monaten drängte die GEW den Schulkapitalisten auf die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Verschiedene Aktivitäten des Kollegiums, z.B. ganztägige Betriebsversammlungen, verliehen dieser Forderung Nachdruck. Der Schulkapitalist machte dann einige geringfügige Zugeständnisse, z.B. eine Lohnerhöhung von 5%, wollte aber auf keinen Fall einen Tarifvertrag abschließen. So genehmigte der Hauptvorstand der GEW schließlich die beantragte Urabstimmung über einen unbefristeten Streik . Von den 28 GEW-Mitgliedern stimmten 27 für den Streik.

Der Schulkapitalist machte verschiedene Versuche, den Streik zu brechen. So ließ er Streikbrecher von ihm gehörenden Schulen aus anderen Städten einfliegen. In diesem Zusammenhang kam es auch zu einem Polizeieinsatz vor der Schule. Die Streikposten wurden unterstützt von Kollegen anderer Schulen, staatlicher wie privater. Unterstützung kam auch von den Schülern. Unter anderem beschwerten sich Umschüler der HFS beim Arbeitsamt darüber, daß aus der Arbeitslosenversicherung Kurse an dieser Schule bezahlt würden, ohne daß für die Lehrer anständige Arbeitsbedingungen bestünden.

Der Streik endete schließlich mit dem Abschluß eines Tarifvertrages am letzten Mittwoch. Obwohl eine Reihe von Verbesserungen durchgesetzt wurden, sind die Kollegen mit dem Ergebnis ziemlich unzufrieden. Neben einer Anhebung der Stundenvergütung wurde eine Verringerung der Wochenstundenzahl auf 30 und eine Verkürzung der Unterrichtsstunden auf generell 45 Minuten durchgesetzt, außerdem 30 Tage bezahlter Urlaub und 26 DM vermögenswirksame Leistungen im Monat. Am 1.1.82 sollen die Stundenlöhne erneut um 5% steigen.

Nicht erreicht wurde die allgemeine Angleichung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung an die der staatlichen Schulen (also an den Bundesangestelltentarif). Die GEW hat sich außerdem auf eine Laufzeit von 24 Monaten eingelassen. Für Überstunden wurde keine Mehrbezahlung vereinbart. Unklar ist nach wie vor die Regelung verschiedener Zulagen. Die Verwaltungsangestellten sind nicht mit einbezogen, ebenso zwei der Schule angegliederte Nebenunternehmen, die jedoch mit bestreikt worden waren. Schließlich wurde auch noch eine Nebenabsprache getroffen, daß die GEW bei Schulen desselben Kapitalisten in anderen Städten stillhält, wenn dort die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung gleich oder besser als die an der HFS sind. Nach bisherigen Informationen gibt es jedoch nur zwei Schulen (von 24), wo dies nicht der Fall ist.

Die Verhandlungsposition der GEW war sicherlich nicht besonders stark. In Hamburg findet ein äußerst scharfer Konkurrenzkampf verschiedener Sprachenschulen statt, und die Drohung des Schulbesitzers, die Schule ganz zu schließen, mußte durchaus ernst genommen werden. Die Kollegen halten jedoch verschiedene Zugeständnisse für unnötig. Offenbar spielte beim GEW-Vorstand auch eine gewisse Unerfahrenheit eine Rolle.

Ein Problem, welches durch diesen Tarifabschluß offenbar wurde, ist auch die Entscheidungsfindung innerhalb der GEW bei Tarifkämpfen. So war für die Annahme des Tarifvertrages weder die Zustimmung der Tarifkommission notwendig, noch wurde darüber durch eine erneute Urabstimmung entschieden. Über die Annahme des Vertrages und die Beendigung des Streiks entschied ausschließlich der Hauptvorstand.

Britischer Gewerkschaftskongreß

mfl. Auf dem 113. Jahreskongreß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC am 7. September in Blackpool wurde die Thatcher-Regierung hart angegriffen. Im wesentlichen wegen der ,,Zerstörung von Arbeitsplätzen". 1200 Delegierte aus rund 160 Mitgliedsgewerkschaften waren anwesend. Die Lage der Gewerkschaften hat sich erheblich verschlechtert. Angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit gewann die Regierung im letzten Jahr mit Ausnahme bei den Bergarbeitern alle wichtigen Kraftproben. Ein 1980 verabschiedetes Gesetz beschränkt formell die Macht der Einzelgewerkschaften bei Streiks. Die Mitgliederzahl der ,,Unions" hat sich in den letzten 12 Monaten um rund eine Mio. verringert, was ihren finanziellen Spielraum erheblich einengte. Beraten werden sollen vor allem: ein Programm zur Ankurbelung der Konjunktur, Anträge zur vermehrten Verstaatlichung von Betrieben, Einführung der 35-Stunden-Woche, der Austritt Großbritanniens aus der EG und die einseitige nukleare Abrüstung des Landes sowie der Abbau aller ausländischen Militärstützpunkte auf der Insel.

Bis zu 40 Überstunden üblich

kvz. Jeder zweite Beschäftigte der Bremer Metallindustrie leistet Überstunden. In kleinen und mittleren Betrieben sind es fast 60%. Das geht aus dem Zwischenbericht einer gemeinsamen Untersuchung der Universität, der IG Metall und der Arbeiterkammer in Bremen hervor. Insgesamt 9319 Fragebögen aus 25 Betrieben wurden ausgewertet. Bei mehr als einem Drittel der

hart angegriffen. Im wesentlichen wegen der ,,Zerstörung von Arbeitsplätzen". 1200 Delegierte aus rund 160 Mitgliedsgewerkschaften waren anwesend. Die Lage der Gewerkschaften hat sich erheblich verschlechtert. Angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit gewann die Regierung im letzten Jahr mit Ausnahme bei den Bergarbeitern alle wichtigen Kraftproben. Ein 1980 verabschiedetes Gesetz beschränkt formell die Macht der Einzelgewerkschaften bei Streiks. Die Mitgliederzahl der ,,Unions" hat sich in den letzten 12 Monaten um rund eine Mio. verringert, was ihren finanziellen Spielraum erheblich einengte. Beraten werden sollen vor allem: ein Programm zur Ankurbelung der Konjunktur, Anträge zur vermehrten Verstaatlichung von Betrieben, Einführung der 35-Stunden-Woche, der Austritt Großbritanniens aus der EG und die einseitige nukleare Abrüstung des Landes sowie der Abbau aller ausländischen Militärstützpunkte auf der Insel.

Bis zu 40 Überstunden üblich

kvz. Jeder zweite Beschäftigte der Bremer Metallindustrie leistet Überstunden. In kleinen und mittleren Betrieben sind es fast 60%. Das geht aus dem Zwischenbericht einer gemeinsamen Untersuchung der Universität, der IG Metall und der Arbeiterkammer in Bremen hervor. Insgesamt 9319 Fragebögen aus 25 Betrieben wurden ausgewertet. Bei mehr als einem Drittel der

Befragten wurde die monatliche Arbeitszeit durch Überstunden um mehr als 20 Stunden und bei jedem vierten um bis zu 40 Stunden verlängert. Jeder zehnte leistet mehr als 40 Überstunden. Die meisten Überstunden machen Facharbeiter und technische Angestellte. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl-Heinz Janzen, erklärte dazu, das Ergebnis sei über Bremen hinaus repräsentativ und beweise, daß die Möglichkeiten des Arbeitszeitrechts von 1938 nicht ausreichten, den Überstundenwildwuchs einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Verschärfung der Gesetze über illegale und Schwarzarbeit

kvz. Der von der Bundesregierung verabschiedete Gesetzentwurf zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit sieht u.a. folgende Regelungen vor: 1. Für die Arbeitnehmerüberlassung wird ein Bußgeld nicht nur wie bisher für den Verleiher von Arbeitern sondern jetzt auch für den Entleiher eingeführt. Das Bußgeld für die Beschäftigung von Ausländern ohne Arbeitserlaubnis ist von 50000 DM auf 100000 DM heraufgesetzt worden. 2. Für das illegale Einschleusen von Gastarbeitern in die Bundesrepublik wird ein besonderer Strafbatbestand für ,,Schlepper" eingeführt. 3. Für die Bestrafung von Schwarzarbeit muß es sich künftig nicht mehr um ,,Gewinnsucht" handeln, die schwer nachzuweisen ist. In Zukunft soll es ausreichen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Betroffene ,,erhebliche wirtschaftliche Vorteile" erzielt.

Verhandlungen über Rationalisierungsschutzabkommen

kvz. Die Gewerkschaft HBV verhandelt mit den Arbeitgeberverbänden des Bankgewerbes über ein Rationalisierungsschutzabkommen. Schwerpunkte des Vorschlags der HBV sind: Ausbau der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der betrieblichen Arbeitnehmervertreter. Vertragliche Sicherung von Fortbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen für Rationalisierungsopfer. Für alle Bankangestellten werden diese Bildungsmaßnahmen an 5 Tagen pro Jahr gefordert, für die von Abqualifizierung bedrohten an 15 Tagen pro Jahr. Werden Bankarbeiter durch Rationalisierungsmaßnahmen freigesetzt, so sollen sie zwischen einer dreimonatigen überbetrieblichen Umschulung bei voller Gehaltsfortzahlung oder beruflicher Fortbildung wählen können. Eine ,,59er-Regelung" sieht für Betroffene einen Anspruch auf vorgezogene Pensionierung bei Fortzahlung des bisherigen Gehalts bis zur flexiblen Altersgrenze vor.

Kurzmeldungen:

Der rheinisch-westfälische Hausfrauenbund und der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten haben sich auf einen Tarifvertrag für die Angestellten in privaten Haushalten geeinigt. Sie verständigten sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit um neun Stunden monatlich auf 173 Stunden und die Erhöhung der Ecklöhne um 4,5%. Damit bekommen die rund 50000 Angestellten in privaten Haushalten jetzt auch die 40-Stunden-Woche.



6 Tage Streik Für Firmentarifvertrag

Saarlouis. Vom 14.–20. August traten die 33 Beschäftigten der Stuhl- und Tischfabrik Mathieu in den Streik für die Anwendung der für die holzverarbeitende Industrie des Saarlandes geltenden Tarifverträge. Die GHK-Organisierten konnten jetzt rückwirkend ab 1.8. eine 5,7%ige Erhöhung der Löhne und Gehälter durchsetzen. Das anteilige 13. Monatseinkommen wird ab 1.12. fällig, und die vermögenswirksamen Leistungen werden ab 1.1.1982 gezahlt. Das gleiche gilt für die Bestimmungen aus dem Manteltarifvertrag über den Jahresurlaub sowie die stufenweise Regelung des zusätzlichen Urlaubsgeldes. In einer

des Vorschlags der HBV sind: Ausbau der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der betrieblichen Arbeitnehmervertreter. Vertragliche Sicherung von Fortbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen für Rationalisierungsopfer. Für alle Bankangestellten werden diese Bildungsmaßnahmen an 5 Tagen pro Jahr gefordert, für die von Abqualifizierung bedrohten an 15 Tagen pro Jahr. Werden Bankarbeiter durch Rationalisierungsmaßnahmen freigesetzt, so sollen sie zwischen einer dreimonatigen überbetrieblichen Umschulung bei voller Gehaltsfortzahlung oder beruflicher Fortbildung wählen können. Eine ,,59er-Regelung" sieht für Betroffene einen Anspruch auf vorgezogene Pensionierung bei Fortzahlung des bisherigen Gehalts bis zur flexiblen Altersgrenze vor.

Kurzmeldungen:

Der rheinisch-westfälische Hausfrauenbund und der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten haben sich auf einen Tarifvertrag für die Angestellten in privaten Haushalten geeinigt. Sie verständigten sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit um neun Stunden monatlich auf 173 Stunden und die Erhöhung der Ecklöhne um 4,5%. Damit bekommen die rund 50000 Angestellten in privaten Haushalten jetzt auch die 40-Stunden-Woche.

Mindestgehalt von 1600 DM (brutto!) monatlich. Eine Gehaltserhöhung hat es seit drei Jahren nicht mehr gegeben.

Vor etwa einem Jahr hat sich nun an dieser Schule eine Betriebsgruppe der GEW gebildet, der mittlerweile 28 von 34 dort Beschäftigten angehören. Seit etwa acht Monaten drängte die GEW den Schulkapitalisten auf die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Verschiedene Aktivitäten des Kollegiums, z.B. ganztägige Betriebsversammlungen,

nis ziemlich unzufrieden. Neben einer Anhebung der Stundenvergütung wurde eine Verringerung der Wochenstundenzahl auf 30 und eine Verkürzung der Unterrichtsstunden auf generell 45 Minuten durchgesetzt, außerdem 30 Tage bezahlter Urlaub und 26 DM vermögenswirksame Leistungen im Monat. Am 1.1.82 sollen die Stundenlöhne erneut um 5% steigen.

Nicht erreicht wurde die allgemeine Angleichung der Arbeitsbedingungen

Ein Problem, welches durch diesen Tarifabschluß offenbar wurde, ist auch die Entscheidungsfindung innerhalb der GEW bei Tarifkämpfen. So war für die Annahme des Tarifvertrages weder die Zustimmung der Tarifkommission notwendig, noch wurde darüber durch eine erneute Urabstimmung entschieden. Über die Annahme des Vertrages und die Beendigung des Streiks entschied ausschließlich der Hauptvorstand.



6 Tage Streik Für Firmentarifvertrag

Saarlouis. Vom 14.–20. August traten die 33 Beschäftigten der Stuhl- und Tischfabrik Mathieu in den Streik für die Anwendung der für die holzverarbeitende Industrie des Saarlandes geltenden Tarifverträge. Die GHK-Organisierten konnten jetzt rückwirkend ab 1.8. eine 5,7%ige Erhöhung der Löhne und Gehälter durchsetzen. Das anteilige 13. Monatseinkommen wird ab 1.12. fällig, und die vermögenswirksamen Leistungen werden ab 1.1.1982 gezahlt. Das gleiche gilt für die Bestimmungen aus dem Manteltarifvertrag über den Jahresurlaub sowie die stufenweise Regelung des zusätzlichen Urlaubsgeldes. In einer Urabstimmung wurde das Ergebnis einstimmig angenommen.

Die Gewerkschaft hat in Sierra Leone erneut zum Generalstreik aufgerufen. Als Antwort darauf wurde von der Regierung der Notstand ausgerufen. Die Zentrale des Gewerkschaftsbundes SLLC wurde von Sicherheitskräften abgeriegelt und 30 Gewerkschaftsführer festgenommen.

In Berlin ist für die Beschäftigten in Rechtsanwalts- und Notariatsbüros die 38½-Stunden-Woche vom 1. Januar 1982 an vereinbart worden. Ab dem 1. Januar 1983 soll die Arbeitszeit nur noch 38 Stunden pro Woche betragen.

Der oberste Militärgerichtshof in Brasilien hat das Urteil des Militärgerichts Sao Paulo gegen elf Gewerkschafter aufgehoben und zur Neuverhandlung zurückverwiesen. Gerügt wurde, daß der Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden hatte und die Verteidigung behindert worden war.

Die 56500 britischen Ford-Arbeiter fordern zwischen 15,6 und 21% mehr Lohn sowie die Einführung der 35-Stunden-Woche. Der geltende Tarifvertrag läuft am 23. November aus. Bisher gelten die Ford-Arbeiter als Vorreiter in den Lohnforderungen.

Sozialminister Albeda will das absolute Verbot für Frauenarbeit nachts in der niederländischen Industrie aufweichen. Ein Gesetzentwurf soll ein halbes Jahr ,,erprobt" werden, eine besondere Genehmigung ist noch erforderlich. Der FNV hatte bereits gegen solche Pläne Stellung genommen, als Zuckerkapitalisten ein solches Gesetzeswerk für die kommende Rübenkampagne gefordert hatten.

Perus Gewerkschaften vor dem Generalstreik

Die Inflation liegt bei 80% / Auseinandersetzungen in Industrie, Handel, öffentlichem Dienst

Lima, 30.8.81

Die Belaúnde-Regierung sieht sich der größten Streikwelle seit dem Generalstreik vom 15.1.81 gegenüber, verursacht durch ständig steigende Inflation (über 80% in den letzten 12 Monaten), fallende Reallöhne, nicht eingehaltene Versprechungen und die Drohung, das Streikrecht drastisch zu beschränken.

Seit dem 7. August streiken ca. 10000 der 13000 peruanischen *Ärzte*, vor allem im öffentlichen Gesundheitswesen. Nachdem anfangs noch ein Notdienst aufrecht erhalten wurde, ist auch der ab dem 29. August eingestellt worden. Rund 200 Krankenhäuser im ganzen Land sind damit stillgelegt, und es funktionieren nur noch die Privatkrankenhäuser, die der Polizei und der Waffengattungen und die Privatpraxen. Forderungen sind u.a. Lohnerhöhungen, kostenlose Gesundheitsfürsorge für die Mittellosen, Senkung der Medikamentenpreise, freie Wahl des Arztes und der Krankenhäuser, Mindestlohn für Ärzte. Die Regierung beginnt damit, die Ärzte zu entlassen, während Abgeordnete im Kongreß aus Solidarität in den Hungerstreik getreten sind.

Am 17. August sind die 28000 Mitglieder der gut organisierten und starken *Bankgewerkschaft* FEB in den unbefristeten Streik getreten. Nachdem auf dem Markt die Umsätze spürbar zurückgegangen waren, glaubte die Regierung am 29. August, den Streik durch einen ministeriellen Erlaß beenden zu können; sie bot 30 bis 35000 Soles (ca. 180 bis 210 DM) mehr monatlich an. Die Gewerkschaft lehnte ab und wird den Streik verschärft fortführen.

Die amerikanische *Southern Peru Copper Corporation* (SPCC) ist nach der staatlichen Minengesellschaft Centromin das zweitgrößte Unternehmen Perus und fördert 75% des peruanischen Kupfers. Seit dem 17. August streiken ihre 8000 Arbeiter in den beiden Minen Cuajone und Toquepala und der Raffinerie Ilo. Neben 25% Lohnerhöhung fordern sie die Wiedereinstellung von 110 Entlassenen und Abschaffung des Kontraktsystems, das darin besteht, daß 1000 Leiharbeiter für täglich 1500 Soles (ca. 9 DM) ohne Unterkunft und Verpflegung in Cuajone schuften müssen. Departement und Hauptstadt Moquegua planen einen 48stündigen Solidaritätsstreik. Die Minengewerkschaft FNTMM mit ihren 45000 Mitgliedern hat zum 3. September den unbefristeten Streik ausgerufen.

Warnstreiks gab es in Limas *Kommunen* am 27/28. August. Vor allem die städtischen Müllarbeiter hatten vom 14. bis 28. Mai dieses Jahres einen Streik durchgeführt. Die damals zugesagten Verbesserungen sind zum großen Teil nicht eingehalten worden, worauf die Gewerkschaft mit Streik im ganzen Land im September droht.

Das sind nur die spektakulärsten Streiks. Außerdem befinden sich 4000 Justizangestellte im Ausstand, ebenso 10000 Elektrizitätsarbeiter und haben die Bauarbeiter einen 48stündigen Warnstreik durchgeführt.

Angesichts dieser Streikwelle hört man von Regierungsseite jetzt häufiger das Wörtchen ,,Ausnahmezustand". Dessen Verkündigung würde allerdings nicht recht zum liberal-demokratischen Anspruch der AP-PPC-Regierung passen. Nachdem geplant war, von seiten der großen Gewerkschaftszentrale CGTP am 19. und 20. August zum Generalstreik aufzurufen (und dieser dann aufgrund von einigen Versprechungen der Regierung abgeblasen wurde), ist als neues Datum der 22./23. September vorgesehen.

Frauenarbeit ist billiger als Männerarbeit

Studie des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit zur Lohngleichheit

mfl. Die Studie des Familienministeriums zur Lohngleichheit setzt sich die folgenden Ziele:
– Untersuchung der Entwicklung der gesetzlichen Regelungen zur Entgeltgleichheit
– die faktische Situation der Entgeltdiskriminierung
– Definition und Formen der Entgeltdiskriminierung
– Ansatzbereiche von Ungleichbehandlungen im Entgelt anhand praktischer Beispiele und 105 dokumentierter Gerichtsentscheidungen
– Praxis und Möglichkeiten der Rechtsprechung.

Was beinhaltet hier der Begriff Entgelt? Für eine Untersuchung der Entgeltdiskriminierung kann als Entgelt nicht nur der reine Grundlohn bzw. das Grundgehalt gelten, sondern hier müssen alle Vergütungen, die aufgrund des Arbeitsvertrages in irgendeiner Form gezahlt werden, hinzugerechnet werden. Alle möglichen Zulagen gehören dazu wie auch die betrieblichen Renten. Das ist wichtig, da sich gerade auf dem Gebiet der Zulagen ein großer Teil der Bezahlungsunterschiede abspielt. Hingewiesen wird in der Untersuchung darauf, daß bei der Feststellung einer Entgeltdiskriminierung Angaben wie „die Frauen verdienen im Durchschnitt ein Drittel weniger als Männer" diese nicht korrekt widerspiegeln. Unberücksichtigt bleiben bei dieser Formulierung die vielen Einflüsse, die den Lohnunterschied zwar beeinflussen, aber nicht als direkte Entgeltdiskriminierung zu bezeichnen sind, sondern sich im Vorfeld als gesellschaftliche, politische Diskriminierung abspielen. Dazu gehören z.B. der unterproportionale Anteil der Frauen an Ausbildungsberufen und hauptsächliche Beschäftigung in weniger qualifizierten Positionen oder auch die Konzentration von Frauen in bestimmten Branchen. Von derartigen Einflüssen wird in der Untersuchung richtigerweise abgesehen.

Gleichwertigkeit von Arbeit

Es gibt hauptsächlich drei Unterscheidungen bei der Frage, was unter Gleichwertigkeit von Arbeit zu verstehen ist:
1. identische Arbeiten, wo eine völlige Austauschbarkeit der verglichenen Personen möglich ist;
2. gleichartige Arbeiten; dabei sind in der Gesamtschau der Tätigkeit zweier Personen unter Berücksichtigung der Vorkenntnisse, Ausbildung, Anstrengungen, Verantwortlichkeit und Arbeitsbedingungen keine ins Gewicht fallenden Unterschiede zu erkennen.
3. äußerlich ungleiche, aber gleichwertige Arbeiten; dabei sind die Arbeiten zweier Personen nach ihrem Erscheinungsbild nicht miteinander vergleichbar, materiell sind die Tätigkeiten aber gleich zu bewerten, weil sie beide in der Gesamtschau gleich zu gewichtende aktive und passive Anforderungen an die beiden Arbeitspersonen stellen.

Während Punkt 1 von der Gesetzgebung und von den Tarifverträgen her unproblematisch geworden ist, gibt es noch erhebliche Schwierigkeiten bei den Punkten 2 und 3, die Gleichwertigkeit der Arbeit nachzuweisen.

In der Untersuchung werden folgende Punkte beleuchtet: – Grundlohn und -gehalt – Naturalentgelte und Vergünstigungen – Zulagen und Sonderzahlungen – Anwesenheitsprämien – Bezahlung bei der Freistellung von Arbeitsleistung – betriebliche Renten – Teilzeitarbeit – Dauer der Betriebszugehörigkeit.

In einigen Bereichen ist eine Ungleichbehandlung inzwischen durch gerichtliche Entscheidungen abgestellt worden. Ich will hier auch nur auf die heute noch in der Praxis am häufigsten vorkommenden Punkte eingehen.

Grundlohn bzw. -gehalt

Nachdem eine Abschlagsklausel auf Frauenarbeit (in den 50er Jahren üblich) vom Bundesarbeitsgericht für rechtswidrig erklärt worden war, traten an deren Stelle die Formulierungen von „leichter Arbeit" und „schwerer Arbeit" im gewerblichen Bereich. Tätigkeiten wurden nicht deshalb als „leichte Arbeit" eingestuft, weil sie bei arbeitswissenschaftlicher Prüfung als Tätigkeiten solcher Art anzusehen waren, sondern in diese Lohngruppen wurden alle Tätigkeiten hineingenommen, die in der Praxis weit überwiegend Frauen ausübten. Diese Leichtlohngruppen schrieben den bestehenden Zustand der Diskriminierung also praktisch fest. Dieses Problem ist bis heute trotz einiger Aktivitäten der Gewerkschaften längst nicht beseitigt. Bei Entscheidungen der Arbeitsgerichte über diese Fragen wurde nie die grundsätzliche Berechtigung solcher Eingruppierungsmerkmale behandelt, sondern wurden stets konkrete Fälle untersucht. Als Merkmal dienten hier im wesentlichen das zu hebende Gewicht und die Körperhaltung. Die Belastungen, die gerade bei den von Frauen besetzten Arbeitsplätzen gegeben sind, blieben weitgehend unberücksichtigt. Darunter fallen z.B. hohe Beanspruchung durch ganztägiges Stehen, Fingerfertigkeit und Geschicklichkeit, Stress und Beanspruchung der Nerven, der Sehkraft und des Gehörs und die Belastung durch besonders monotone Arbeiten. Auch im Angestelltenbereich werden derartige Belastungen, wie z.B. bei der Bildschirmarbeit, bei der Eingruppierung sehr niedrig bewertet.

Übertarifliche Zulagen

Eine Untersuchung des Instituts für Sozialforschung der Universität Frankfurt von 1970 hat ergeben, daß die übertariflichen Entgeltbestandteile auf betrieblicher Ebene in der Regel ungleichmäßig zu ungunsten der unteren Lohngruppen verteilt sind. Die Zulagen nahmen von den oberen zu den unteren Tarifgruppen ab. Da Frauen regelmäßig in den unteren Lohngruppen zu finden sind, werden sie bei der Zubilligung von übertariflichen Zulagen unterproportional berücksichtigt.

In der Praxis sind heute vor allem Arbeitsmarkt- und Nachtzulagen, die Männern zusätzlich zur tariflichen Regelung gezahlt werden, von Bedeutung und Grund für gerichtliche Auseinandersetzungen. Es gibt verschiedene Entscheidungen von Gerichten, die den Sachverhalt betreffen, daß Kapitalisten den Männern besondere Zulagen gezahlt haben unter dem Hinweis a) auf die Leistung von Wechselschichten und Nachtarbeit und b) auf die Arbeitsmarktlage, da ansonsten ohne Zuschläge Männer für Wechsel- und Nachtschichten nicht zu bekommen seien. Die meisten Arbeitsgerichte erklärten diese besonderen Zulagen für zulässig.

Die Autoren der Studie greifen eine derartige Praxis der ungleichen Bezahlung an, da ein eigentlich zu ihrem Schutz erlassenes Nachtarbeitsverbot für Frauen jetzt genutzt wird, um sie dafür mit Einkommensminderung zu strafen. Ihrer Meinung nach gibt die Feststellung, daß Männer für bestimmte Tätigkeiten unter einer bestimmten Verdiensthöhe nicht zu bekommen seien, Aufschluß darüber, wie hoch mindestens der Frauenlohn für gleichwertige Arbeit sein müßte. Zur Verhinderung der Umgehung des Entgeltgleichheitssatzes muß auch die Festsetzung von Zuschlägen für Nachtarbeit ausschließlich im Bereich der Tarifverträge bleiben.

Einkommensabstand zwischen weiblichen und männlichen Arbeitspersonen
in Prozent

Jahr	Nettoeinkommensabstand zwischen weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten	Nettoeinkommensabstand zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern	Nettoeinkommensabstand zwischen weiblichen und männlichen Angestellten / Beamten
1960	16,7	22,8	10,3
1961	16,7	–	–
1962	14,5	21,3	9,4
1963	12,9	–	–
1964	13,6	20,1	9,0
1965	12,3	–	–
1966	11,0	17,1	7,6
1967	10,4	17,4	7,9
1968	10,3	16,9	6,4
1969	10,1	–	–
1970	9,7	16,7	4,4
1971	8,1	–	–
1972	7,1	13,4	3,6
1973	5,4	–	–
1974	6,6	11,8	4,6
1975	8,2	15,6	3,8
1976	7,7	14,8	3,0

Nettoeinkommensabstand ist der Abstand zwischen den durchschnittlichen Entgelten für Frauen und denen für Männer, der verbleibt, wenn geschlechtsspezifische Unterschiede in der Arbeitsplatz- und Beschäftigungsstruktur sowie in den Arbeitsbedingungen (insbesondere Arbeitszeit) herausgerechnet werden. Der Nettoeinkommensabstand zeigt also das Ausmaß der „echten" Entgeltdiskriminierung von Frauen auf. (Tabelle zusammengestellt nach Langkau, Lohn und Gehaltsdiskriminierung.) Da es im öffentlichen Dienst so gut wie keine Entgeltdiskriminierung mehr gibt, verringert die Art der Darstellung hier die tatsächlichen Unterschiede bei den Angestellten. Tatsächlich müßten sie höher liegen.



Arbeitsmarkt- und Nachtzulagen, die Männern zusätzlich zur tariflichen Regelung gezahlt werden, von Bedeutung und Grund für gerichtliche Auseinandersetzungen. Es gibt verschiedene Entscheidungen von Gerichten, die den Sachverhalt betreffen, daß Kapitalisten den Männern besondere Zulagen gezahlt haben unter dem Hinweis a) Nachtschichten nicht zu bekommen seien. Die meisten Arbeitsgerichte erklärten diese besonderen Zulagen für zulässig.
Die Autoren der Studie greifen eine derartige Praxis der ungleichen Bezahlung an, da ein eigentlich zu ihrem Schutz erlassenes Nachtarbeitsverbot für Frauen jetzt genutzt wird, um sie Verdiensthöhe nicht zu bekommen seien, Aufschluß darüber, wie hoch mindestens der Frauenlohn für gleichwertige Arbeit sein müßte. Zur Verhinderung der Umgehung des Entgeltgleichheitssatzes muß auch die Festsetzung von Zuschlägen für Nachtarbeit ausschließlich im Bereich der Tarifverträge bleiben.

Nationale und internationale Übereinkommen und Verträge zur Lohngleichheit
– Im Grundgesetz vom 23.5.1949 ist in Art. 3,2 geregelt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt" (offen spiegeln. Unberücksichtigt bleiben bei dieser Formulierung die vielen Einflüsse, die den Lohnunterschied zwar beeinflussen, aber nicht als direkte Entgeltdiskriminierung zu bezeichnen sind, sondern sich im Vorfeld als gesellschaftliche, politische Diskriminierung abspielen. Dazu gehören z.B. der unterproportionale Anteil der Frauen an Ausbildungsberufen und hauptsächliche Beschäftigung in weniger qualifizierten Positionen oder auch die Konzentration von Frauen in bestimmten Branchen. Von derartigen Einflüssen wird in der Untersuchung richtigerweise abgesehen.
Gleichwertigkeit von Arbeit
Es gibt hauptsächlich drei Unterscheidungen bei der Frage, was unter Gleichwertigkeit von Arbeit zu verstehen ist:
1. identische Arbeiten, wo eine völlige Austauschbarkeit der verglichenen Personen möglich ist;
2. gleichartige Arbeiten; dabei sind in
(ILO) vom 29.6.1951 ist u.a. geregelt: „Jedes Mitglied hat mit den Mitteln, die den bestehenden Verfahren zur vorkommenden Punkte eingehen.
Grundlohn bzw. -gehalt
Nachdem eine Abschlagsklausel auf Frauenarbeit (in den 50er Jahren üblich) vom Bundesarbeitsgericht für rechtswidrig erklärt worden war, traten an deren Stelle die Formulierungen von „leichter Arbeit" und „schwerer Arbeit" im gewerblichen Bereich. Tätigkeiten wurden nicht deshalb als „leichte Arbeit" eingestuft, weil sie bei arbeitswissenschaftlicher Prüfung als Tätigkeiten solcher Art anzusehen waren, sondern in diese Lohngruppen wurden alle Tätigkeiten hineingenommen, die in der Praxis weit überwiegend Frauen ausübten. Diese Leichtlohngruppen schrieben den bestehenden Zustand der Diskriminierung also praktisch fest. Dieses Problem ist bis heute trotz einiger Aktivitäten der Gewerkschaften längst nicht beseitigt. Bei Entscheidungen der Arbeitsgerichte über diese Fragen wurde nie die grundsätzliche Berechtigung solcher Ein-

Nationale und internationale Übereinkommen und Verträge zur Lohngleichheit

– Im Grundgesetz vom 23.5.1949 ist in Art. 3,2 geregelt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt" (offen blieb, ob nur der staatliche Gesetzgeber oder auch die Tarifvertragsparteien daran gebunden sein sollten). Bis 1980 blieb dies die einzige Regelung.

– Am 21.8.1980 trat das „Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz)" in Kraft. Es besagt: „Bei einem Arbeitsverhältnis darf für gleiche oder gleichwertige Arbeit nicht wegen des Geschlechts des Arbeitnehmers eine geringere Vergütung vereinbart werden als bei einem Arbeitnehmer des anderen Geschlechts. Die Vereinbarung einer geringen Vergütung wird nicht dadurch gerechtfertigt, daß wegen des Geschlechts des Arbeitnehmers besondere Schutzvorschriften gelten …" Auch wurde für alle Bereiche von Ungleichbehandlungen eine Beweislastregelung eingeführt. „Wenn im Streitfall der Arbeitnehmer Tatsachen glaubhaft macht, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen, trägt der Arbeitgeber die Beweislast dafür, daß nicht auf das Geschlecht bezogene, sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen oder das Geschlecht unverzichtbare Voraussetzungen für die ausübende Tätigkeit ist."

– Art. 23,2 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UNO vom 10.12.1948 bestimmt: „Jeder ohne Unterschied hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit."

– Im Übereinkommen Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 29.6.1951 ist u.a. geregelt: „Jedes Mitglied hat mit den Mitteln, die den bestehenden Verfahren zur Festsetzung der Entgeltsätze entsprechen, die Anwendung des Grundsatzes der Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit auf alle Arbeitnehmer zu fördern und, soweit es mit diesen Verfahren vereinbar ist, sicherzustellen."

– Vertrag zur Gründung der EWG vom 25.3.1957: „Jeder Mitgliedsstaat wird während der ersten Stufe den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und in der Folge beibehalten."

– Europäische Sozialcharta vom 18.10.1961: „Um die wirksame Ausübung des Rechts auf ein geregeltes Arbeitsentgelt zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien, … das Recht männlicher und weiblicher Arbeitnehmer auf gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit anzuerkennen."

– Zur Verwirklichung des im EWG-Vertrag genannten Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen erließ der Rat der Europäischen Gemeinschaft die Richtlinie des Rates vom 10.2.1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen.

Die Richtlinie des Rates vom 10.2.1975 hätte bis zum 10.2.76 von den Mitgliedsstaaten der EG in innerstaatliches Recht umgesetzt werden müssen. Dies ist nach Meinung der Studie u.a. in der Bundesrepublik nicht, bzw. nicht ausreichend, geschehen.

„Frauen sind keine Heinzelmänner"

Mütter, Väter, Töchter, Söhne – kämpfen für die gleichen Löhne!

mfl. Stimmung herrschte auf der Kundgebung und Demonstration am 6. September in Kassel, die von der IG Druck und Papier zur Unterstützung der 29 Heinze-Frauen durchgeführt wurde. 7000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet waren in Bussen angereist. Begeistert wurden, zusammen mit der DruPa-Frauen-Songgruppe und der Polit-Sängerin Fasia, die Solidaritätslieder, die im Laufe des Kampfes entstanden sind, gesungen.

Viel Beifall ernteten die beiden Hauptredner Gisela Kessler, Frauensekretärin im Hauptvorstand, und Leonhard Mahlein, 1. Vorsitzender der IG Druck und Papier. Gisela Kessler griff im wesentlichen die Lohndiskriminierung der Frauen an. Die Arbeiterinnen würden durchschnittlich 30%, die weiblichen Angestellten 33% weniger Geld bekommen als ihre männlichen Kollegen. Problem sei auch die überproportionale Frauenarbeitslosigkeit.

Leonhard Mahlein hat etwas umfassender gegen jede Diskriminierung der Arbeiter Stellung bezogen. Während die Unternehmer die Frauen als Lohndrücker benutzten und als Doppelverdiener diffamierten, schöben sie Jahr für Jahr dicke Extraprofite in die Tasche. Er wies auf die erreichten Erfolge hin und betonte, daß man hier nicht nachlassen und sich keinesfalls auf ein, den Kapitalisten vorschwebendes, Lohnniveau von Billigländern herunterdrücken lassen dürfe. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche bleibe ein wichtiger Punkt im Programm der Gewerkschaften während der nächsten Jahre. Entschieden trat er gegen die Kürzung von Arbeitslosengeldern und die Einschränkung der Lohnfortzahlung auf. Gerade diejenigen, die allzugerne vom Mißbrauch staatlicher Gelder redeten, seien es, „die Milliarden Steuergroschen in Form von Subventionen, Abschreibungen und Steuervergünstigungen" kassierten. Sie hinterzögen dem Staat durch Wirtschaftskriminalität jährlich rund 40 Mrd. DM und besäßen noch die Frechheit, bei Arbeitslosen von Schmarotzern des sozialen Netzes zu reden. Außerdem sprach er sich für einen verstärkten Widerstand gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe sowie für Abrüstung in Ost und West aus.

Beide Redner stellten klar, daß nicht die Gerichtsverhandlungen, sondern der gewerkschaftliche Kampf das Wesentliche im Kampf für gleiche Löhne ist. „Richtersprüche sind für uns Siegerehrung für Kämpfe, die vorher auf dem politischen und gewerkschaftlichen Feld ausgetragen wurden. Gerichtliche Entscheidungen sind kein Ersatz für Solidarität und gewerkschaftliche Kämpfe", sagte Mahlein.

Frauen von Heinze, Schickedanz, Langnese, Horten und der Betriebsrat der Firma Thyssen-Draht berichteten auf der Veranstaltung von ihren Erfahrungen in den verschiedenen Kämpfen.

Das Theaterstück des mobilen Rhein-Main-Theaters „Frauen sind keine Heinzelmänner" bildete einen recht amüsanten Schluß der Veranstaltung. Danach gings, mit vielen Schildern und Transparenten bewaffnet, in einem Demonstrationszug durch die Stadt. Parolen und Lieder waren in Kassel gut zu hören.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat sich beeilt, die Veranstaltung als einen „Angriff auf die Unabhängigkeit der Gerichte" und die Äußerungen zum Frauenlohn als „böswillige Unterstellung" zu bezeichnen. Das ist noch gar nichts, die Teilnehmer der Veranstaltung haben den Kapitalisten schlaflose Nächte versprochen.





Gegensätze – festgehalten auf der DGB-Kundgebung zum Antikriegstag in Düsseldorf am 1. September

„Wieder eine Unterschriftensammlung ...?“

acm. So lautet oft noch die Reaktion auf den DGB-Aufruf vom 1. September. Gerade erst begonnen hat wohl auch die Verschickung des Aufrufes und der Unterschriftenlisten an die gewerkschaftlichen Funtionäre und Vertrauensleute und in den Betrieben ist nach unserer Kenntnis die Sammlung auch noch nicht in Gang gekommen. Zusätzlich mag eine Rolle spielen, daß die Kapitalisten teilweise schon angekündigt haben, sie wollten die Sammlung innerhalb des Betriebes unterbinden. Halten werden sie diese Position nicht können. Dagegen gibt es auch positive Beispiele: So hat bei Klöckner Bremen der Betriebsratsvorsitzende auf der jüngsten Betriebsversammlung von der Demonstration der 15000 berichtet und aufgefordert, den Aufruf des DGB „für Abrüstung“ zahlreich zu unterschreiben.

Die inhaltliche Auseinandersetzung um den Aufruf wird wohl erst in den nächsten Wochen richtig in Gang kommen – und vor allem dann, wenn die kollektiven Gewerkschaftsorgane organisiert in die Sammlung eingreifen. Daß auch zur inhaltlichen Auseinandersetzung der DGB nützliches Material zusammengestellt hat, scheint noch weitgehend unbekannt zu sein. So brachte der Bundesvorstand zum 1. September ein 280-seitiges Buch mit Materialien über das Wettrüsten (Zahlen, Fakten, Positionen), über die Waffen der verschiedensten politischen Kräfte (zumeist Beiträge aus den Gewerkschaftszeitungen der Einzelgewerkschaften, heraus, das äußerst nützlich ist für die Auseinandersetzung um die Richtung der Friedensbewegung. Gerade dieses Material bräuchten auch die Vertrauensleute und Betriebsräte im Rahmen der Unterschriftensammlung in den Betrieben.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt sich auch verschiedenerorts bei den Friedenswochen, wo der DGB oder Einzelgewerkschaften, jetzt auch vermehrt beginnen, direkt an Aktionen und Aktionseinheiten teilzunehmen. So z.B. in Stuttgart am 6.9., wo sich 2000 am Friedenstreffen beteiligten, zu dem der Stadtjugendring aufgerufen hatte unter dem Motto: „Nie wieder Krieg – Keine Atomraketen in Europa“. Ein Mitglied der Kreisverwaltung Stuttgart sprach auf der Abschlußkundgebung. Er kritisierte die auf Krieg abgestellte Politik der beiden Supermächte unter Hinweis auf die Afghanistan-Aggression der Sowjetunion und die Rüstungs- und Außenpolitik der Reagan-Regierung. Er rief zur Unterzeichnung des DGB-Aufrufs für Abrüstung und Entspannung in Europa auf und gab gleichzeitig seiner Befürchtung Ausdruck, die Friedensbewegung verlaufe sich in einer Vielzahl konkurrierender Aufrufe. Wichtig sei aber jetzt, zu gemeinsamer Tätigkeit „gegen Rüstungswahnsinn und Völkermord“ aufzubrechen.

US-Wirtschaft will „Trendwende“

Inflationsindexierung soll außer Kraft gesetzt werden
Verschärfte Tarifpolitik gegen Arbeiterbewegung

acm. Begierig fragte das Handelsblatt vor Wochen: „Bauen die Amerikaner in den achtziger Jahren ihr auswucherndes System der Inflations-Indexierung wieder ab?“ und beschrieb damit schon deutlich den Willen der amerikanischen Wirtschaft, einen weitgehenden Angriff auf die „wuchernden“ Errungenschaften der amerikanischen Arbeiterbewegung beim Lohnstandard zu führen. Denn nachdem die Reagan-Administration die automatische Anpassung der Renten, Sozialleistungen und der Bezüge der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten schon in Frage gestellt hat und an der Kürzung in der Praxis arbeitet, haben die Tarifexperten der amerikanischen Wirtschaft eine Trendwende im Tarifrecht angekündigt.

Dabei geht es um die Indexierungsklauseln, die in allen großen Tarifbereichen wie der Automobil- und Stahlindustrie, im Maschinenbau, Fernverkehr und Kommunikationssektor Bestandteil der Lohnverträge sind. Jene „Cost of Living Adjustments“, „COLAs“ genannt, sind praktisch automatische Inflationsausgleichszahlungen, tariflich festgelegt. Sie werden vierteljährlich oder jährlich berechnet nach dem Modus: Für jede Zunahme des Verbraucherpreisindexes von 0,3% wird ein Ausgleich von 1 Cent pro Stunde gewährt. So ist es z.B. geregelt bei den Automobilarbeitern, deren Gewerkschaft UAW schon 1948 mit den Kapitalisten eine solche Regelung ausgehandelt hat.

Wie das US-Arbeitsministerium feststellte, sind solche Anpassungsklauseln in den USA heute schon für mehr als 9,1 Mio. Arbeiter und Angestellte gültig (jeweils aber nur für die gewerkschaftlich Organisierten). Daran läßt sich schon die Bedeutung abmessen, die diese Anpassungsklauseln für die Arbeiterbewegung haben, aber auch der Reiz zur Streichung für die Kapitalisten in den USA.

Haben noch in den letzten Jahren die Kapitalisten in den verschiedensten Branchen die Anpassungsklauseln bei den Verhandlungen zugestanden – auch um mehr als einjährige Laufzeiten bei den Tarifverträgen zu erreichen –, so geschah dies in einer Zeit der relativ niedrigen Preissteigerungsraten. Jetzt, wo der Verbraucherpreisindex z.B. 1980 um durchschnittlich 12,4% stieg, und General Motors beispielsweise jedem Arbeiter (unabhängig von der Lohngruppe) 1780 $ zahlen mußte, gibt es die größten Bestrebungen, die bisherigen Regelungen wieder außer Kraft zu setzen.

Bei der Begründung ihres Vorhabens sind die Kapitalisten um Argumente nicht verlegen, um die „Trendwende“ einzuleiten: 1. „COLA“ sichere den Beschäftigten einen viel höheren „Bonus“ als die Teuerung ausmache und 2. wirke „COLA“ beschränkend, wenn nicht eliminierend auf den „Spielraum für gezielte Lohnverbesserungen“ – produktivitätsfördernde oder leistungsbezogene Anreize –, weil alle Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf Produktivität und Leistung gleich behandelt würden. Offensichtlich handelt es sich hier um Argumente, die aus der Sicht der Kapitalisten natürlich schon immer gegolten haben und nicht neu sind. Nur werden sie jetzt – in einer veränderten Lage – zu dubiosen Begründung für die Außerkraftsetzung der tarifvertraglichen Vereinbarungen.

Das die amerikanische Arbeiterbewegung die Verteidigung dieser tariflichen Vereinbarungen organisieren wird, steht jetzt schon fest. Erste Erklärungen von verschiedenen Gewerkschaften liegen schon vor. Zwar diente dieser Teil der Tarifabschlüsse des öfteren zur Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge, aber bislang konnte in Verbindung mit dem Teuerungsausgleichssystem die Arbeiterbewegung eher Lohnverluste durch das Steigen bzw. Galoppieren der Inflation verhindern. (Die COLAs machen in wichtigen Industriebereichen bereits 50 bis 70% der jährlich vereinbarten Lohnverbesserungen aus.) Die erste große Auseinandersetzung zeichnet sich jetzt in der amerikanischen Reifenindustrie ab. Uniroyal hat hier den United Rubber Workers schon sämtliche COLA-Klauseln per Jahreswechsel 81/82 aufgekündigt.

„Das war wertvoll für mich ... einmal die Prozedur zu erleben, wie man heutzutage als Hilfsarbeiter in einem Großbetrieb eingestellt wird. Dieses Gefühl, tatsächlich nicht mehr als eine Nummer zu sein, in irgend einem Abschnitt eines solchen Mammutbetriebes als ein Stück Maschinenmaterial den Maschi-

auf den DGB-Aufruf vom 1. September. Gerade erst begonnen hat wohl auch die Verschickung des Aufrufes und der Unterschriftenlisten an die gewerkschaftlichen Funtionäre und Vertrauensleute und in den Betrieben ist nach unserer Kenntnis die Sammlung auch noch nicht in Gang gekommen. Zusätzlich mag eine Rolle spielen, daß die Kapitalisten teilweise schon angekündigt haben, sie wollten die Sammlung innerhalb des Betriebes unterbinden. Halten werden sie diese Position nicht können. Dagegen gibt es auch positive Beispiele: So hat bei Klöckner Bremen der Betriebsratsvorsitzende auf der jüngsten Betriebsversammlung von der Demonstration der 15000 berichtet und aufgefordert, den Aufruf des DGB „für Abrüstung“ zahlreich zu unterschreiben.

Die inhaltliche Auseinandersetzung um den Aufruf wird wohl erst in den nächsten Wochen richtig in Gang kom-

wieder demütigend den Bückling ...“ Montage an den verschiedensten Stellen, Arbeit im Rohbau und Preßwerk werden geschildert. Für ihn ist der Arbeitsprozeß etwas Unmenschliches, der die Arbeiter in Anhängsel der Maschinen und taktzahlabhängige Instrumente verwandelt. Die Entfremdung von

kollektiven Gewerkschaftsorgane organisiert in die Sammlung eingreifen. Daß auch zur inhaltlichen Auseinandersetzung der DGB nützliches Material zusammengestellt hat, scheint noch weitgehend unbekannt zu sein. So brachte der Bundesvorstand zum 1. September ein 280-seitiges Buch mit Materialien über das Wettrüsten (Zahlen, Fakten, Positionen), über die Waffen der verschiedensten politischen Kräfte (zumeist Beiträge aus den Gewerkschaftszeitungen der Einzelgewerkschaften, heraus, das äußerst nützlich ist für die Auseinandersetzung um die Richtung der Friedensbewegung. Gerade dieses Material bräuchten auch die Vertrauensleute und Betriebsräte im Rahmen der Unterschriftensammlung in den Betrieben.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt sich auch verschiedenerorts bei den Friedenswochen, wo der DGB oder

duktionsprozeß systematisch hervorgetriebene Konkurrenz, willentlich und wissentlich durch die Arbeiter eingeschränkt und überwunden wird. Daß aber die „Nationalitätenvielfalt“ objektive Schranken im Produktionsprozeß für Zusammenarbeit und Solidarität bildet, daß Vorurteile herrschen

mehrt beginnen, direkt an Aktionen und Aktionseinheiten teilzunehmen. So z.B. in Stuttgart am 6.9., wo sich 2000 am Friedenstreffen beteiligten, zu dem der Stadtjugendring aufgerufen hatte unter dem Motto: „Nie wieder Krieg – Keine Atomraketen in Europa“. Ein Mitglied der Kreisverwaltung Stuttgart sprach auf der Abschlußkundgebung. Er kritisierte die auf Krieg abgestellte Politik der beiden Supermächte unter Hinweis auf die Afghanistan-Aggression der Sowjetunion und die Rüstungs- und Außenpolitik der Reagan-Regierung. Er rief zur Unterzeichnung des DGB-Aufrufs für Abrüstung und Entspannung in Europa auf und gab gleichzeitig seiner Befürchtung Ausdruck, die Friedensbewegung verlaufe sich in einer Vielzahl konkurrierender Aufrufe. Wichtig sei aber jetzt, zu gemeinsamer Tätigkeit „gegen Rüstungswahnsinn und Völkermord“ aufzubrechen.

Jedoch entwickelt er aus dieser Position heraus trotzdem einen Konfrontationskurs gegenüber der herrschenden Praxis der Kirche. Denn darum geht es ihm im zweiten Teil seines Buches. Für ihn ist die Kirche „verbürgerlicht“, ja rückschrittlich in ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung. Zwar

Verbraucherpreisindexes von 0,3% wird ein Ausgleich von 1 Cent pro Stunde gewährt. So ist es z.B. geregelt bei den Automobilarbeitern, deren Gewerkschaft UAW schon 1948 mit den Kapitalisten eine solche Regelung ausgehandelt hat.

Wie das US-Arbeitsministerium feststellte, sind solche Anpassungsklauseln in den USA heute schon für mehr als 9,1 Mio. Arbeiter und Angestellte gültig (jeweils aber nur für die gewerkschaftlich Organisierten). Daran läßt sich schon die Bedeutung abmessen, die diese Anpassungsklauseln für die Arbeiterbewegung haben, aber auch der Reiz zur Streichung für die Kapitalisten in den USA.

Haben noch in den letzten Jahren die Kapitalisten in den verschiedensten Branchen die Anpassungsklauseln bei den Verhandlungen zugestanden – auch um mehr als einjährige Laufzei-

dung zur Heilslehre der Kirche. Aus seinem Arbeitskreis „Daimler-Treff für Schichtarbeiter(innen)“ konnte sich bis heute nichts größeres entwickeln. Ihn wundert das nicht, aber er will in diese Richtung, will sein Beispiel verallgemeinert wissen.

Vieles von dem, was Schobel denkt

chen Vereinbarungen.

Das die amerikanische Arbeiterbewegung die Verteidigung dieser tariflichen Vereinbarungen organisieren wird, steht jetzt schon fest. Erste Erklärungen von verschiedenen Gewerkschaften liegen schon vor. Zwar diente dieser Teil der Tarifabschlüsse des öfteren zur Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge, aber bislang konnte in Verbindung mit dem Teuerungsausgleichssystem die Arbeiterbewegung eher Lohnverluste durch das Steigen bzw. Galoppieren der Inflation verhindern. (Die COLAs machen in wichtigen Industriebereichen bereits 50 bis 70% der jährlich vereinbarten Lohnverbesserungen aus.) Die erste große Auseinandersetzung zeichnet sich jetzt in der amerikanischen Reifenindustrie ab. Uniroyal hat hier den United Rubber Workers schon sämtliche COLA-Klauseln per Jahreswechsel 81/82 aufgekündigt.

Ein Betriebsseelsorger fällt unter die Arbeiter

Erfahrungen bei Daimler-Benz und Kirchenkritik / Buchbesprechung

Von Michael Ackermann

„Das war wertvoll für mich ... einmal die Prozedur zu erleben, wie man heutzutage als Hilfsarbeiter in einem Großbetrieb eingestellt wird. Dieses Gefühl, tatsächlich nicht mehr als eine Nummer zu sein, in irgend einem Abschnitt eines solchen Mammutbetriebes als ein Stück Maschinenmaterial den Maschinen beigestellt zu werden, ist neu für unsereins! Ich hatte in den ersten Stunden im Betrieb das Gefühl, auf einem anderen Planeten gelandet zu sein. Dabei sah ich durch die Fenster des Einstellungsbüros die Böblinger Kirchtürme, aber Welten schienen dazwischen zu liegen ...“ So spricht Paul Schobel, Betriebsseelsorger im Industriegebiet Böblingen/Sindelfingen, über den Beginn seines Falls unter die Arbeiter bei Daimler-Benz.

Dreimal, 1973, 1974 und 1979 hat er für ein paar Wochen einen Platz in der Produktion eingenommen – um die Arbeitswelt kennenzulernen, mit dem Ziel, Kirche und Arbeiterschaft näher zusammenzubringen. Daß ihm dies nur beschränkt gelungen ist, das hält er selber fest und darüber gibt sein Buch Auskunft.

„Dem Fließband ausgeliefert“ *, scheint zu allererst eine Industriereportage im klassischen Sinn zu sein. Schobel beschreibt die Arbeit und Arbeitsplätze mit klaren und deutlichen Worten, beschönigt wird nichts. Überkopfarbeit in der Grube am Band: „‚Was haben wir bloß verbrochen, daß wir so arbeiten müssen‘ – ein Leben in der Grube – für mich unvorstellbar, für meine Kollegen bittere, womöglich lebenslängliche Wirklichkeit! Tag für Tag steigen sie in dieses Gerüst wie in eine Guillotine, passieren gebückt den engen, gepolsterten Einschlupf. Der Kopf ist hier wenig gefragt, er hindert nur! Geduckte Haltung, mit hängenden Armen sich bewegen, Material greifen, laufen, sich aufrichten, arbeiten ... Keine Minute kann man aufrecht stehen bleiben an derselben Stelle – die nächste Achse erzwingt schon wieder demütigend den Bückling ...“ Montage an den verschiedensten Stellen, Arbeit im Rohbau und Preßwerk werden geschildert. Für ihn ist der Arbeitsprozeß etwas Unmenschliches, der die Arbeiter in Anhängsel der Maschinen und taktzahlabhängige Instrumente verwandelt. Die Entfremdung von der Arbeit, vom Produkt, für ihn Ergebnis der Arbeitsteilung in der Produktion, der zerstörerischen Fließarbeit.

Und im Mittelpunkt seiner Beobachtungen – immer die Auswirkungen auf die Arbeiter in seiner Umgebung. Wo in einer Abteilung die Kondition der Arbeiter durch Alkoholabhängigkeit und Herzkrankheiten bestimmt wird. Wo 15- bis 20jährige Bandarbeit die Perspektive der Arbeiter reduziert haben auf den Lichtblick von Schichtende und Freizeit – und in der dann doch so oft nichts stattfindet als ursprünglichste Reproduktion, Essen und Schlaf.

Wo die Langjährigen keine Aussicht mehr haben – als weitere Schichtarbeit, verbunden mit der Furcht, durch Umsetzungen Lohnverluste zu erleiden. Wo die Ehen durch Schicht und Gegenschicht massenweise zerbrechen und neue Lebenskreisläufe sich gar nicht mehr bilden können.

Schobel hat auch einen scharfen Blick für den Zusammenhalt. Oftmals stellt er fest, daß die durch den Produktionsprozeß systematisch hervorgetriebene Konkurrenz, willentlich und wissentlich durch die Arbeiter eingeschränkt und überwunden wird. Daß aber die „Nationalitätenvielfalt“ objektive Schranken im Produktionsprozeß für Zusammenarbeit und Solidarität bildet, daß Vorurteile herrschen und nur langsam abgebaut werden.

Bemerkenswert auch, wie nüchtern Schobel die Interessenorgane der Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper, einschätzt. Ein Betriebsrat auf 700 Arbeiter(innen) sei viel zu wenig, nur durch Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten würden die Betriebsräte überhaupt noch den Kontakt zur „Basis“ halten, ofmals stehe der Betriebsrat auch im Zentrum der Kritik.

Und doch wird der Mangel seiner Enthüllungen sogleich deutlich, wenn es um die Folgerungen und Konsequenzen aus seinen Erfahrungen geht. In seinen „Impessionen“ beschwört er das „menschenwürdige Anlitz der Arbeit“, das es wiederzufinden gelte. Aber die Kritik an der Maschinenarbeit und „Ausgeliefertheit“ der Arbeiter gegenüber den Maschinen, übersieht die diesen Erscheinungen zugrundeliegenden Widersprüche. Nicht als Folge von Verwertungstrieb, Profitstreben, erscheint ihm der ganze Prozeß, sondern als „unmenschliche“ Produktion; die „Vermenschlichung“ als sein oberstes Ziel

Jedoch entwickelt er aus dieser Position heraus trotzdem einen Konfrontationskurs gegenüber der herrschenden Praxis der Kirche. Denn darum geht es ihm im zweiten Teil seines Buches. Für ihn ist die Kirche „verbürgerlicht“, ja rückschrittlich in ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung. Zwar sei von Synoden der Anspruch auf Hinwendung zur Arbeitswelt formuliert worden – auch die Praxis! „Beide Kirchen in der BRD haben sich in der Ausgestaltung ihrer eigenen Arbeitsverhältnisse gegen die Gewerkschaften und für einen sogenannten ‚Dritten Weg‘ entschieden. Die kirchlichen Mitarbeiter werden also für ihre legitimen, arbeitsrechtlichen Interessen nicht die Hilfe der Gewerkschaften in Anspruch nehmen können ... Die Gewerkschaften erblicken in diesem Vorgehen zu recht einen Affront ... Die Arbeiter verfolgen diese Vorgänge genau. Sie sprechen einer Kirche das Recht ab, überhaupt in Arbeitsverhältnisse oder soziale Fragen hineinreden zu wollen, solange sie selbst nicht bereit ist, mit den eigenen Mitarbeitern anders umzugehen.“

Schobels Konsequenzen: Die Kirche müsse eine *prophetische* und *solidarisch-missionarische* werden. *Prophetisch* im Sinne, die Wirtschaft „zurückzudrängen“ gegenüber den Interessen der Arbeiter, den Kampf für eine lebenswerte Umwelt und Zukunft und gegen unsinnige Produktion und die Kungelei zwischen Kirche, Wirtschaft und Staat abzuschaffen.

Solidarisch-missionarisch in dem Sinne, daß die Kirche zu den Arbeitern gehe und nicht umgekehrt. Viel zu wenig Arbeiterpriester gebe es, viel zu wenig Kenntnisse über und aus der Arbeitswelt flössen in die Praxis der Kirche ein. Die Kirche müsse sich schichtspezifisch in ihrer Arbeit auf Arbeitswelt und Arbeiter konzentrieren.

Er weiß, wovon er spricht. Er selbst fand zwar häufig Freundschaften und Hilfe am Band, aber nicht Hinwendung zur Heilslehre der Kirche. Aus seinem Arbeitskreis „Daimler-Treff für Schichtarbeiter(innen)“ konnte sich bis heute nichts größeres entwickeln. Ihn wundert das nicht, aber er will in diese Richtung, will sein Beispiel verallgemeinert wissen.

Vieles von dem, was Schobel denkt und aufgeschrieben hat, erinnert unmittelbar an die Geschehnisse in Polen. Kann man sich hier und heute die Kirche als Bündnispartner der Arbeiterbewegung vorstellen? Offensichtlich



nicht als Institution. In der Praxis gibt es wohl viele, die wie Schobel denken und handeln. Man nehme nur den jüngsten Einsatz von Pastoren in Frankfurt für die Arbeitsplätze bei VDM und Adler. Aber als *Strategie* sind Schobel's Gedanken noch Träumereien.

* Dem Fließband ausgeliefert. Ein Seelsorger erfährt die Arbeitswelt. Paul Schobel. München 1981, Kaiser-Grünewald, 16,80 DM, 152 S.

Ergebnisse des II. IBFG-Weltjugendtreffens

Die Abschlußresolutionen zu Frieden und Abrüstung – Nicht mehr als beschränkte Diskussionsergebnisse

ag./sg. In der letzten KVZ haben wir schon über den Ablauf des 2. IBFG-Weltjugendtreffens berichtet. Stattgefunden haben Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Jugendarbeitslosigkeit, Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheit, Multinationale Gesellschaften und internationale Gewerkschaftssolidarität sowie Frieden und Abrüstung. Die Abschlußdokumente der letzten beiden Themenschwerpunkte drucken wir hier ab. Das sind auch die Themen, bei denen Dinge festgehalten wurden, die über den bisherigen Stand der Diskussion im IBFG hinausgehen.

Zur Entstehung dieser Dokumente muß man einiges bedenken. Die Vorbereitung der Themen – wie auch des gesamten Weltjugendtreffens – ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich gelaufen. Einige Einzelgewerkschaften des DGB haben Vorbereitungsseminare durchgeführt, auf denen neben der Geschichte der spanischen Gewerkschaftsbewegung auch die verschiedenen Konferenzthemen diskutiert wurden und z.T. eigene Positionen niedergeschrieben und später in die Arbeitskonferenzen eingebracht wurden. Demgegenüber hatte die österreichische Gewerkschaftsjugend unter dem Motto „billiger Urlaub in Spanien“ für das Weltjugendtreffen geworben, Japan hatte Ausbilder und Singapur „preisgekrönte“ Arbeiter geschickt. Auch die Bedingungen im Camp waren unzureichend. Simultanübersetzung gab es nur bei den Abschlußkonferenzen. Die vorbereiteten Arbeitsgruppen mußten oft wegen fehlendem Dolmetscher einsprachig durchgeführt werden. Ebenso erwies sich die Tatsache, daß der DGB mit 1000 Teilnehmern ein Viertel der Gesamtteilnehmerzahl stellte, als hinderlich für die Kontaktaufnahme mit Teilnehmern anderer Delegationen.

Auch darf man die Bedeutung, die diese Dokumente für den gesamten IBFG haben, nicht überbewerten. Sie sind bisher eben „nur“ Positionen der Gewerkschaftsjugend und noch nicht mal überall national abgesichert. Sie haben den Charakter von Material, das an die entsprechenden IBFG-Gremien weitergeleitet wird. Sie sind aber auch keine Positionen *der* IBFG-Jugend, weil sie nicht auf den normalen, demokratischen Strukturen entstanden sind, sondern unter Teilnehmern eines internationalen Treffens gefaßt wurden, die kein Delegiertenmandat hatten. Sie sind Ergebnisse einer Diskussion auf internationaler Ebene – mehr nicht.



Manifest für Frieden und Abrüstung

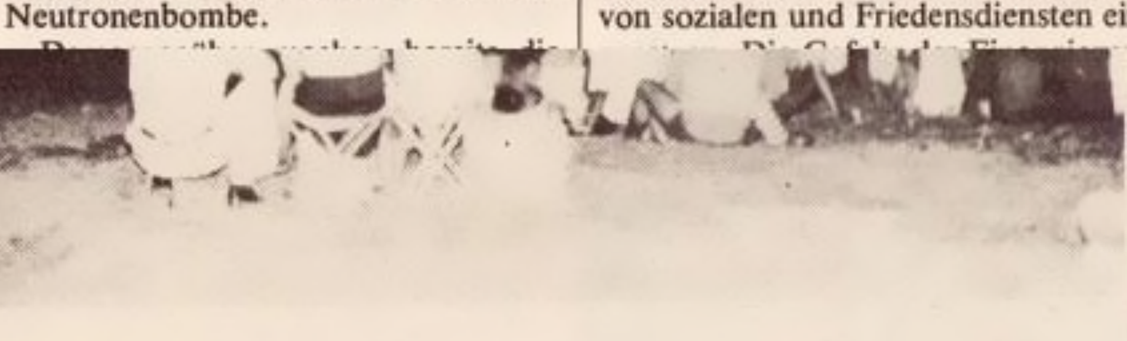
Die Teilnehmer des 2. Weltjugendtreffens des IBFG vom 22. bis 30. August 1981 in Sevilla fordern die Regierungen der Welt, insbesondere die Regierungen der Großmächte USA und UdSSR auf, alles zu tun, um den Frieden in der Welt zu sichern. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben. Wir verurteilen alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die eine Gefährdung des Weltfriedens zur Folge haben können, insbesondere die Sicherung von Rohstoffquellen und Einflußzonen mit militärischen Mitteln oder der Androhung von Gewalt. Die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit ist die beste Friedenssicherung. Deshalb fordern wir eine konsequente Politik gegenüber repressiven, ausbeuterischen und rassistischen Systemen.

Die Teilnehmer des Weltjugendtref-

Die beschlossene Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa schafft eine neue Situation. Waffen wie Pershing II, Cruise Missiles und die Neutronenbombe stellen eine völlig neue technische Qualität atomarer Vernichtungswaffen dar. Das atomare Patt, wie es unter anderem in den Salt-Verhandlungen festgeschrieben wurde, wird damit unterlaufen. Eine Waffe wie die Pershing II steigert das Risiko von Fehleinschätzungen und Mißverständnissen auf beiden Seiten in einer nicht mehr verantwortbaren Weise. Sie steigert im Spannungsfall auf beiden Seiten die Ungewißheit, die Nervosität und die Bereitschaft zum Erstschlag. Damit wird ein begrenzbarer Atomkrieg führbar. Eine weitere Eskalation bringt der von der US-Regierung beschlossene Bau der Neutronenbombe.

– Verzicht auf die Produktion von Neutronenwaffen und Vernichtung der bereits existierenden Neutronenwaffen.
– Ein international garantiertes und kontrolliertes Verbot der Entwicklung neuer Waffensysteme und Waffentechnologien.
– Ein international garantiertes und kontrolliertes Verbot des Rüstungsexports; bereits bestehende Gesetze für Waffenausfuhrbeschränkungen müssen konsequent angewendet werden.
– Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion unter Beteiligung der Gewerkschaften.
– Allgemeine Senkung der Militärhaushalte zunächst um jeweils 10% entsprechend den Beschlüssen der UN. Diese Mittel sind für eine verbesserte Entwicklungshilfe und zur Förderung von sozialen und Friedensdiensten ein-

sche Gewerkschaftsjugend unter dem Motto „billiger Urlaub in Spanien“ für das Weltjugendtreffen geworben, Japan hatte Ausbilder und Singapur „preisgekrönte“ Arbeiter geschickt. Auch die Bedingungen im Camp waren unzureichend. Simultanübersetzung



Manifest für Frieden und Abrüstung

Die Teilnehmer des 2. Weltjugendtreffens des IBFG vom 22. bis 30. August 1981 in Sevilla fordern die Regierungen der Welt, insbesondere die Regierungen der Großmächte USA und UdSSR auf, alles zu tun, um den Frieden in der Welt zu sichern. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben. Wir verurteilen alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die eine Gefährdung des Weltfriedens zur Folge haben können, insbesondere die Sicherung von Rohstoffquellen und Einflußzonen mit militärischen Mitteln oder der Androhung von Gewalt. Die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit ist die beste Friedenssicherung. Deshalb fordern wir eine konsequente Politik gegenüber repressiven, ausbeuterischen und rassistischen Systemen.

Die Teilnehmer des Weltjugendtreffens des IBFG verurteilen die Hochrüstungspolitik der USA, die die Kriegsgefahr erheblich verschärft. Allgemein verurteilen wir die immer bedrohlicher werdenden Rüstungspotentiale der beiden Bündnissysteme und die immer stärker werdende Aufrüstung von Staaten der sogenannten Dritten Welt. In diesem Zusammenhang fordern wir den international zu vereinbarenden Verzicht auf die Produktion von Atomwaffen jeder Art, insbesondere von Neutronenwaffen. Wir fordern die Regierungen der Welt auf, unmittelbar in Verhandlungen einzutreten, um eine internationale Vereinbarung über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe und Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel zu treffen. Teil einer solchen Vereinbarung müssen auch konkrete Schritte für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung sein. Wir treten nach wie vor für die Ächtung aller Waffen, insbesondere der atomaren, ein...

Statt einer weltweiten Ächtung der Atombomben hat die Zahl und Wirkungskraft dieser furchtbaren Waffe nach 1945 um ein Vielfaches zugenommen...

Rüstung bedroht nicht nur unsere Zukunft, sie tötet schon heute. Für militärische Rüstung werden jährlich in der Welt rund 1 Billion DM ausgegeben...

In unserer jüngsten Geschichte hat die Anhäufung von militärischem Potential nicht Krieg verhindert, sondern Kriege ermöglicht und damit unendliches Leid auch über die Jugend in aller Welt gebracht. Wir wollen in Frieden leben...

Die beschlossene Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa schafft eine neue Situation. Waffen wie Pershing II, Cruise Missiles und die Neutronenbombe stellen eine völlig neue technische Qualität atomarer Vernichtungswaffen dar. Das atomare Patt, wie es unter anderem in den Salt-Verhandlungen festgeschrieben wurde, wird damit unterlaufen. Eine Waffe wie die Pershing II steigert das Risiko von Fehleinschätzungen und Mißverständnissen auf beiden Seiten in einer nicht mehr verantwortbaren Weise. Sie steigert im Spannungsfall auf beiden Seiten die Ungewißheit, die Nervosität und die Bereitschaft zum Erstschlag. Damit wird ein begrenzbarer Atomkrieg führbar. Eine weitere Eskalation bringt der von der US-Regierung beschlossene Bau der Neutronenbombe.

Demgegenüber machen bereits die bestehenden Rüstungspotentiale einseitige Abrüstungsmaßnahmen des Westens zur Umkehrung des Abrüstungstrends schon jetzt möglich; dies wäre ein unabdingbarer Bestandteil einer glaubwürdigen Friedenspolitik.

Zu einer Politik für den Frieden und einer allgemeinen Abrüstung gehört die volle Achtung der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität der Staaten in der Welt, auch innerhalb von Bündnissystemen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte Sicherung des Weltfriedens. Unvereinbar ist damit der Export von Waffen in andere Länder (...)

Die Teilnehmer des 2. Weltjugendtreffens des IBFG fordern:

– Sofortigen Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung insbesondere in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen zuzulassen und die vorhandenen abzubauen. Dies beinhaltet für die westliche Seite die Rücknahme des Doppelbeschlusses der NATO vom 12.12.1979.
– Sofortige Ratifizierung von SALT II.
– Ächtung aller Atomwaffen.
– Internationale Vereinbarungen über konkrete Abrüstungsschritte mit dem Ziel einer totalen Abrüstung; bestehende Verhandlungen über Truppenabbau (z.B. MBFR) sind dazu konsequent zu unterstützen.
– Die Unterstützung der Bemühungen um eine kernwaffenfreie Zone im Norden mit dem Ziel, eine kernwaffenfreie Zone für ganz Europa zu schaffen.
– Verzicht auf die Produktion von Neutronenwaffen und Vernichtung der bereits existierenden Neutronenwaffen.
– Ein international garantiertes und kontrolliertes Verbot der Entwicklung neuer Waffensysteme und Waffentechnologien.
– Ein international garantiertes und kontrolliertes Verbot des Rüstungsexports; bereits bestehende Gesetze für Waffenausfuhrbeschränkungen müssen konsequent angewendet werden.
– Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion unter Beteiligung der Gewerkschaften.
– Allgemeine Senkung der Militärhaushalte zunächst um jeweils 10% entsprechend den Beschlüssen der UN. Diese Mittel sind für eine verbesserte Entwicklungshilfe und zur Förderung von sozialen und Friedensdiensten einzusetzen. Die Gefahr der Finanzierung von repressiven und ausbeuterischen Herrschaftssystemen muß ausgeschlossen werden. Bei jeder Form von Entwicklungszusammenarbeit sind die nationalen und kulturellen Eigenheiten zu respektieren.
– Ausbau der Friedensforschung im internationalen Maßstab und die Einführung einer Friedenserziehung in den öffentlichen Schulsystemen.

Die Teilnehmer des 2. Weltjugendtreffens des IBFG begrüßen und unterstützen die bestehenden Friedensinitiativen in aller Welt ... Jede Diffamierung der Friedensbewegung lehnen wir entschieden ab.

Wir begrüßen und unterstützen die von vielen nationalen Organisationen verschiedenster Länder für den 10.10.1981 nach Bonn einberufene Demonstration für Frieden und Abrüstung. Wir rufen die arbeitende Jugend in der Welt auf, an dieser Demonstration teilzunehmen und sie zu einer machtvollen Kundgebung der Friedensbewegung zu machen.

Der DGB wird aufgefordert, seine Entscheidung gegen die offizielle Teilnahme der Gewerkschaftsjugend an dieser Demonstration zurückzunehmen und für die zentrale Demonstration zu werben. Wir fordern die Mitgliedsgewerkschaften des IBFG auf, für diese Friedensdemonstration zu mobilisieren.

Wir rufen die arbeitende Jugend in allen Teilen der Welt auf, 1982 jährlich zum 1. September – dem Tag, an dem der II. Weltkrieg begonnen wurde – Aktionen für Frieden und Abrüstung durchzuführen (...)

Multinationale Gesellschaften und internationale Solidarität

Die Teilnehmer des IBFG-Weltjugendtreffens haben über multinationale Gesellschaften und Solidaritätsaktionen diskutiert; dabei haben sie die folgenden Hauptprobleme herauskristallisiert und Vorschläge für Aktionen erarbeitet.

1. Ebenso wie die nationalen kommerziellen Unternehmen geht es den multinationalen Gesellschaften darum, Profit zu erzielen.
2. Die multinationalen Gesellschaften betätigen sich in mehr als einem Land und sind deshalb in der Lage, gegenüber Forderungen von Regierungen und Gewerkschaften in jedem einzelnen Land unnachgiebig zu bleiben, indem sie ihre Tätigkeit anderswohin verlegen.
3. Die multinationalen Gesellschaften greifen in das politische Leben der einzelnen Länder ein in dem Bestreben, Gesetze einzuführen, die es ihnen ermöglichen, mehr Profite zu erzielen. Das hat dazu geführt, daß Beamte korrumpiert und mächtige Eliten im Lande geschaffen wurden, die mit den multinationalen Gesellschaften zusammenarbeiten, daß Gesetze beschlossen wurden, die die Gewerkschaftsfreiheit nicht zulassen, sowie dazu, daß gewählte Regierungen gestürzt und die Apartheid in Südafrika gestärkt wurde.
4. Die multinationalen Gesellschaften gehen auf der Grundlage zentralisierter Entscheidungsprozesse vor, während Gewerkschaften demokratische Strukturen sind, die auf nationaler Ebene ausgehend vom Arbeitsplatz aufgebaut werden.
5. Die Information, die die Gewerkschaften benötigen, um effizient mit den multinationalen Gesellschaften verhandeln zu können, bleiben oft hinter deren internationalen Transaktionen im verborgenen. Die Gesellschaften geben den Arbeitnehmern in verschiedenen Ländern auch oft die Informationen, die ihren eigenen Interessen entsprechen, ohne daß eine effiziente Überprüfung über die Lage im allgemeinen und ihre tatsächlichen Auswirkungen auf alle Arbeitnehmer überprüft werden könnten.
6. Zwischenstaatlich vereinbarte Verhaltenskodices zur Kontrolle multinationaler Gesellschaften sind insofern ineffizient. Bisher wurden diese Kodices nicht immer unter voller Beteiligung der Gewerkschaften erstellt, und es besteht die Gefahr, daß sie lediglich zur Legitimation der multinationalen Gesellschaften und des Kapitalismus dienen.
7. Die internationale Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften ist immer noch nicht weit fortgeschritten.

gehen auf der Grundlage zentralisierter Entscheidungsprozesse vor, während Gewerkschaften demokratische Strukturen sind, die auf nationaler Ebene ausgehend vom Arbeitsplatz aufgebaut werden.
5. Die Information, die die Gewerkschaften benötigen, um effizient mit den multinationalen Gesellschaften verhandeln zu können, bleiben oft hinter deren internationalen Transaktionen im verborgenen. Die Gesellschaften geben den Arbeitnehmern in verschiedenen Ländern auch oft die Informationen, die ihren eigenen Interessen entsprechen, ohne daß eine effiziente Überprüfung über die Lage im allgemeinen und ihre tatsächlichen Auswirkungen auf alle Arbeitnehmer überprüft werden könnten.
6. Zwischenstaatlich vereinbarte Verhaltenskodices zur Kontrolle multinationaler Gesellschaften sind insofern ineffizient. Bisher wurden diese Kodices nicht immer unter voller Beteiligung der Gewerkschaften erstellt, und es besteht die Gefahr, daß sie lediglich zur Legitimation der multinationalen Gesellschaften und des Kapitalismus dienen.
7. Die internationale Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften ist immer noch nicht weit fortgeschritten.

Der IBFG und die IBS verfügen über ausreichende Möglichkeiten, die notwendigen Kontakte herzustellen, insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Vorschläge:

1. Ein grundlegendes Element für die erfolgreiche demokratische Kontrolle der multinationalen Gesellschaften sind starke, freie und repräsentative Gewerkschaften für alle Arbeitnehmer, die von multinationalen Gesellschaften beschäftigt werden.
2. Die internationalen Organisationen der freien Gewerkschaften – IBFG und IBS – müssen gestärkt werden, damit die Kontakte zwischen den Gewerkschaften weiterentwickelt werden, insbesondere zwischen denen in Industrie- und Entwicklungsländern.
3. Der Informationsaustausch zwischen den Gewerkschaften in verschiedenen Ländern, die in derselben multinationalen Gesellschaft vertreten sind, müssen ausgeweitet und verbessert werden. Für Gewerkschaften im selben Unternehmen sollte ein internationaler Rundbrief erstellt werden. Direkte Kontakte zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer in derselben multinationalen Gesellschaft sollten erleichtert werden.
4. Langfristig beabsichtigen wir, Tarifverhandlungen über bestimmte Schlüsselfragen parallel zu den Verhandlungen auf nationaler Ebene auch international zu führen.
5. Die Gewerkschaften sind bereit, Verhaltenskodices für Investitionen in Südafrika zu akzeptieren; sie sind sich jedoch darüber im klaren, daß sie damit das Apartheidsystem nicht grundsätzlich ändern. Wir bedauern darüberhinaus die Diskriminierung verschiedener Klassen aus rassistischen Gründen im EG-Kodex. Das Ende der Apartheid in Südafrika wird gleichzeitig das Ende des kapitalistischen Systems in diesem Land bedeuten. Die Konferenzteilnehmer bringen ihre Unterstützung für die kürzlich von Rowntree Mackintosh entlassenen Arbeitnehmer zum Ausdruck, fordern ihre Wiedereinstellung und rufen zu Solidaritätsaktionen zu ihren Gunsten auf.
6. Die Regierungen sollten das Recht haben, Zweigniederlassungen multinationaler Gesellschaften zu nationalisieren und Alternativen unter nationaler Kontrolle zu schaffen.
7. Möglichst rasch sollte ein effizienter UNO-Verhaltenskodex zur Kontrolle der multinationalen Gesellschaften beschlossen werden. Dieser Kodex muß die Notwendigkeit der umfassenden Beteiligung der Gewerkschaften bei seiner Anwendung beinhalten.
8. Die multinationalen Gesellschaften stellen die höchstentwickelte Form eines kapitalistischen Systems dar, das nicht im Interesse der Arbeiterklasse vorgeht. Der IBFG und seine Mitgliedsbünde müssen sich für ein alternatives und wirklich demokratisches

Südafrika zu akzeptieren; sie sind sich jedoch darüber im klaren, daß sie damit das Apartheidsystem nicht grundsätzlich ändern. Wir bedauern darüberhinaus die Diskriminierung verschiedener Klassen aus rassistischen Gründen im EG-Kodex. Das Ende der Apartheid in Südafrika wird gleichzeitig das Ende des kapitalistischen Systems in diesem Land bedeuten. Die Konferenzteilnehmer bringen ihre Unterstützung für die kürzlich von Rowntree Mackintosh entlassenen Arbeitnehmer zum Ausdruck, fordern ihre Wiedereinstellung und rufen zu Solidaritätsaktionen zu ihren Gunsten auf.
6. Die Regierungen sollten das Recht haben, Zweigniederlassungen multinationaler Gesellschaften zu nationalisieren und Alternativen unter nationaler Kontrolle zu schaffen.
7. Möglichst rasch sollte ein effizienter UNO-Verhaltenskodex zur Kontrolle der multinationalen Gesellschaften beschlossen werden. Dieser Kodex muß die Notwendigkeit der umfassenden Beteiligung der Gewerkschaften bei seiner Anwendung beinhalten.
8. Die multinationalen Gesellschaften stellen die höchstentwickelte Form eines kapitalistischen Systems dar, das nicht im Interesse der Arbeiterklasse vorgeht. Der IBFG und seine Mitgliedsbünde müssen sich für ein alternatives und wirklich demokratisches
System der Produktionskontrolle im Interesse der Arbeiterklasse einsetzen.

Dieser Text entspricht nicht dem genauen Wortlaut der Resolution, es wurden aber nur geringfügige Änderungen vorgenommen.



Funkausstellung in Westberlin:

Die Glasfasertechnik ist ein Fortschritt in der Entwicklung der Kommunikationsmittel

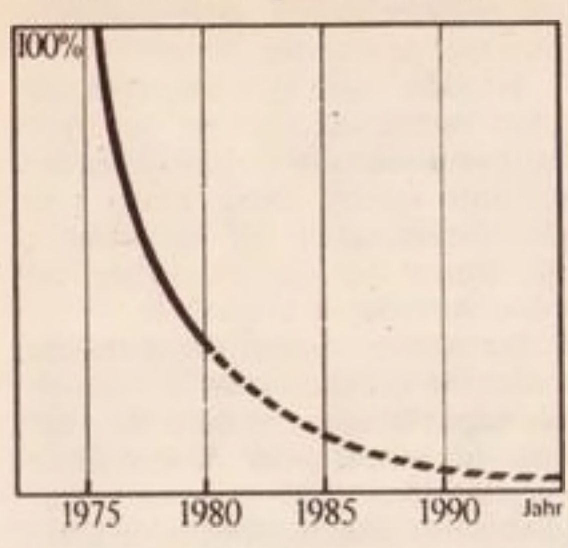
Auf der Sonderschau der Post wurde die hervorragende Bildqualität von Satelliten-Fernsehen demonstriert. Nach einer Übertragungsstrecke von 78000 km wurde eine annähernd gleiche Bildqualität mit dem direkten Programmsignal erreicht.

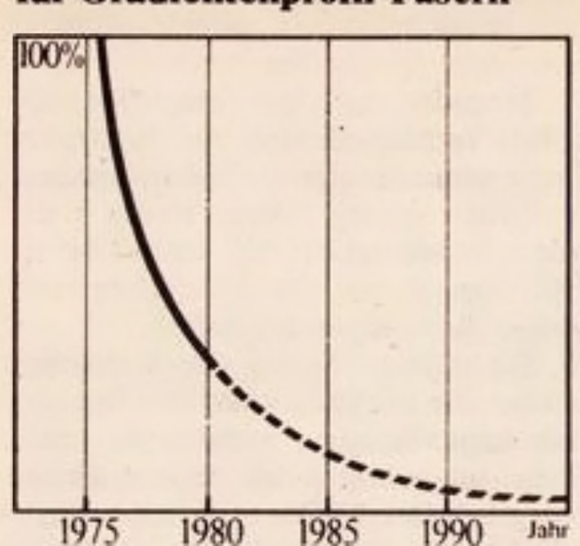
bek. Westberlin. Auf der diesjährigen Internationalen Funkausstellung in Westberlin finden die sog. „Neuen Medien" neben den Live-Aufnahmen für das Fernsehen große Beachtung. BIGFON – „Breitbandiges Integriertes Glasfaser-Fernmelde-Ortsnetz" – heißt hier das Zauberwort. Dahinter verbirgt sich ein neues Kommunikationssystem, das auf dem Informationstransport über Lichtwellenleiter (Glasfasertechnik) beruht.

Noch vor zwei Jahren, als auf der Funkausstellung eine Demonstrationsanlage mit einer Glasfaserleitung aufgebaut, Videotext und Bildschirmtext vorgestellt wurden, ist als System zur Übermittlung der alten wie der neuen Medien eher das bisher benutzte Kupferkabel favorisiert worden. Die ersten flächendeckenden Gemeinschaftsantennenanlagen befanden sich im Bau. Insgesamt 10 Städte in Westdeutschland sowie Westberlin sollten nach der Planung der Post verkabelt (Kabelfernsehen) werden. Im Herbst 1979 wurde dann plötzlich von der Bundesregierung ein Verkabelungsstop beschlossen. Bereits seit 1974 wurde im Heinrich-Hertz-Institut in Westberlin unter Federführung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie an einem „Breitbandkommunikationssystem mit optischen Kanälen", sprich Glasfasertechnik, gearbeitet. Nach 5 Jahren hatte die Forschung einen Stand erreicht, der zum besagten Verkabelungsstop und zur Durchführung von Pilotprojekten in der Glasfasertechnik führte.

So wurden unter anderem in Westberlin 24 Wohnungen mit über 100 km Glasfaserleitung an die Lichtwellenleiterzentrale eines Postamtes angeschlossen, über die 6 Fernseh- und 14 UKW-Rundfunkprogramme empfangen werden können bei gleichzeitiger Nutzung von Telefon oder Bildschirmtext. Das auf der letzten Hannover-Messe vorgestellte digitale Kommunikationssystem „Dikos" ermöglicht zudem die gleichzeitige Verbindung zwischen 250 Teilnehmern untereinander mit einer Übertragungskapazität von je 32 kbit/s, d.h. sie können untereinander

Kostenentwicklung für Gradientenprofil-Fasern



jeweils 32000 Informationen pro Se-
sertechnik führte.
So wurden unter anderem in Westberlin 24 Wohnungen mit über 100 km Glasfaserleitung an die Lichtwellenleiterzentrale eines Postamtes angeschlossen, über die 6 Fernseh- und 14 UKW-Rundfunkprogramme empfangen werden können bei gleichzeitiger Nutzung von Telefon oder Bildschirmtext. Das auf der letzten Hannover-Messe vorgestellte digitale Kommunikationssystem „Dikos" ermöglicht zudem die gleichzeitige Verbindung zwischen 250 Teilnehmern untereinander mit einer Übertragungskapazität von je 32 kbit/s, d.h. sie können untereinander
Kostenentwicklung für Gradientenprofil-Fasern

100%
1975
1980
1985
1990
Jahr

jeweils 32000 Informationen pro Sekunde austauschen. Gleichzeitig wurde in Hessen eine 15 km lange Versuchsstrecke in Betrieb genommen, in der über zwei jeweils 0,1 mm starke Glasfaserkabel gleichzeitig 480 Telefongespräche geführt werden können.

Die bisherigen Ergebnisse in den Versuchsanlagen waren so erfolgversprechend, daß die Post ab 1982/83 in 7 westdeutschen Städten mit der Erprobung von BIGFON beginnen will. Ab 1986 soll die flächendeckende Verkabelung der Bundesrepublik mit Glasfaser beginnen, die die existierenden Kupferleitungen ersetzen soll.

Funktionsweise von Lichtwellenleitern

Die bisherigen Kommunikationssysteme beruhen darauf, daß Wort, Bild oder Schrift in elektromagnetische Wellen umgewandelt und dann in die Luft oder über Kupferleitungen ausgestrahlt werden. Im Empfänger werden sie dann wieder in hörbare und sichtbare Signale umgewandelt.

In der Lichtwellenleiter-Technik wird z.B. das gesprochene Wort in ein Licht-Signal umgewandelt, das im nicht-sichtbaren Bereich liegt. Bei der optischen Nachrichtenübermittlung werden Leuchtdioden (LED) oder Laser als Sender eingesetzt. Nach dem Transport über die Lichtleitfaser wird die Information von einer Fotodiode empfangen und in einem Demodulator in ein wieder hörbares Wort umgewandelt. Die optische Nachrichtenvermittlung hat gegenüber den bisherigen Methoden der Informationsübertragung eine ganze Reihe von technischen Vorteilen. Bei der Informationsübermittlung durch die Luft macht sich die Atmosphäre störend bemerkbar, natürliche und künstliche Hindernisse wie Berge oder Häuser beeinträchtigen oder verhindern gar den Empfang (dieser Aspekt macht sich bei Einführung von Satellitenrundfunk und -fernsehen kaum noch bemerkbar). Lichtwellenleiter sind gegenüber atmosphärischen Einwirkungen, aber auch im Hinblick auf starke elektromagnetische Felder äußerst unempfindlich. Da Glasfaser auch unempfindlich gegen Feuchtigkeit und Korrosion ist, gehört die durch Oxidation hervorgerufene „Kabelalterung" der Kupferleitungen weitgehend der Vergangenheit an. (In

sie dann wieder in hörbare und sichtbare Signale umgewandelt.
In der Lichtwellenleiter-Technik wird z.B. das gesprochene Wort in ein Licht-Signal umgewandelt, das im nicht-sichtbaren Bereich liegt. Bei der optischen Nachrichtenübermittlung werden Leuchtdioden (LED) oder Laser als Sender eingesetzt. Nach dem Transport über die Lichtleitfaser wird die Information von einer Fotodiode empfangen und in einem Demodulator in ein wieder hörbares Wort umgewandelt. Die optische Nachrichtenvermittlung hat gegenüber den bisherigen Methoden der Informationsübertragung eine ganze Reihe von technischen Vorteilen. Bei der Informationsübermittlung durch die Luft macht sich die Atmosphäre störend bemerkbar, natürliche und künstliche Hindernisse wie Berge oder Häuser beeinträchtigen oder verhindern gar den Empfang (dieser Aspekt macht sich bei Einführung von Satellitenrundfunk und -fernsehen kaum noch bemerkbar). Lichtwellenleiter sind gegenüber atmosphärischen Einwirkungen, aber auch im Hinblick auf starke elektromagnetische Felder äußerst unempfindlich. Da Glasfaser auch unempfindlich gegen Feuchtigkeit und Korrosion ist, gehört die durch Oxidation hervorgerufene „Kabelalterung" der Kupferleitungen weitgehend der Vergangenheit an. (In

Westberlin mußte in einigen Gemeinschaftsantennenanlagen ein Teil der Leitungen schon nach 5 Jahren ausgewechselt werden, da es durch Oxidation unbrauchbar geworden war.) Ein wesentlicher Vorteil der Glasfaser ist die sehr hohe Lichtdurchlässigkeit und damit die geringe Dämpfung des Lasersignals. Hat die Glasfaser einen hohen Reinheitsgrad, lassen sich Übertragungen über Entfernungen von mehr als 10 km realisieren, ohne daß das Signal zwischendurch mit Verstärkern aufbereitet werden muß. Schließlich läßt sich bei der Glasfasertechnik ein wesentlich größerer Frequenzbereich für Übertragungen nutzen, als das beim Kupferkabel möglich ist. So ist die Möglichkeit herangereift, die verschiedenen Formen des Nachrichtenaustausches wie Telefon, Fernsehen oder Datenterminals, die bisher über verschiedene, getrennte Kabelnetze genutzt werden, in einem integrierten Kommunikationsnetz zusammenzufassen. In einem Gläsernen Studio der Bundespost auf der Funkausstellung konnten die Besucher über eine Glasfaserleitung Telefongespräche führen, wobei ihr Gesprächspartner auf dem Monitor sichtbar wurde. Alternativ war es aber auch möglich, eine gerade in derselben Halle ablaufende Fernseh-Sendung, die zum 39000 km entfernten Rundfunk-Satelliten OTS und von dort zurück in die Halle gesendet wurde, auf dem Monitor zu verfolgen. Schließlich konnte man über dieselbe Leitung Bildschirm- und Videotext abrufen.

Verkabelungsstop oder Kampf um die Verfügung über die Medien

„Mehr persönliche Gespräche statt Computerkommunikation" – unter dieser Stoßrichtung tritt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegen die Einführung der neuen Medien an und ist für strikten Verkabelungsstop. Nach Informationen des BBU haben sich in einigen Städten bereits „Antikabel-Initiativen" gebildet. Ohne Zweifel wird die Bourgeoisie die neuen Medien auch zur ideologischen Verwirrung der Massen und zur Vereinzelung einzusetzen versuchen. Man kann diesem Problem aber nicht dadurch beikommen, indem der Einsatz dieser Kommunikationsmittel verhindert wird. Leicht kommt man sonst an den Punkt, wo auch Fernseher, Radio und Video-Recorder *an sich* schlecht sind und beseitigt gehören. Spätestens dann ist man aber selber von den Massen isoliert.

Erstmal ist die Entwicklung z.B. der Lichtwellenleiter-Technik ein ungeheurer Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte, der darin zum Ausdruck kommt, daß in Frequenzbereichen Informationen übertragen werden können, die noch vor wenigen Jahren unerreichbar schienen, und daß es gelungen ist, ein Medium zu entwickeln, durch das die heutigen Kommunikationsmittel miteinander kombiniert werden können. So sind auch die technischen Möglichkeiten gewachsen, sich umfassend zu informieren, was nicht unbedingt der persönlichen Kommunikation im Wege steht.

Zudem ist die Nutzung des Glasfaserkabels auch wirtschaftlich. In den letzten Jahren ist der Preis für Glasfaser rapide gefallen und wird im Gegensatz zum Kupferpreis weiter fallen, da der zur Produktion der Glasfaser benötigte Quarzsand ziemlich unbegrenzt vorhanden ist und die Entwicklungskosten der ersten Jahre sich nicht mehr so stark bemerkbar machen.

Anstelle des Verkabelungsstops sollte man sich Maßnahmen überlegen, die das Informationsmonopol der Bourgeoisie über Rundfunk und Fernsehen wirksam angreifen. Eine Überlegung ist, ob nicht die Gewerkschaften als Anbieter von Bildschirm- und Videotextinformationen auftreten. Lokale selbständige Sender der Gewerkschaften oder der demokratischen Bewegun-

Kommunikationsnetz zusammenzufassen. In einem Gläsernen Studio der Bundespost auf der Funkausstellung konnten die Besucher über eine Glasfaserleitung Telefongespräche führen, wobei ihr Gesprächspartner auf dem Monitor sichtbar wurde. Alternativ
Computerkommunikation" – unter dieser Stoßrichtung tritt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegen die Einführung der neuen Medien an und ist für strikten Verkabelungsstop. Nach Informationen des BBU haben sich in einigen
Erstmal ist die Entwicklung z.B. der Lichtwellenleiter-Technik ein ungeheurer Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte, der darin zum Ausdruck kommt, daß in Frequenzbereichen Informationen übertragen werden können, die noch vor wenigen Jahren unerreichbar schienen, und daß es gelungen ist, ein Medium zu entwickeln, durch das die heutigen Kommunikationsmittel miteinander kombiniert werden können. So sind auch die technischen Möglichkeiten gewachsen, sich umfassend zu informieren, was nicht unbedingt der persönlichen Kommunikation im Wege steht.
Zudem ist die Nutzung des Glasfaserkabels auch wirtschaftlich. In den letzten Jahren ist der Preis für Glasfaser rapide gefallen und wird im Gegensatz zum Kupferpreis weiter fallen, da der zur Produktion der Glasfaser benötigte Quarzsand ziemlich unbegrenzt vorhanden ist und die Entwicklungskosten der ersten Jahre sich nicht mehr so stark bemerkbar machen.
Anstelle des Verkabelungsstops sollte man sich Maßnahmen überlegen, die das Informationsmonopol der Bourgeoisie über Rundfunk und Fernsehen wirksam angreifen. Eine Überlegung ist, ob nicht die Gewerkschaften als Anbieter von Bildschirm- und Videotextinformationen auftreten. Lokale selbständige Sender der Gewerkschaften oder der demokratischen Bewegun-

gen aufzubauen, scheint mir aus Kostengründen nicht sinnvoll. Da scheint es mir eher einleuchtend, die bestehenden Rundfunk- und Fernsehanstalten zu nutzen und den Organisationen der Volksmassen Sendefrequenzen zur Verfügung zu stellen, die bei Einführung der Glasfasertechnik sowieso in ausreichendem Maß vorhanden sind.

Wenig Neues auf dem Hifi- und Video-Markt
bek. Westberlin. Vor der Eröffnung der Funkausstellung war die HiFi- und Videoindustrie eher skeptisch, denn der internationale Konkurrenzkampf hatte dazu geführt, daß mehr produziert, aber weniger umgesetzt wurde. In einzelnen Sparten ist der Markt ziemlich gesättigt, Fernseher haben 95% aller Haushalte, 75% einen Farbfernseher. Die Umsatzsteigerung von 60% bei Cassettenrecordern und über 300000 verkaufte Videorecorder konnten das Umsatzminus nicht aufhalten. Auf der Ausstellung selber wurden auch nicht die Neuerungen vorgestellt, die diese Entwicklung wesentlich ändern werden. Die Haupttendenz bei den dargestellten Produkten war die Verfeinerung bereits bekannter Techniken und ihre vielfältigere Ausnutzung. Eine Neuerung war der Stereo-Ton bei Fernseher, der allerdings noch einige Anlaufschwierigkeiten hat. Die ARD will überhaupt noch nicht auf
Trend in den letzten Jahren aber in Richtung Kleingeräte ging, die preislich günstiger waren, wird die Nutzung von Stereo-Ton in großem Umfang noch auf sich warten lassen.
Die vorgestellte Compact-Schallplatte – mechanisch oder mit Laser abgetastet – wird die herkömmliche Schallplatte vorläufig kaum ablösen, da der Preis für ein Abspielgerät bei ca. 1500 DM liegt, während knapp 10% der alten Plattenspieler preislich über 800 DM liegen. Der neue Versuch, laser-abgetastete Bildplattenspieler auf den Markt zu bringen, wird auch nicht gerade erfolgreich sein, da Selbstaufnahmen nicht möglich sind und die maximale Spieldauer gerade 2 Stunden beträgt.
Bei Cassetten-Decks hat sich der Trend der Steuerung der Funktionen mit Microprozessoren offensichtlich durchgesetzt, was erfreulich ist, da die

Wenig Neues auf dem Hifi- und Video-Markt

bek. Westberlin. Vor der Eröffnung der Funkausstellung war die HiFi- und Videoindustrie eher skeptisch, denn der internationale Konkurrenzkampf hatte dazu geführt, daß mehr produziert, aber weniger umgesetzt wurde. In einzelnen Sparten ist der Markt ziemlich gesättigt, Fernseher haben 95% aller Haushalte, 75% einen Farbfernseher. Die Umsatzsteigerung von 60% bei Cassettenrecordern und über 300000 verkaufte Videorecorder konnten das Umsatzminus nicht aufhalten. Auf der Ausstellung selber wurden auch nicht die Neuerungen vorgestellt, die diese Entwicklung wesentlich ändern werden. Die Haupttendenz bei den dargestellten Produkten war die Verfeinerung bereits bekannter Techniken und ihre vielfältigere Ausnutzung. Eine Neuerung war der Stereo-Ton bei Fernseher, der allerdings noch einige Anlaufschwierigkeiten hat. Die ARD will überhaupt noch nicht auf Stereo-Ton umrüsten, laut Mitteilung des ZDF sind von 90 Sendern für das Zweite Programm gerade 29 auf Stereo-Ton umgerüstet. Die Tonqualität des UKW-Rundfunks wird gegenwärtig auch noch nicht erreicht. Da für ein Fernsehgerät mit Stereo-Ton bis 500 DM mehr als für ein herkömmliches Gerät bezahlt werden müssen, der Trend in den letzten Jahren aber in Richtung Kleingeräte ging, die preislich günstiger waren, wird die Nutzung von Stereo-Ton in großem Umfang noch auf sich warten lassen.

Die vorgestellte Compact-Schallplatte – mechanisch oder mit Laser abgetastet – wird die herkömmliche Schallplatte vorläufig kaum ablösen, da der Preis für ein Abspielgerät bei ca. 1500 DM liegt, während knapp 10% der alten Plattenspieler preislich über 800 DM liegen. Der neue Versuch, laser-abgetastete Bildplattenspieler auf den Markt zu bringen, wird auch nicht gerade erfolgreich sein, da Selbstaufnahmen nicht möglich sind und die maximale Spieldauer gerade 2 Stunden beträgt.

Bei Cassetten-Decks hat sich der Trend der Steuerung der Funktionen mit Microprozessoren offensichtlich durchgesetzt, was erfreulich ist, da die bisherige Betätigung der Hebeltasten die Lebensdauer der Recorder verkürzt bzw. die Reparaturanfälligkeit erhöht hat. Diese Geräte sind bei einem Preis ab 450 DM auch einigermaßen erschwinglich, was man bei Video-Recordern bei einer Preisentwicklung über die 3000-Mark-Grenze kaum sagen kann.

Fernsehvorschau

„Im Dienst der spanischen Frau"

Jaime de Arminán, spanischer Regisseur, hat seinen Spielfilm von 1978 gegen die traditionelle Unterdrückung der Frau in der spanischen konservativen Gesellschaft gerichtet. Insoweit ist es ein Frauenfilm. – Irene Galdoś, eine Frau mittleren Alters, leitet eine Briefkasten-Sendung bei einer Rundfunkanstalt in der Provinz. Selbst konservativ, haben denn auch ihre Ratschläge in „Herzensangelegenheiten" ihren entsprechenden Charakter. Verwirrung in ihrem Leben tritt jedoch ein, als sie einem angeblich homosexuellen Mann helfen soll und sie sich in ihn verliebt. Erst recht verkompliziert sich die Lage, als sie feststellen muß, daß der Mann sie nur demütigen will. – Armináns Aussage geht aber über die Feststellung der Unterdrückung der Frau hinaus, indem er zugleich den Mann als Opfer einer bürgerlich-verklemmten Sexualmoral darstellt.

Montag, 14.9., 23.00 Uhr im ARD

„Eine Dame verschwindet"

Wieder einmal das klassische Thema in einem Spielfilm von Alfred Hitchcock: Spionage, und zwar mit all ihren verwirrenden Wendungen. Hitchcock hat in seinem 1958 gedrehten Film (der vorletzte, den er in England inszenierte, bevor er nach Hollywood ging) ungewöhnlich viel Studiokulissen benutzt, was Stil und Atmosphäre weitgehend prägt. Naheliegend schon durch den Haupthandlungsort, der Eisenbahn, einem Lieblingsort von Hitchcocks frühen Filmen. – Wie so oft entwickelt Hitchcock seinen Spannungsbogen aus einer alltäglichen Handlung: Rückkehr von einer Ferienreise und sodann plötzliches Verschwinden einer älteren Dame, die sich erst später als eine britische Agentin entpuppt und die sich dem Zugriff eines gegnerischen Geheimdienstes zu entziehen sucht. Ein junges Paar kommt in die unfreiwillige Rolle der Helfer ... und so entwickelt sich eine recht muntere und wenig hinter- und tiefgründige Story. Aber auch auf diesem Gebiet war Hitchcock ja ein Meister.

Freitag, 18.9., 23.15 Uhr im ZDF